Streit um Seehofer S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 41 – 16. Oktober 2010

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gegen eine Kulisse von 40000 begeisterten türkischen Fans erkämpfte die deutsche Fußball-Nationalmannschaft bei ihrem „Auswärtsspiel in Berlin" ein 3:0. Das Verhalten vieler Zuschauer war wie ein Hohn für die deutsche Integrationpolitik. Die Verweigerung geht soweit, dass der eingebürgerte Türke Mesut Özil, der für Deutschland spielt, ausgepfiffen wurde.

Foto: dapd

Integration ausgepfiffen

Berlin redet ziellos über die Eingliederung – Im Land werden Fakten geschaffen

Die Debatte über Zuwanderung und Integration dreht sich im Kreis. Die Bundesregierung gibt deutlich zu verstehen, dass die islamische Zuwanderung nach Deutschland weitergehen soll.

Eine wichtige Klarstellung hat die Sarrazin-Debatte gebracht. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) räumte Anfang September ein, dass rund zehn bis 15 Prozent der Zuwanderer in Deutschland die Integration schlicht verweigern – etwa in dem sie kein Deutsch lernten, sich abschotteten oder sogar den deutschen Staat ablehnten. In absoluten Zahlen geht es um über eine Million Menschen. Dass darunter Menschen aus fremden Kulturkreisen und Muslime weit überdurchschnittlich vertreten sind, ist eine Binsenweisheit. Der Innenminister kleidete das in die Formulierung, es gebe „keinen Eins-zu-eins-Zusammenhang zwischen Integrationsverweigerung und Religionszugehörigkeit" – für einen Politiker war das deutlich.

Seit dieser Klarstellung sind rund fünf Wochen vergangen. Die Sarrazin-Debatte ist abgeflaut, doch das Thema Zuwanderung und Integration treibt die Deutschen weiterhin um. Neue Nahrung erhielt die Debatte durch die holprige Rede des Bundespräsidenten zum Tag der Deutschen Einheit, durch ungewöhnliche Appelle türkischer Minister an die in Deutschland lebenden Landsleute, Deutsch zu lernen, aber auch durch Erfahrungen wie das EM-Qualifikationsspiel Deutschland–Türkei in Berlin. In historisch und international ziemlich beispielloser Weise musste das deutsche Team in der eigenen Hauptstadt wie bei einem Auswärtsspiel gegen die Kulisse anspielen. Wie unwirklich diese Situation ist, zeigt die spiegelbildliche Vorstellung, die türkische Nationalmannschaft müsste bei einem Fußballspiel in Ankara – gegen egal welche andere Nationalmannschaft – gegen drei Viertel der Zuschauer anspielen.

> Millionen Zuschauer dachten sich ihren Teil

Akzentuiert wurde das Bild noch dadurch, dass viele türkische Fans Mesut Özil auspfiffen: Obwohl bereits in Deutschland geboren, nahmen sie ihm krumm, dass der längst Eingebürgerte für die deutsche Mannschaft spielt und nicht für das Land seiner Herkunft, die Türkei. Die Sorge, zumindest damit den Bogen der deutschen Gastfreundschaft überspannt zu haben, schien bei den Pfiffen keine Rolle zu spielen.

Millionen deutsche Fernsehzuschauer dachten sich ihren Teil, mussten aber in den darauffolgenden Tagen erkennen, dass die Politik diese offenkundigen Probleme in keiner Weise anzugehen gedenkt. Als Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer höchst vorsichtig erklärte, es sei „doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun", und daraus den Schluss zog, „dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen", musste er tagelange, ätzende Kritik aus Politik und Medien über sich ergehen lassen (Seite 2). *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Behelligt

Bundeskanzlerin Merkel hat nun erklärt: „Es gilt in Deutschland ganz eindeutig das Grundgesetz und nicht die Scharia." Um Gottes Willen, wo stehen wir eigentlich, dass diese Selbstverständlichkeit so bekräftigt werden muss? Vor allem aber: Gewinnt nicht die Scharia längst auch im deutschen Rechtssystem an Raum?

Bitter, aber wahr: Die Scharia sickert schon jetzt in unsere Rechtsordnung ein. Gerichte gewähren Strafrabatt für Ehrenmorde, das deutsche Sozialrecht akzeptiert teilweise die Polygamie, Schulen nehmen hin, dass muslimische Väter ihre Töchter nicht am Schwimmunterricht teilnehmen lassen – die Aufzählung ist unvollständig.

Vor allem aber ist kein Punkt erkennbar, an dem die bislang prägende christlich-jüdische Tradition und die sehr fordend auftretende muslimische Kultur in ein neues, stabiles Gleichgewicht kommen könnten. Das verhindert schon die unheimliche demographische Dynamik: In Frankfurt am Main ist jetzt schon jedes zweite Neugeborene muslimisch. Islamische Mehrheiten in den großen Städten sind wohl kaum mehr zu verhindern. Das umgevolkte Land aber könnte über alle Beteuerungen und Appelle, das Grundgesetz habe Vorrang, schlicht hinweggehen.

Selbst wenn dieser Fall nicht eintreten sollte: Schon heute kann man kaum mehr in Deutschland leben, ohne Tag für Tag mit dem Islam und seinen Forderungen konfrontiert zu werden. Die Schriftstellerin Monika Maron meinte dazu unlängst, sie wolle „von keiner Religion derart behelligt werden". Da Gegenkräfte weit und breit nicht in Sicht sind, dürfte den Deutschen hier noch Einiges bevorstehen.

Unbefristet in Afghanistan

»Von Abzug redet niemand« – Ein Stellvertreterkrieg mit China?

Noch vor der neuerlichen Attacke auf Bundeswehrsoldaten am vergangenen Donnerstag gab es irritierende Meldungen aus und über Afghanistan. Während die Bundesregierung bisher die sogenannte „Übergabe in Verantwortung" ab 2011 als Beginn des Abzugs darstellte und zumindest dieser Deutung nicht widersprach, kamen nun aus dem Bundesverteidigungsministerium ganz andere Töne. Generalinspekteur Volker Wieker meinte, die angespannte Lage am Hindukusch sei nur aus einer „Position der Stärke" beherrschbar. Dies sei eine „unbequeme Wahrheit, die den Verlokkungen einer allzu frühen Dividende entgegensteht". Noch deutlicher wurde Verteidigungs-Staatssekretär Rüdiger Wolf: „Von Abzug redet niemand."

Diese Wortmeldungen bestätigen die gerade in dieser Zeitung wiederholt geäußerte Einschätzung, dass der Afghanistan-Einsatz, der kein exakt definiertes Ziel hat, völlig unbefristet ist. Auch die andere, in der *PAZ* wiederholt geäußerte Befürchtung, die (mit China verbündete) Atommacht Pakistan sei in diesem Konflikt längst kein Verbündeter der Isaf mehr, sondern womöglich sogar bereits deren Hauptgegner, hat neue Nahrung bekommen. Zehn Tage lang hatte Islamabad eine wichtige Nachschubroute für die Isaf-Truppen gesperrt, nachdem Nato-Hubschrauber bei Einsätzen auf pakistanischem Gebiet pakistanische Soldaten getötet hatten.

> Pakistans Rolle wird immer unklarer

Auch die immer dichtere Folge von US-Drohnenangriffe auf Terrorbasen in Pakistan, bei denen auch zivile Opfer zu beklagen sind, hat Gegensätze mit Pakistan erkennbar gemacht und vertieft. In den USA erschienen zudem neue Berichte, der pakistanische Geheimdienst ISI hintertreibe die Ausgleichsversuche der Regierung Karzai mit afghanischen Taliban. *PAZ*

Eltern contra Embryo

Regierung kann sich bei Präimplantationsdiagnostik nicht einigen

Was wiegt schwerer: das Recht der Menschen, den Umfang und die Art ihrer eigenen Fortpflanzung zu bestimmen, oder der Schutz des ungeborenen Lebens? FDP und CDU/CSU ringen um eine Antwort auf diese Frage. Ein Arzt einer Berliner Kinderwunschklinik hat der Bundesregierung diese Frage aufgezwungen, als er sich selbst anzeigte, nachdem er an künstlich befruchteten Eizellen einen Gentest durchgeführt hatte und die Zellen, die eine Erbkrankheit aufwiesen, aussortierte. Der Bundesgerichtshof sprach den Mediziner frei, da sich aus der Formulierung des Embryonenschutzgesetzes kein Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) ergebe.

Nun ist der Gesetzgeber genötigt, diese Gesetzeslücke zu schließen. Allerdings sind sich die Regierungsparteien nur einig, dass sie gegen sogenannte „Designer-Babys" sind.

> Liste zulässiger Krankheiten?

Die FDP möchte aber unter Auflagen, wie beispielsweise einer Liste mit relevanten Erbkrankheiten, das PID-Verfahren genehmigen.

„Wir brauchen dringend eine verlässliche Neuregelung des Embryonenschutzgesetzes, um jungen Paaren, die durch eine genetische Erbkrankheit vorbelastet sind, die Möglichkeit zu geben, ein gesundes Kind zu bekommen", so FDP-Gesundheitsexperte Erwin Lotter. Für die Union steht der Schutz des ungeborenen Lebens stärker im Vordergrund, zumal das geltende Recht Embryonen weitgehend schützt. Da CDU und CSU wieder mehr christliches Profil zeigen wollen, zögern sie mit einer Lockerung des PID-Verbots. Allerdings ist die Haltung der Kirchen hier nicht mehr geschlossen. Während die Katholiken gegen PID sind, will die Evangelische Kirche diese unter Auflagen genehmigen. Außerdem weisen Stimmen aus der Union darauf hin, dass es widersprüchlich wäre, bei faktisch legalen Abtreibungen die PID völlig zu verbieten. *Bel*

MELDUNGEN

Schwarzes Jahr für Polen

Warschau – Das Jahr 2010 wird für Polen mehr und mehr zum Jahr großer Unfälle und Katastrophen. Der schwere Unfall eines polnischen Reisebusses bei Berlin mit 13 Toten war noch in frischer Erinnerung, als am Dienstag 18 Menschen beim Unfall in einem Kleinbus den Tod fanden. Das völlig überbesetzte Fahrzeug mit sechs Sitzen geriet bei Nebel auf die Gegenfahrbahn, wo es frontal mit einem Lkw zusammenprallte. Nach dem Flugzeugabsturz bei Smolensk im Mai mit 98 Toten und den beiden schweren Überflutungen sprechen immer mehr Polen von einem „schwarzen Jahr“ für das Land. Intensiv wird über den Umgang mit Sicherheitsvorschriften diskutiert. *K. B.*

500 Euro für PAZ-Probeleser

Hamburg – Die meisten neuen Abonnenten lesen die *Preußische Allgemeine Zeitung* zunächst vier Wochen kostenlos zur Probe. Weil das so ist und weil wir glauben, neue Leser mit dem Blatt selbst am besten überzeugen zu können, werben wir nun um Probeleser: Schicken Sie uns Adressen von Personen ein, die die *PAZ* gerne vier Wochen lang kostenlos zur Probe lesen wollen – gern auch Ihre eigene. Die benannten Interessenten dürfen in den vergangenen zwölf Monaten die *PAZ* weder kostenlos zur Probe noch als Abonnent bezogen haben. Einsender nehmen mit der Zahl der eingeschickten (und überprüften) Adressen an der Verlosung teil. Der Hauptpreis sind 500 Euro, der zweite und dritte Preis 350 und 100 Euro. Vierter bis 20. Preis ist das Buch von Alfred de Zayas: „50 Thesen zur Vertreibung“. Einsendeschluss ist der 1. November (Eingang in der Redaktion). Wie immer können Mitarbeiter von *PAZ* und LO nicht teilnehmen, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. *PAZ*

Die Schulden-Uhr: Defizit kleiner

Es sieht so aus, als würde die Bundesagentur für Arbeit (BA) wegen der günstigen Konjunkturentwicklung deutlich weniger Schulden machen als erwartet. Derzeit wird von einem Defizit in Höhe von 9,8 Milliarden Euro ausgegangen. Da die BA noch eigene Rücklagen hat, kann sie 2,9 Milliarden Euro des Minus auf diese Weise selbst ausgleichen. Der Bund wird also 6,9 Milliarden Euro beisteuern müssen. Vor wenigen Monaten war aber noch von acht Milliarden Euro ausgegangen worden. 2010 wird Berlin übrigens zum letzten Mal das Defizit der BA ausgleichen. Im Rahmen der Berliner Sparmaßnahmen soll die BA künftig mit ihren eigenen Einnahmen auskommen. Allenfalls mit einem Darlehen vom Bund kann sie ab 2011 rechnen. *Bel*

1.720.172.034.613 €

Vorwoche: 1.718.032.399.183 €
Verschuldung pro Kopf: 21042 €
Vorwoche: 21016 €

(Dienstag, 12. Oktober 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ungenützte Chance für die Union

Brauchen wir weitere Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen? – Die CDU sagt durch die Blume: Ja!

Ein geradezu absurdes Hin und Her nahm die Integrationsdebatte der vergangenen Tage. Politischer Wille, evidente Probleme anzupacken, ist nicht erkennbar – ganz im Gegenteil

Wenn selbst der Bundesinnenminister einräumen muss, dass über eine Million Zuwanderer die Integration in die deutsche Gesellschaft schlicht verweigern, könnte der weitere Verlauf der Debatte etwa folgender sein: CDU und CSU kritisieren in ätzenden Worten SPD und Grüne für verantwortungslose Multikulti-Träume, für ein Zuwanderungsgesetz, das von unrealistischen Voraussetzungen ausging, und für unverantwortlich laxen Vollzug des ohnehin problematischen Ausländerrechts. Sie erinnern an ihre eigenen Warnungen und rechnen vor, was Zuwanderung ohne Integration den Steuerzahler kostet: In Form sozialer Konflikte, in Form massenhafter schulischer Misserfolge sowie durch Steuerausfälle, zusätzliche Sozialleistungen und erhöhte Kriminalität.

Bei alledem, so könnte man meinen, würden CDU und CSU klugerweise nicht die Zuwanderer selbst kritisieren: Zwar trifft sie objektiv eine Verantwortung, doch solche Äußerungen überlassen Politiker aus guten Gründen der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion, zumal überall der Andrang groß ist, wo die Politik ein Fass aufmacht und Freibier anbietet.

Tatsächlich verlief die Debatte der zurückliegenden Tage aber völlig anders. Selbst zaghafteste Vorschläge, wie man denn die über eine Millionen Integrationsverweigerer zur Heimreise ermutigen könnte, wurden nicht unterbreitet. Am weitesten ging noch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer. „Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun. Daraus ziehe ich auf jeden Fall den Schluss, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen“, erklärte der CSU-Vorsitzende im „Focus“. Weiter meinte er, man müsse „die Integrationsverweigerer härter anpacken“. Diese müssten sich stärker anstrengen: „Dazu gehören der Erwerb der deutschen Sprache, die Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts und die Akzeptanz der Grundregeln für menschliches Zusammenleben, also der Werteorientierung in der Bundesrepublik Deutschland.“

Selbst Seehofer schlug also keineswegs vor, die Aufenthaltsbewilligungen für Integrationsverweigerer zu befristen oder auch nur den Ehegattennachzug für sie zu stoppen. Seine Vorschläge liefen also bei Licht besehen nur darauf hinaus, die laufende, umfangreiche Zuwanderung von außerhalb der EU ein wenig zu verlangsamen. Zu bedenken ist, dass selbst ein völliger Stopp der weiteren Zuwanderung etwa von Muslimen die Islamisierung Deutschlands noch keineswegs aufhalten würde: Rund vier Millionen Muslime leben bereits im Land, und ihre Geburtenrate übertrifft die der einheimischen Bevölkerung bei weitem – übrigens umso mehr, je näher sie radikalen islamistischen Strömungen stehen.

> Erstaunlich, wie Merkel Seehofer hier »unterstützte«

Während also objektiv die Wortmeldung Seehofers und ähnliche Diskussionsbeiträge etwa des CSU-Landesgruppenchefs Hans-Peter Friedrich und des CSU-Generalsekretärs Alexander Dobrindt noch kaum der tatsächlichen Problemlage ganz gerecht wurden, sah der CSU-Vorsitzende sich schon fast einem Trommelfeuer der Kritik ausgesetzt.

Dass dabei türkische Verbände gleich eine Entschuldigung forderten und die Grünen von „brandstifterischem Rechtspopulismus“ sprachen, überrascht nicht: Die einen profitieren direkt von einer Zuwanderungspolitik, die dazu geführt hat, dass deutsche Schülerinnen und Schüler sich inzwischen auf den Schulhöfen von Zuwanderern als „Schweinefleischfresser“, „Christen“, „deutsche Schlampen“ oder schlicht als „Opfer“ beschimpfen lassen müssen. Die anderen – Grünen – wiederum werden von den einen in großer Zahl gewählt.

Überraschender waren da schon die Reaktionen aus der CDU. „Ich bin schockiert über die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten.“ Und weiter: „Das grenzt aus und läuft allen Integrationsbemühungen zuwider.“ Was Frau Böhmer dabei grandios übersah – und offenbar übersehen wollte – war, dass die Worte Seehofers sich ausdrücklich auf diejenigen bezogen, die die Integration selbst verweigern, wo also die Abgrenzung von den Zuwanderern ausgeht und deshalb Integrationsbemühungen vergebliche Liebesmüh sind.

Logisch oder nicht: Der Einwand Böhmers signalisiert, ebenso übrigens wie die Skepsis des CDU-Innenpolitikers Wolfgang Bosbach, dass in der Sache alles beim Alten bleibt: Die Zuwanderung soll weitergehen, auch und gerade aus der Türkei und arabischen Ländern, denn auf diese bezogen sich ja Seehofers Worte.

Eine minimale Korrektur nahm Seehofer selber vor, die aber nur zeigt, wie verworren die ganze Debatte inzwischen verläuft: Er habe lediglich dazu Stellung genommen, ob zusätzliche ausländische Fachkräfte nach Deutschland kommen sollen. Doch genau mit dieser Interpretation hätte die ursprüngliche Wortmeldung keinerlei Sinn mehr, wenn man nicht unterstellen will, dass Seehofer ungelernte Osteuropäer lieber sind als türkische Ingenieure.

Nachdem dermaßen viel Verwirrung gestiftet war, konnte auch die Kanzlerin Seehofer „unterstützen“ mit folgenden Worten, die sich mehrfach zu lesen lohnt: „Es war eine Bemerkung, die auf die Fachkräfte zugeschnitten ist. Und ansonsten bleiben wir Heimat für viele Menschen und wir hoffen, dass sie sich in Deutschland wohlfühlen“, erklärte die Kanzlerin, denn: „Deutschland ist und bleibt ein weltoffenes Land.“

Man kann das in Klartext übersetzen: Außer minimalen Korrekturen (etwa bei den Sozialleistungen für Integrationsverweigerer) soll es keine Änderungen geben. Die Zuwanderung soll weitergehen, ausdrücklich auch die von Unqualifizierten aus islamischen Ländern. *Konrad Badenheuer*



Straßenszene in Berlin-Neukölln: Die Geschäfte passen ihr Angebot der Nachfrage an. Bild: ddp

Kirgisien am Scheideweg

Wird das Land erste parlamentarische Republik der Region oder krimineller Feudalstaat?

Nach dem Sturz des korrupten Gewaltregimes von Präsident Kurmanbek Bakijew im April, den interethnischen Unruhen im Juni im Süden mit 2574 Todesopfern, dem Referendum für die neue Verfassung und Bestätigung der Interims-Präsidentin Rosa Otunbajewa sieht Kirgisien nach den Neuwahlen weiteren Turbulenzen entgegen. Eigentlich hatten die Neuwahlen das Land auf eine demokratische Basis stellen sollen, doch keine der vielen Parteien erhielt am 10. Oktober eine Mehrheit. Gleich mehrere Parteien erzielten zwischen fünf und neun Prozent der Stimmen. Optimisten kommentierten dieses Wahlergebnis mit den Worten, das angeschlagene Land habe die Vielfalt gewählt, Pessimisten befürchten eher, dass die Kirgisen das Chaos gewählt haben, denn eine Regierungsbildung dürfte ganz ohne klare Mehrheiten äußerst schwierig werden.

Der Wahlaufwand war riesig: 2,8 Millionen Wähler, 2298 Wahllokale, 3000 Kandidaten aus 29 Parteien (von insgesamt 148), 26000 Bewaffnete zur Sicherheit, 1500 heimische und 850 ausländische Beobachter zur Kontrolle. 120 Sitze im Parlament waren zu vergeben.

Der Aufwand verbarg die Tatsache, dass kaum jemand die Wahlen ernst nahm – selbst Präsidentin Otunbajewa nannte sie und das Parlament russisch-verächtlich „bardak“ (Bordell). Die Parteien tragen blumige Namen, sind aber zumeist nur Anhang skrupelloser Führer, deren einziges Ziel Bereicherung ist. Charakteristisch für viele ist die erst unlängst gegründete „Ata-Shurt“, in der die Günstlinge des gestürzten Bakijew versammelt sind, die ihn zurückholen und die die neue Verfassung kippen wollen. In Kirgisien wählt man den eigenen Clan, die eigene Volksgruppe, die eigene Region. Das Ergebnis ist nicht Demokratie, sondern parteiliche, interethnische und regionale Konfrontation – in einem bitterarmen Land, das nicht weiß, wie es über den nahenden Winter kommen soll.

Die Wahl war eine Farce, jedoch war Präsidentin Otunbajewa dafür, möglichst viele Parteien in Wahlhektik und Palaver einzubinden, da sie ansonsten „auf der Straße“ größeres Unheil anrichten würden. Kirgisien weckt Ängste: Sind die Wahlen dort ein „Weg zur Stabilisierung oder eine Bombe für Zentralasien“, fragte noch am 8. Oktober der prominente russische Politologe Sergej Michejew. Dieselbe Frage hatte bereits im Sommer Politiker und Militärs aus Armenien, Tadschikistan, Russland und Kasachstan zu Beratungen und Planspielen vereint. Das kleine Kirgisien – 5,4 Millionen Einwohner – liegt im Visier der Drogen- und Waffenhändler, schürt Feindschaft gegen ethnische Minderheiten (665000 Usbeken, 604000 Russen) und nährt mit über einer Million „gastarbajtery“ Unruhe in Russland und im postsowjetischen Raum.

> Russland und die USA haben strategische Interessen

Rosa Otunbajewas große Angst ist, Radikale aus dem nördlichen Bischkek und dem südlichen Osch könnten einen Zerfall Kirgisiens provozieren. Russland rechnet mit einer Aufteilung Kirgisiens unter Usbekistan und Kasachstan. Die Otunbajewa nahestehenden Politiker wollen die Einheit des Landes und erwarten dafür russische Hilfe. Die wird Moskau leisten, finanziell und konzeptionell im Sinne von Otunbajewas Demokratiekonzept. Medwedews Kirgisien-Berater Wladimir Ruschajlo sagte das zu, da sonst die Bakijew-Leute wieder an die Macht kämen und mit ihnen das „Bündnis“ mit den USA, denen man ab 2001 das „Transit Center Manas“ im Norden überließ. Das sähen die Russen, die nahe Manas ihre Flugbasis Kant haben, gern geschlossen, und bei einem Wahlsieg des Otunbajewa-Lagers wird ihnen das gelingen. Den Schaden hätten die USA, die über Manas den Nachschub für ihre Truppen in Afghanistan liefern und noch im Juni 2009 einer jährlichen Mieterhöhung von 18 auf 60 Millionen Dollar zustimmten.

Umgekehrt wird Russland einen zweiten Stützpunkt im Süden fordern und dabei von allen Nachbarn Kirgisiens, die einen Ansturm islamistischer Terroristen fürchten, unterstützt werden. Moskau plant den Aufbau einer UN-gestützten Friedenstruppe in den zentralasiatischen Staaten, in der der Türkei als gemäßigtem islamischen Land eine Schlüsselrolle zukäme. Kirgisien am Scheideweg: Feudalstaat in den Händer krimineller Clanchefs oder erste parlamentarische Republik der zentralasiatischen Region? *Wolf Oschlies*

SPÖ auf FPÖ angewiesen

Bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen am 10. Oktober erhielt die SPÖ 49 Mandate und verliert damit ihre bisherige absolute Mehrheit von 55 der 100 Sitze in Landtag und Gemeinderat. Die FPÖ erhielt 28 Mandate (+15), während die ÖVP auf 13 (-5) und die Grünen auf zehn (-4) Mandate zurückfielen.

Bürgermeister Michael Häupl lehnt die FPÖ als Koalitionspartner kategorisch ab – anders als in der Steiermark, wo nach den Wahlen zwei Wochen davor die SPÖ ebenfalls verlor, aber die Koalitionsfrage weiter offen ist und Landeshauptmann Franz Voves die FPÖ nicht ausgrenzt, sehr zum Ärger der Bundes-SPÖ.

Bemerkenswert ist, dass die FPÖ hauptsächlich von der SPÖ Stimmen gewann, vor allem von männlichen Arbeitern, aber auch mehr frühere Nichtwähler mobilisieren konnte und sogar bei „Neo-Österreichern“ an zweiter Stelle liegt.

Mit Spannung wird nun erwartet, wie hoch die Belastungen im neuen Bundesbudget sein werden, dessen Bekanntgabe die SPÖ-ÖVP-Regierung bis nach den Wahlen regelwidrig aufgeschoben hat, um nicht noch größere Wahlniederlagen zu erleiden. *RGK*

H wie Holland

Von THEO MAASS

In den 60er Jahren war unter Gymnasiasten der Satiriker Ephraim Kishon sehr populär. 1962 erschien die Satire „Wie man ein Buch bespricht, ohne es vorher gelesen zu haben.“ Kishon beschreibt darin die Zeitnot eines Literaturkritikers. Ein hoffnungsvoller Nachwuchsliterat hatte ihm seine neuestes Werk übersandt und spricht ihn immer wieder darauf an. Schließlich wagt Kishon den Schritt und bespricht das Buch mit dem Autor, ohne es gelesen zu haben. Wie viele Buchkritiken anderer Literaturpäpste fällt sein Urteil vernichtend aus: „Das soll ein Buch sein? Für wen? Für das Publikum gewiss nicht! Kein Mensch liest so ein Buch!“ Der Autor war am Boden zerstört.

Neulich wurde ich wieder an Kishon erinnert. Bundeskanzlerin Merkel erklärte, das Sarrazin-Buch gar nicht gelesen zu haben. Sie habe sich nach den Veröffentlichungen über das Buch ihre Meinung gebildet.

Einen Schritt weiter auf diesem Wege ging nun dieser Tage die Redaktion des Berliner „Tagesspiegel“. Am 2. Oktober 2010 sprach der niederländische Islamkritiker Geert Wilders in Berlin vor 550 Zuhörern. Die Veranstalter machten sich im Vorfeld viele Sorgen um die Sicherheit des Redners und der Veranstaltung selbst. Immerhin sind in den Niederlanden mit Theo van Gogh und Pim Fortyn schon Leute dafür ermordet worden, dass sie ähnlich redeten wie Wilders. Die Veranstalter baten die Presse daher um Verständnis dafür, dass sie den Veranstaltungsort erst kurz vor Beginn bekannt geben wollten.

Die Sicherheitsorgane wussten hingegen früher Bescheid. Doch dort gab es offenbar eine undichte Stelle. In aller Herrgottsfrühe konnte man an jedem Zeitungsstand im „Tagesspiegel“ lesen, wo Wilders sprechen würde. Das Blatt wörtlich: „Dies verlautete aus Sicherheitskreisen.“ Veranstalter René Stadtkewitz war über die Petzerei der Zeitung derart erbost, dass er den „Tagesspiegel“ des Veranstaltungssaals verwies. Die Zeitung berichtete dennoch beinahe so, als sei sie dabei gewesen. Parteigründer Stadtkewitz habe nur „Außenseiter“ anlocken können, behauptete das Blatt.

Hatten sie sich etwa unbemerkt hineingeschlichen, um die Besucher zu inspizieren? Nein: Als Beleg für die Außenseiterschaft von Wilders und seinen Anhängern führten die Redakteure an, der Politiker habe seine Fans quasi aus den Niederlanden mitgebracht, um den Saal zu füllen. Man habe einen entsprechenden Reisebus ausgemacht. Welchen Bus meinten sie? Es stand nur ein einziger Bus vor dem Hotel, und der trug tatsächlich das verdächtige Länderkennzeichen H. H wie Holland, dachten die findigen Reporter wohl. Tja, Pech gehabt: H steht für Ungarn – NL ist das Kennzeichen der Niederlande.

Sechs Millionen verschenkt

Potsdamer Garnisonkirche: Ideologische Aufladung könnte die Steuerzahler teuer kommen



Das Nagelkreuz von Coventry ist als Kopie bereits in Potsdam: Anstelle des Wetterhahns soll das Symbol des Luftangriffs auf die britische Industriestadt im November 1940, bei dem 568 Menschen ums Leben kamen, den neuen Turm der Garnisonkirche zieren

Bild: Caro

Nach jahrelangem Hin und Her soll der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche beginnen. Doch der Anfang steht unter einem schlechten Stern, denn Landeskirche und Landesregierung haben das Bürgerengagement beiseite gedrängt.

Der Wiederaufbau der geschichtsträchtigen Potsdamer Garnisonkirche beginnt, zumindest gedanklich. Die Planung ist jetzt an die Dresdner Firma „teamprojekt“ vergeben. Evangelische Kirche und Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche (FWG) setzen damit auf baldigen Baubeginn am Turm. Den Startschuss ermöglicht ein Landeszuschuss – aus dem Topf ehemaliger DDR-Parteivermögen. Doch dürfte weder für den 88,43 Meter hohen Träger des weltbekannten Glockenspiels noch für den Gesamtbau annähernd genug Geld vorhanden sein. Zudem bleibt das Konzept „Versöhnungszentrum“ statt originalgetreuer Rekonstruktion umstritten, zumal der ideologisch aufgeladene Ansatz kaum einen Spender anlockt.

„Üb' immer Treu und Redlichkeit“ – der Text des Dichters Ludwig Heinrich Christoph Hölty, 1775 als „Der alte Landmann an seinen Sohn“ verfasst, und die Melodie von Wolfgang Amadeus Mozart in Anlehnung an die „Zauberflöte“ standen Pate für das Glockenspiel der Kirche. Die Kirche sollte im Sinne des Erbauers, König Friedrich Wilhelm I., ein „Symbol des christlichen Preußen“ sein.

Seit 1991 gibt es das Glockenspiel in Potsdam wieder – dank dem Einsatz der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel (TPG). Sie gab mit der ersten Spendensammlung und dem Guss der Glocken schon vor dem Mauerfall, nämlich im Jahre 1987, den Anstoß zum Wiederaufbau der 1968 gesprengten Kirche und sammelte Unterstützer. Linke Kreise in der Evangelischen Kirche bekämpften die Pläne als Ausdruck von „Militarismus“. Die zuständigen Kirchengremien sagten noch nach Ende der DDR nein.

Traditionsfreunde wurden ausgebootet

Seit diesen Anfängen hat sich die Stimmung zugunsten des Projekts an sich verschoben. Spätestens mit der Grundsteinlegung 2005, der keine wesentlichen Baumaßnahmen folgten, bekundete auch die Politik prinzipielle Unterstützung und mischte sich inhaltlich ein. Um die Art der Rekonstruktion und die spätere Nutzung schwelt indes der Streit. Die Kirche hat mit der „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“ ihr eigenes Konzept nachgelegt: Nagelkreuz (in Anspielung auf Coventry) statt Wetterfahne außen, vor allem aber innen Verzicht auf entscheidende Teile der Ausstattung, so voraussichtlich auch den Altarraum.

Wiederaufbau-Aktive der ersten Stunde werfen der Landeskirche wie der Landesregierung vor, es mit der Redlichkeit nicht so genau zu nehmen und das Projekt weiterhin verschleppen zu wollen. Tatsächlich kommt der offizielle Plan kaum voran, obwohl sich die Verantwortlichen öffentlich wie im Internet als Macher präsentieren: „Das primäre Ziel der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche ist eine weitestgehend form- und materialgerechte Rekonstruktion.“ Doch „die wieder gewonnene Garnisonkirche soll zukünftig als offene Stadtkirche, als Symbolkirche und als Schule des Gewissens genutzt werden“, so der Plan der FWG. Das Innere solle „dem Zustand von 1732 angenähert“ und „die Querausrichtung des Raumes“ wiederhergestellt werden, heißt es im Internet nebulös. Indes: „Der neubarocke Zustand von 1898 soll nicht rekonstruiert werden“ so die FWG weiter.

Fördergesellschaft und Kirchenstiftung ziehen an einem Strang. Die FWG sammelte bisher 600 000 Euro an Spenden ein. Mehr als das Zehnfache trug dagegen die TPG zusammen für einen innen wie außen historisch kompletten Bau. Nach ihrem Rückzug wegen der nicht ideologiefreien Konzeption von Kirche und Politik müssen die nun Verantwortlichen aber zusehen, wie sie ihre Pläne selbst finanzieren. Allein der einer niederländischen Kirche nachempfundene Turm kostet 39 Millionen Euro. Bereits 2017 soll er fertig sein. Doch aktuell stehen gerade zwei Millionen aus sogenanntem PMO-Vermögen, das sind Gelder der Parteien und Massenorganisationen der DDR, als „Initialzündung“ zur Verfügung. Davon sind 1,4 Millionen für die Planung an sich vorgesehen, weitere 400 000 Euro für eine zeitweilige Ausstellung – bleiben ganze 200 000 Euro für den Bau. Dieser bescheidene Betrag soll „Einzelbauteile“ ermöglichen. Die hoffen die Bauherren bald spektakulär in Szene zu setzen und so Spender zu werben.

Bisher legt sich die Landeskirche nur mit einer Ausstellung zur Garnisonkirche ins Zeug, samt „Ziegelsteinaktion für den Wiederaufbau sowie Schmalzstullen-Buffet“. Für 2011 kündigt sie mit der Untersuchung der noch vorhandenen Kirchenfundamente die nächste Bauphase an. Dazu wird der Standort der Ausstellung abgerissen.

Die Planungsfirma „teamproject“ sammelte bisher Erfahrungen mit steuerfinanzierten Schloss-Sanierungen (Dresdener Schloss, Moritzburg, Meißen). Ihr jetziges Engagement kann als Zeichen verstanden werden, dass am Ende der Steuerzahler mehr zahlt als in der TPG-Variante – und weniger dafür bekommt.

Vor wenigen Tagen verbuchte die FWG immerhin eine spektakuläre Einzelspende: 700 000 Euro plus Erlös aus einer Eigentumswohnung wurden ihr aus dem Nachlass einer offenbar durch den TPG-Rückzug heimatlos gewordenen 93-Jährigen vermacht. Ob davon eine „Signalwirkung auf andere potenzielle Spender“ ausgeht, wie FWG-Vorsitzender Johann-Peter Bauer hofft, bleibt offen. *Sverre Gutschmidt*

Berlin bei Magdeburg?

Flughafen-Name erzürnt die Hauptstädter

Der Berliner Großflughafen BBI bei Schönefeld ist noch lange nicht fertig, da fürchtet die Hauptstadt bereits Konkurrenz aus Sachsen-Anhalt. Genauer: aus dem kleinen Städtchen Cochstedt. Der Ort liegt 40 Kilometer entfernt von Magdeburg und 180 Kilometer von Berlin. Seit 1957 gibt es dort einen Flughafen. Den hatte die russische Besatzungsmacht erbaut.

Nach der Vereinigung sollte der Flughafen zivil genutzt werden. Doch das Projekt stand jahrelang unter keinem guten Stern: 1994 wurde dem Flughafen eine Betriebsgenehmigung für uneingeschränkten Tag- und Nachtbetrieb erteilt. Dann passierte lange wenig. Jahre später verhandelte die Fluggesellschaft Ryanair mit der Betreibergesellschaft, um verschiedene Urlaubsorte ab 2007 anzufliegen. Auch daraus wurde nichts. 2008 wollte das Land Sachsen-Anhalt den Flughafen für neun Millionen Euro an einen Investor aus Abu Dhabi verkaufen. Nachdem dieser mit der ersten Rate in Verzug geraten war, schlug schließlich ein dänischer Betreiber zu. Für nur noch 1,5 Millionen gehört das Areal seit März 2010 der „Airport Development“ aus Kopenhagen. Seit dem 21. Juli liegt auch eine Betriebsgenehmigung vor.

Dänische Investoren werben um Urlaubsflieger

Die cleveren Dänen haben sich einen hübschen Werbegag ausgedacht. Der Provinzflugplatz soll nicht mehr Flughafen Cochstedt/Magdeburg/Cochstedt, sondern „Airport Magdeburg-Berlin International“ heißen. Das sei eine Mogelpackung, schimpft Ralf Kunkel, der Sprecher der Berliner Flughäfen. „Offensichtlich sollen hier Verbraucher bewusst getäuscht werden. Wir prüfen daher, ob wir juristische Schritte einleiten.“ Er hofft, dass Verbraucherschützer und Rechnungshöfe der Konkurrenz, die noch gar keine ist, Ärger machen.

Tatsächlich könnte die verspätete Fertigstellung des BBI dazu führen, dass sich die Dänen Marktanteile im Berliner Urlaubsverkehr sichern. Der Sprecher des Flughafens Magdeburg/Cochstedt gibt das offen zu: „Wir wollen künftig auch Passagiere aus dem Großraum Berlin gewinnen.“

Die Berliner Drohungen hingegen stehen auf tönernen Füßen. 100 Kilometer von Frankfurt am Main entfernt ist auf dem ehemaligen US-Militärflugplatz Hahn der „Airport Frankfurt-Hahn“ entstanden. Hahn hat sich für den eigentlichen Frankfurter Flughafen allerdings nicht als tödliche Konkurrenz erwiesen, sondern als gute Ergänzung. *Hans Lody*

Der neue Star der SPD

Ex-Außenseiter Heinz Buschkowsky wird plötzlich hofiert

Der Überbringer schlechter Botschaften wird bestraft, sagt der Volksmund. Die SPD straft Thilo Sarrazin. Dennoch ist längst eine Debatte um den Islam inklusive Tabuthema Deutschenfeindlichkeit entflammt. Doch basiserfahrene Genossen sind rar. Auf dem SPD-Parteitag Berlin beherrschte daher ein Außenseiter die Integrationsdebatte: Heinz Buschkowsky, der klarmachte: „Es gibt muslimische Eltern, die ihre Kinder auffordern, sich von Deutschen fernzuhalten, weil die ganze Gesellschaft sündig sei. Außerdem gibt es immer mehr Koranschulen an Moscheen und in Hinterzimmern, in denen Kinder gedrillt werden.“

Der 62-Jährige erklärte „Multikulti“ 2004 für „gescheitert“. Damals erntete er viel parteiinterne Kritik, wurde zum SPD-Außenseiter. Günter Piening, Migrations-Beauftragter des Berliner Senats und Parteifreund, ist einer der heftigsten Gegner des pragmatischen Buschkowsky-Kurses. Dessen Hang, Probleme zugespitzt zu benennen, sei eine „Inszenierung“: „Als es in den Banlieues von Paris brannte, hat er erklärt, wenn wir so weitermachen, haben wir das auch bei uns. Und das ist völlig absurd.“

Selbst die Deutschfeindlichkeit ist jetzt Thema

Solche Angriffe gegen Buschkowsky aus den eigenen Reihen sind allerdings rar geworden. Laut SPD-Politikerin Ülker Radziwill (44), Mitglied im „Verein Türkischer Sozialdemokraten in Berlin“, hat Buschkowsky inzwischen selbst bei Sigmar Gabriel Eindruck hinterlassen. Für den SPD-Vorsitzenden sei der Neuköllner Bezirksbürgermeister eben „der Praktiker der Integration“, so Radziwill. Sie setzt sich nach wie vor für mehr „Angebote“ an Zuwanderer ein.

Buschkowsky dagegen hat ehemalige Tabuthemen am Wickel: Man müsse „Deutschenfeindlichkeit und Gesellschaftsablehnung als Faktum zur Kenntnis nehmen“ und „nicht alles gleich schönreden“. Und, noch deutlicher: „Der Unterschied zwischen Ausländerfeindlichkeit und Deutschfeindlichkeit besteht darin, dass die Ausländerfeindlichkeit nicht einhergeht mit einem religiösen Überbau.“

Zum Vergleich der niederländische Islamkritiker Geert Wilders: „Es gibt viele moderate Muslime, aber die politische Ideologie des Islam ist nicht moderat und hat globale Ambitionen“ – dazwischen liegen nur Nuancen. Das vom Senat als positives Integrationsbeispiel angekündigte gemeinsame Feiern nach dem deutsch-türkischen Fußball-Länderspiel verlief unterdessen friedlich, weil es ausfiel. *SV*

Zeitzeugen



Elizabeth II. – Die Königin von England ist bis heute das weltliche Oberhaupt der Anglikaner, deren geistlicher Leiter der Erzbischof von Canterbury ist. Zugleich ist sie auch „Defender of the Faith", Beschützerin des Glaubens. Ihr Sohn Charles verkündete bereits, dass wenn er Königs wird, er diese Verteidigerfunktion nicht nur auf einen Glauben beschränken möchte.

Tony Blair – Der Premier der Jahre 1997 bis 2007 ist der wohl bekannteste Konvertit vom Anglikanismus zum Katholizismus. Blair konvertierte kurz nach dem Ausscheiden aus dem Amt. Erst seit 1829 sind Katholiken in England bürgerlich gleichberechtigt, seit 1850 gibt es wieder organisatorische Strukturen. Heute gibt es 4,7 Millionen britische Katholiken.



George Kennedy Allen Bell – Der anglikanische Bischof war ein enger Freund Dietrich Bonhoeffers und Pionier der ökumenischen Bewegung. Bei Winston Churchill fiel er in Ungnade, weil er ab 1941 wiederholt die Flächenbombardements deutscher Städte kritisierte, auch in einer Rede im Oberhaus. Historiker gehen davon aus, dass George Bell deswegen 1944 nicht Erzbischof von Canterbury wurde. 1945 und danach kritisierte er heftig die Vertreibung der Deutschen.

Gene Robinson – Der 1947 Geborene wurde 2003 zum anglikanischen („episkopalen") Bischof von New Hamshire (USA) geweiht, obwohl er geschieden war und in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung lebte. Über seine Bestellung kam es fast zum Bruch der Anglikanischen Gemeinschaft. In einem Interview mit der „Times" erklärte Robinson sinngemäß, dass die Kirche ohne homosexuelle Priester verloren wäre.



John Henry Newman – Der 1801 geborene Theologe rang lange mit sich vor seiner Konversion zum Katholizismus. Vor allem die Heiligenverehrung war für ihn ein Problem. Scharfsichtig erkannte Newman im Liberalismus die große Herausforderung für die Kirche der Neuzeit, bekannt ist sein Ausspruch, der Kommunismus wolle die kirchlichen Einrichtungen schließen, der Liberalismus wolle sie leeren. Ein erneuertes Christentum, das die Herausforderung des Liberalismus gemeistert hätte, war für ihn „die Religion der Zukunft".

Anglikaner in der Krise

Der Papstbesuch machte deutlich, dass die Church of England den Vatikan braucht

Reiste Papst Johannes Paul II. 1982 noch als „Pilger" nach England, so stand der Besuch von Papst Benedikt XVI. im September auf den Britischen Inseln unter völlig anderen und historischen Vorzeichen.

Zum ersten Mal in der Geschichte Englands wurde ein römischer Papst mit allen öffentlichen Ehren als Staatsgast empfangen. Versöhnliche Zeichen sandte er an die in Auflösung begriffene anglikanische Staatskirche.

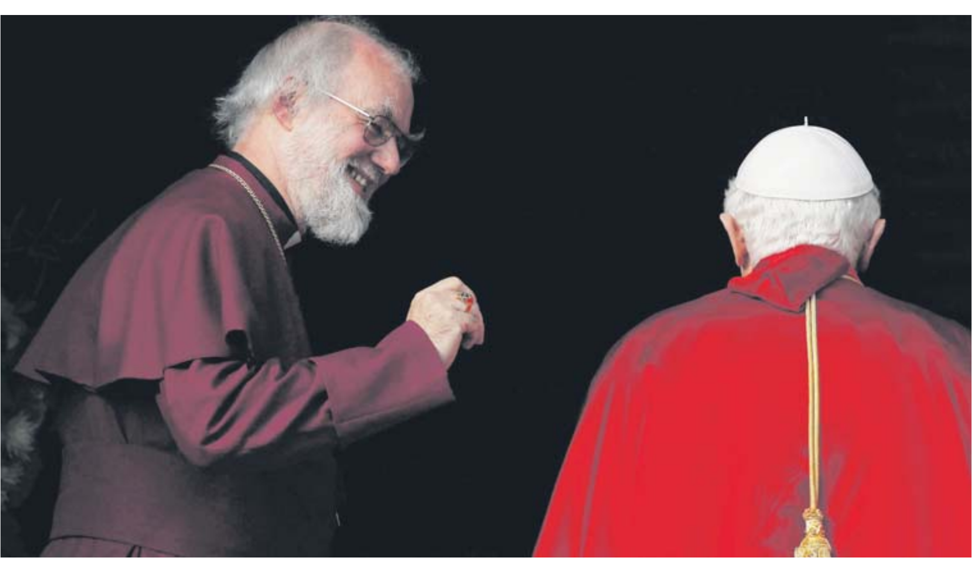
Dass der Papst von Hunderttausenden katholischen Gläubigen auf seinen Stationen in Edinburg, London und Birmingham begeistert empfangen wurde, mag noch selbstverständlich erscheinen; dass jedoch die linksliberale Presse, die im Vorfeld des Besuches ausgesprochen aggressiv und feindlich agiert hatte, zum Ende des Staatsbesuches fast ausschließlich lobende Worte über den „heiligen Großvater" fand, löste allseits Erstaunen aus. Offenbar hat auch die anglikanische Staatskirche, die über Jahrhunderte die Katholiken der Britischen Inseln unterdrückte und verfolgte, ein neues und versöhnliches Verhältnis zur katholischen Kirche gefunden.

Der Anglikanismus steht heute vor einem Dilemma. Die 1534 von König Heinrich VIII. selbstherrlich gegründete beziehungsweise annektierte „Church of England" ist heute innerlich über die Frage der Ordination von Frauen und Homosexuellen zum Priesteramt und Bischofsamt tief gespalten. Etwa die Hälfte der 70 Millionen Anglikaner weltweit verweigert hier dem Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, die Gefolgschaft. Viele anglikanische Kirchen stehen leer oder zum Verkauf; manche werden auch abgerissen. Spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat eine theologische Erosion des Anglikanismus eingesetzt. Seitdem wanderten viele Gläubige in evangelikale Freikirchen oder in die katholische Kirche ab. Dieser Prozess hat sich in den letzten 30 Jahren noch verstärkt. Mehrere Hundert anglikanische Pastoren sind seitdem katholisch geworden. Die meisten von ihnen konnten, dank einer Sondergenehmigung Papst Johannes Pauls II., auch als verheiratete Männer zu katholischen Priestern geweiht werden.

> Mehrere Hundert Pastoren wurden bereits katholisch

Der Anglikanismus sieht sich heute einer vielfältigen Konkurrenz ausgesetzt. Auf der einen Seite christliche Konfessionen, die eine aktive Missionsarbeit betreiben, auf der anderen Seite ein aggressiver Atheismus und Islam. Seit dem Großbritannien seine Weltmachtmachtstellung verloren hat und die Staatskirche nicht mehr mit politischen Machtmitteln gestützt werden kann, ist der Niedergang scheinbar unaufhaltsam. Dazu passt die Nachricht, dass die im 18. und 19. Jahrhundert führende Industrienation der Welt heute nur noch auf Platz 10 der Exportnationen steht, wie das Nachrichtenmagazin „Focus" kürzlich meldete. Lange unterlegene Länder wie Frankreich, Belgien, Holland oder Italien haben die Briten inzwischen überholt.

Zwar gehören in England noch 72 Prozent der Bevölkerung christlichen Kirchen an; doch die Britischen Inseln wandeln sich zunehmend zu einem multiethnischen und multireligiösen Gebiet. Umso gespannter wartete die Öffentlichkeit auf den unumstrittenen Höhepunkt des historischen Staatsbesuches: die Seligsprechung des größten Theologen des Anglikanismus im 19. Jahrhundert, den zum katholischen Glauben konvertierten John Henry Kardinal Newman (siehe Artikel unten). *Hinrich E. Bues*



Als Staatsgast gefeiert: Immer mehr Anglikaner verweigern dem Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, die Gefolgschaft. Nun soll ausgerechnet der über Jahrhunderte verhasste katholische Papst die Church of England stärken. Bild: Getty

Zwischen den Konfessionen

Als Organisation entstand die heute weltweite Anglikanische Gemeinschaft im Jahre 1534 mit der Church of England in einem eher politischen Akt des englischen Königs Heinrich VIII. Doch anglikanische Theologen würden immer eine bald 2000-jährige Tradition für sich in Anspruch nehmen – bis zurück zum Pfingstereignis im Jahr der Kreuzigung Jesu Christi.

Theologisch gehört die anglikanische Kirche zum Protestantismus, beispielsweise kennt sie wie die ganze reformatorische Christenheit nur die beiden Sakramente Taufe und Abendmahl.

Und doch steht der Anglikanismus in vielen Punkten zwischen Katholizismus und Protestantismus. Beispielsweise stehen die anglikanischen Bischöfe in der sogenannten „apostolischen Tradition", die seit den Anfängen der Kirche durch Handauflegen und Weihe bei der Amtseinführung weitergegeben wird. Jedoch wird dieser Akt von den Anglikanern nicht als Sakrament bewertet und von Rom nicht als gültig anerkannt. Weitere Berührungspunkte mit Rom und der Orthodoxie sind die traditionelle Hochschätzung von Eucharistie und Liturgie und das Interesse an der Theologie der Kirchenväter.

> Einst Vorreiter im Dialog der Kirchen

Das sind gute Grundlagen für den Dialog insbesondere mit den orthodoxen Kirchen. Allerdings haben die Anglikaner im Jahre 1994 die Priesterweihe für Frauen eingeführt und ihnen im Jahre 2008 den (vorerst theoretischen) Zugang zum Bischofsamt eröffnet. Teile des Anglikanismus akzeptieren zudem die Ordination bekennender Homosexueller zu Bischöfen. Dies hat die Gemeinschaft in eine Zerreißprobe geführt und den theologischen Dialog mit Katholiken und vor allem Orthodoxen massiv zurückgeworfen. Die einstige Vorreiterrolle im Ökumenismus ging dadurch verloren. *K. B.*

Theologisches Genie

Newman war seiner Zeit weit voraus – Kritiker des Liberalismus

Papst Benedikt XVI. gilt als großer Verehrer von John Henry Newman (1801–1890) und ließ es sich nicht nehmen, den Theologen am 19. September, nur einen Kilometer von seinem Grab entfernt, persönlich selig zu sprechen. Newman galt schon als Kind und Jugendlicher als intellektuelles Genie. Mit 16 Jahren bekehrte er sich zum lebendigen Glauben an Jesus Christus und beschloss gleichzeitig, ehelos zu bleiben. Nach seinem Theologiestudium am angesehenen „Trinity College" der Universität Oxford wurde er schon mit 21 Jahren zum Professor am benachbarten „Oriel College" berufen. Eine glänzende Karriere lag vor dem jungen Mann und ganz England schaute zu ihm auf. 1833 wurde er zudem zum geistlichen Kopf der wichtigsten anglikanischen Reformströmung, die sich nach ihrem Herkunftsort „Oxford-Bewegung" nannte.

Die zentrale Hoffnung dieser Reformer würden wir heute „ökumenisch" nennen. Die Männer um Newman erkannten, dass nur eine geeinte Christenheit stark und missionarisch erfolgreich sein könnte. Daher suchten sie eine „Via Media", einen Mittelweg zwischen katholischer und protestantischer Spiritualität, um die Einheit der Kirche wiederzustellen. Vor allen Dingen die Theologie der Kirchenväter der frühen Kirche sollte ein Schlüssel für ihre Bemühungen liefern. Denn in den ersten 500 Jahren war die Christenheit noch weitgehend eins. Doch je mehr sich John Henry Newman in die Theologie der Kirchenväter vertiefte, desto mehr wuchsen seine Zweifel. Eine Rückkehr in die erste Christenheit erschien unmöglich. Zu groß war nicht nur der zeitliche Abstand, sondern auch die theologische Differenz zwischen dem Anglikanismus des 19. Jahrhunderts und dem Glauben der ökumenischen Kirchenväter, wie er etwa im Apostolischen Glaubensbekenntnis oder in den frühkirchlichen Dogmen niedergelegt ist.

> Schluss vom Gewissen auf die Existenz Gottes

So entschlossen sich Newman und viele seiner theologischen Weggefährten zwischen 1843 und 1845 zur Konversion in die katholische Kirche. Nach einem mehrmonatigen Studienaufenthalt in Rom wurde Newman 1847 zum katholischen Priester geweiht und damit beauftragt in England das „Oratorium" (nach dem hl. Philipp Neri) zu begründen. Dabei handelt es sich um eine ordensähnlich lebende Gemeinschaft von Priestern. Newman erfuhr in den folgenden Jahrzehnten feindselige Ablehnung sowohl von Anglikanern wie von seinen neuen katholischen Weggefährten. Davon unbeirrt arbeitete er an seinen theologischen Werken, wovon seine „Apologia pro sua vita", eine Selbstverteidigung seines Weges, die bekannteste ist. Hierin kritisiert er bereits vor 150 Jahren die heute verbreitete Strömung des theologischen Relativismus und Liberalismus. Seine theologischen Werke umfassen 38 Bände, besonders bekannt ist sein Schluss aus dem menschlichen Gewissen auf die Existenz Gottes. Für seine theologischen Arbeiten wurde der große Theologe und „Kirchenvater der Neuzeit" 1879 ehrenhalber zum Kardinal ernannt. *Hinrich E. Bues*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Islamisierung durch die Hintertür

Christian Wulffs Äußerung zum Islam in Deutschland löst heftige Dabtte aus

Die Rede des Bundespräsidenten Christian Wulff erhielt von Politikern viel Zuspruch. Viele Bürger hingegen wollen die Aussagen ihres Staatsoberhauptes so nicht akzeptieren.

Bundespräsident Wulff hat, ohne es zu beabsichtigen, eine Diskussion über das kulturelle Selbstverständnis Deutschlands angestoßen, die nahtlos an die von Thilo Sarrazin angezettelte Integrationsdebatte anschließt. Seine Aussage „Der Islam gehört mittlerweile auch zu Deutschland“ löste einen heftigen Streit darüber aus, auf welchen Grundlagen dieses Volk, dieser Staat und dieses Land stehen.

SPD und Grüne stimmten dem Staatsoberhaupt spontan ebenso zu wie große Teile der CDU, namentlich die Kanzlerin. Auch muslimische Lobbygruppen waren begeistert. Schließlich lobte sogar der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan bei seiner Deutschlandvisite Wulffs These. Erdogan ist den Deutschen noch in schlechter Erinnerung, weil er bei seinem vorangegangenen Besuch in der Bundesrepublik Assimilation als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gegeißelt hatte – wissend, dass Integration immer auch ein wenig Assimilation bedeutet.

Andere Vertreter der CDU und vor allem der CSU stellten sich unterdessen gegen den Bundespräsidenten. Auch im Volk scheint Wulff wenig Zustimmung zu ernten. Laut einer Emnid-Umfrage im Auftrag der „Bild am Sonntag“ etwa glauben 59 Prozent der Bundesbürger, dass die große Mehrheit der Muslime in Deutschland nicht bereit sei, das Grundgesetz für sich persönlich zu akzeptieren. 71 Prozent meinen, dass die große Mehrheit der Muslime nicht gewillt sei, die Gleichberechtigung der Frau hinzunehmen. Das deutet nicht darauf hin, dass die Deutschen den Islam als Teil der Kultur ihres Landes sehen.

Wulffs Kritiker halten sowohl das Menschenbild als auch die Vorstellungen von Staat und Gesellschaft, die der Islam transportiert, für unvereinbar mit der abendländischen Tradition und Wirklichkeit. Sogar die linksliberale „Zeit“ sieht hier einen unaufhebbaren Widerspruch: Die Gewaltenteilung etwa reiche zurück bis ins Alte Testament, führe über Jesu Wort „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ bis zur augustinischen Zwei-Reiche-Idee, von welcher der Augustiner-Mönch Luther ausgegangen sei. Auch die Idee von der Freiheit und der Würde des Menschen wurzele im antiken Humanismus sowie jüdischen und christlichen Traditionen, die im Islam keine gleiche Entsprechung fänden.

In die Erörterung der Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, platzte eine Reihe alarmierender Nachrichten darüber, dass das islamische Recht der „Scharia“ längst Eingang in die deutsche Rechtsprechung gefunden hat. Angela Merkel hatte, um die Wogen in der von Wulff losgetretenen Kontroverse zu glätten, behauptet, die Scharia gelte in Deutschland nicht. Dem widersprachen umgehend führende Rechtsexperten. Hilmar Krüger, Professor für ausländisches Sozialrecht an der Universität Köln, wies die Kanzlerin im „Spiegel“ zurecht: „Wir praktizieren islamisches Recht seit Jahren.“ Und das sei auch „gut so“, bekräftigte der Rechtsgelehrte.

> Die Scharia hat in die Rechtsprechung längst Einzug gehalten

So unterlag eine Marokkanerin vor dem Bundessozialgericht in Kassel, die ihre Witwenrente nicht mit der „Zweitfrau“ ihres verstorbenen Mannes teilen wollte. Eine Irakerin erlangte eine Aufenthaltsbefugnis in Deutschland ebenfalls durch ihren Status als „Zweitfrau“.

Neben der Anwendung des islamischen Rechts durch deutsche Gerichte hat sich eine Art Nebenjustiz durch sogenannte Scharia-Gerichte in Deutschland herausgebildet. Bayerns früherer Ministerpräsident Günther Beckstein schätzt die Zahl der Scharia-Richter auf mittlerweile mehr als 100, „mindestens einen in jeder Großstadt, viele auch schon in mittleren und kleineren Städten“, zitiert der „Bayernkurier“ den CSU-Politiker.

Zwar können Scharia-Gerichte kein juristisch gültiges Recht sprechen. Wegen des teils gewaltigen Anpassungsdrucks, dem insbesondere muslimische Frauen ausgesetzt sind, ist die Macht der islamischen „Gerichte“ jedoch nicht zu unterschätzen, vor allem was Fragen von Ehe und Familie betrifft.

Aus Berlin wird gemeldet, dass dort nun auch ein ganzes Bürohochhaus unter Scharia-Recht gestellt wurde. Der neue Eigentümer, ein arabischer Investor, verbietet in seinem Objekt den sich einmietenden Firmen unter anderem „Glücksspiele, Verkauf, Produktion, Vertrieb oder Vermarktung von Alkohol oder Schweinefleisch zum menschlichen Verzehr, zinsbasiertes Bankgeschäft, Finanzgeschäfte und Finanzdienstleistungen sowie Versicherungsgeschäfte mit Ausnahme von Versicherungen auf Gegenseitigkeit“.

Rechtlich sind die islamischen Vorschriften laut Deutschem Mieterbund erlaubt. Die Organisation beobachtet steigendes Interesse arabischer Investoren an deutschen Gewerbeimmobilien, weshalb mit weiteren „Scharia“-konformen Mietverträgen gerechnet wird.

Erdogan hatte den deutschen Bundespräsidenten gelobt, er habe mit seiner Aussage zu Islam und Deutschland „eine Realität“ ausgesprochen. Was Erdogan, selbst islamistischer Bestrebungen verdächtig, damit meinte, blieb an der Oberfläche unklar. Die rapide Ausbreitung des islamischen Rechts in Deutschland gibt jedoch eine Ahnung davon, wovon der Türke sprach.

Die „Zeit“ wirft dem Bundespräsidenten durch die Blume wohlfeile Ahnungslosigkeit vor. Wulff habe den Muslimen durch eine „hochherzige“ Geste die Hand reichen wollen, dabei aber die Unterschiede der Kulturen ignoriert. Den gleichen Vorwurf müssten sich ebenso die Kanzlerin, Teile der Union und der FDP sowie SPD und Grüne gefallen lassen. *Hans Heckel*



In welchen Traditionen steht Deutschland? Die Rede des Bundespräsidenten zum Tag der Einheit offenbarte Unkenntnis. Bild: Davids



MELDUNGEN

Schröder und die Extremisten

Berlin – Schon vor einiger Zeit hat Familienministerin Kristina Schröder (CDU) auf Ungleichgewichte beim „Kampf gegen Extremismus“ hingewiesen. Gewaltbereiter Linksradikalismus und Ausländerextremismus seien keinen Deut besser, sagte sie. Nun sollen Taten folgen: Initiativen, die sich um Fördergeld im „Kampf gegen Rechts“ (KgR) bewerben, sollen bestätigen, dass sie selbst auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Offenbar hat dieser Vorstoß einen empfindlichen Punkt getroffen, denn Linke und Grüne widersprachen. Medienberichten zufolge finanzieren sich linksradikale Antifa-Gruppen aus KgR-Mitteln. Die grundlegende Schieflage bleibt ohnehin bestehen: Für den Kampf gegen Rechts sind im Haushaltsentwurf für 2011 24 Millionen Euro angesetzt, für die Zurückdrängung linker und ausländische Extremisten zusammen nur fünf Millionen. *K.B.*

Verbesserungen für Alteigentümer

Berlin – Die Opfer der sogenannten Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 können bei einem Rückerwerb ihres früheren Eigentums auf geringfügig günstigere Preise hoffen. Angesichts der laut schwarz-gelber Koalitionsvereinbarung „zügigen“ Bearbeitung, die sich noch bis 2025 hinziehen wird, können die Enteignungsopfer ihre Grundstücke, Immobilien und Betriebe dann statt zum aktuellen Verkehrswert zu den Preisen von 2004 zurückkaufen. Ferner sollen die Möglichkeiten, das Rückerwerbsrecht auf Verwandte zu übertragen, verbessert werden. Eine Rückgabe oder Entschädigung gemäß rechtsstaatlichen Grundsätzen hatte die Bundesregierung 1990 verweigert, da angeblich die Sowjetunion sonst der deutschen Einheit nicht zugestimmt hätte (siehe Kommentar auf S. 8). *H.J.M.*

Erfolg nur in Nischen

Der Umsatz der Verlagsbranche sinkt

Die Ware Buch scheint ein Auslaufmodell zu sein, das Event Frankfurter Buchmesse dito. Seit Jahren meldet die Messestatistik stereotyp 7300 Aussteller und 300000 Besucher, doch leere Standflächen und tröpfelnde Besucherrinnsale signalisierten bei der 62. Messe 2010 deutlichen Rückgang. Von Leipziger Pendant abgeguckte „Magnete“, zum Beispiel eine Antiquariatsmesse, zogen nicht, Buchliebhaber unter 30 gibt es wohl gar nicht mehr. Der Werbeeinfall „Ehrengast Argentinien“ aktivierte viel Prominenz und wenig Interesse: Das Land wurde in Halle 5.1 und Forum hinter Südamerika, Spanien, Italien, Türkei bis zur Unauffindbarkeit versteckt – Rindfleisch, Tango und Maradonna bleiben alles, was Deutschen zu Argentien einfällt. Weniger bekannt hingegen sind die verschiedenen Hintergründe zur argentinischen Militärdiktatur in den 70er Jahren.

Die Buchbranche erlebte 2010 ein Minus von 2,4 Prozent im Absatz und 2,6 Prozent im Umsatz, wobei das September-Plus von 31 Prozent eingerechnet ist, das vor allem der Sarrazin-Bestseller verursachte. Generell deutet sich eine Trendwende an, da auffallend viele Verleger charmante Nischen aufgetan haben: Halb vergessene Persönlichkeiten, Ereignisse und Autoren füllen Bücher und Regale, in Themen und Aufmachung überraschende Bücher sind Erfolge: Was als Orchidee mit geringer Verkaufschance anmutet, ist tatsächlich ein heimlicher Bestseller, der gerade die fünfte Auflage ausbrütet.

> Buchmesse zeigt literarische Orchiedeen

Das Angebot neuer Literaturzeitschriften begeistert, Nischenmedien wie das österreichische „literadio“ weckten mit fröhlichem Life-Radio neue Leselust. Nischen-Buchprovinzen wie das „Lëtzebuergesch“ zeigen Flagge: Man repräsentiert einen Markt von 250000 Lesern, der Auflagen bis zu 1500 kennt – sagt Susanne Jaspers, Präsidentin des luxemburgischen Verlegerverbands. Ähnlich selbstbewusst treten Verleger aus Bosnien, Kosovo oder Kasachstan auf – bis hin zu Lutheranern aus Arabien, die hier angstfrei erzählen, mit welchen Nöten sie im muslimischen Umfeld kämpfen: „Derzeit brennen unsere Kirchen in Ägypten.“ *Wolf Oschlies*

Grüner Höhenflug

Bundesweit jetzt bei gut 20 Prozent

Der politische Höhenflug der Grünen geht weiter. Mit dem medialen Rükkenwind der Proteste gegen „Stuttgart 21“ erreichte die Ökopartei in drei verschiedenen Meinungsumfragen bundesweit zuletzt Werte von 20, 24 und 20 Prozent. Im Südwesten würde sie gegenwärtig mit 32 Prozent die SPD mit nur 19 Prozent weit übertreffen.

Diese Zahlen zeigen, dass hier vor allem Verschiebungen innerhalb des linken Lagers im Gange sind, bei Union und FDP bewegt sich seit Monaten fast nichts. Innerhalb und außerhalb der Grünen fragen sich Beobachter nach der Dauerhaftigkeit des grünen Höhenfluges. Deklassiert die Partei bald die SPD?

> »S 21« wird wohl so oder so gebaut

Dass diese von den Protesten gegen Stuttgart 21 nicht profitiert, ist klar: Bis vor wenigen Wochen war die SPD selbst noch für das Vorhaben, das „Umfallen“ hat ihr nichts gebracht, sondern nur die Grünen gestärkt. Für die Ökopartei im Südwesten könnte die Stunde der Wahrheit noch kommen. Falls Ende März wirklich die Regierung Mappus abgewählt werden sollte, bliebe wohl auch einer grün-geprägten Regierung nichts anderes übrig, als das Projekt fertigzustellen. Auf die Frage, ob der Ausstieg überhaupt noch möglich sei, antwortete Winfried Kretschmann, Grünen-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, nüchtern: „Jetzt auf jeden Fall ... Wie die Situation ohne Moratorium in sechs Monaten aussähe und ob es dann noch ein Zurück gäbe, können wir nicht vorhersagen ...“ Da Kretschmann auch auf sehr hohe Schadenersatzforderungen der Bauträger im Falle eines Ausstiegs verwies, kann man wohl annehmen, dass der Bahnhof in jedem Fall gebaut wird. Der grüne „Widerstand“ dagegen ist wohl ehrlich gemeint, aber im jetzigen Stadium doch nur noch symbolisch – und dennoch ein mächtiger Hebel im Landtagswahlkampf.

Vielleicht besteht darin ein Erfolgsgeheimnis der Grünen: Man handelt oft rein symbolisch, verschweigt dem aufmerksamen Beobachter aber nicht, dass man „nur so tut als ob“. Die SPD hingegen ändert ihre Position je nach machtpolitischer Opportunität öfter als die Grünen tatsächlich – etwa in Sachen „Linke“ und „Rente mit 67“. Das aber kostet grüne Glaubwürdigkeit. *K.B.*

Voll vernetzt

Neuer Personalausweis für die digitale Welt

Am 1. November 2010 fängt die Zukunft an. Nicht überall, zumindest aber in den deutschen Rathäusern mit ihren rund 5300 Meldeämtern. Dort bereitet man sich gerade auf die Einführung des neuen elektronischen Personalausweises (nPA) vor.

Es geht um nicht weniger als ein Milliardengeschäft. Der neue Ausweis, der vom 1. November an beantragt werden kann, kostet ab einem Alter von 24 Jahren 28,80 Euro, für Jüngere 22,80. In den kommenden sechs Jahren brauchen 60 Millionen Menschen in Deutschland das Dokument, macht 1,7 Milliarden Umsatz.

Damit nicht genug. Wer will, kann das scheckkartengroße Plastikkärtchen außer mit zwei Fingerabdrücken auch mit einem „elektronischen Identitätsnachweis“ (eID) oder einer „qualifizierten elektronischen Signatur“ (QES) bestücken lassen. Um aber eID oder QES auch nutzen zu können, braucht man ein Lesegerät, das je nach Ausstattung und Sicherheitsstandard bis zu 125 Euro kostet.

Zehn Fachfirmen haben im Auftrag des Bundesinnenministeriums als „Verfahrensentwickler“ die Software für die Meldebehörden geschrieben. Deren Mitarbeiter sind nun gerade dabei, das 60 Seiten starke Handbuch zu studieren.

> Schon erste Zweifel an der Sicherheit

Neben einem Höchstmaß an Fälschungssicherheit musste vor allem darauf geachtet werden, dass die elektronischen Ausweiselemente nicht zum illegalen Auslesen persönlicher Daten missbraucht werden können. Dazu wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ein neuartiges Verschlüsselungssystem (elliptische Kurven) entwickelt. Mathematiker der TU Darmstadt sprachen ihm euphorisch „weltweit höchsten Sicherheitsstandard“ zu. Der Chaos Computer Club (CCC) hingegen hatte wenig Mühe, die streng geheime PIN auszulesen – allerdings nur mit den billigsten der angebotenen Lesegeräte. Dennoch setzt die Wirtschaft auf den neuen Ausweis mit eID und QES als Zugang zur digitalen Welt von Morgen. Schon heute arbeiten über 200 Unternehmen an Online-Dienstleistungen, die auf dem nPA aufbauen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

MELDUNGEN

Herkunft schützt IPCC-Chef

Cancún – Bei der Weltklimakonferenz im November in Mexiko wird es wohl keine Personaldebatte über die Führung des Uno-Weltklimarates (IPCC) geben. Dies hatten viele gefordert, weil der IPCC sich krass falsche Prognosen geleistet hat und an die Öffentlichkeit gelangte Mails den Eindruck vermittelten, die Forscher würden Ergebnisse in ihrem Sinne umdeuten. Doch IPCC-Chef Rajendra Pachauri kommt zugute, dass er einer der wenigen Vertreter eines Schwellenlandes an der Spitze einer internationalen Organisation ist. Wenn die reichen Länder gegen Pachauri revoltierten, so das Bundesumweltministerium, würden sich die Fronten zwischen Industrienationen und aufstrebenden Entwicklungsländern verhärten. *Bel*

Suizide in China

Peking – Die Modernisierung Chinas treibt immer mehr ältere Menschen in den Freitod. Die staatliche Agentur China Daily gab einen besorgniserregenden Anstieg von 13 Fällen je 100000 Einwohner in den 90er Jahren auf 33 Fälle im Jahre 2010 bekannt. Als Grund benennt die Untersuchung die Vernichtung traditioneller Stadtviertel durch den Abriss älterer Gebäude in den Zentren, um modernen Großbauten Platz zu machen, sowie drastisch steigende Medizinkosten. Die älteren Bürger würden dabei aus dem sozialen Umfeld gerissen, das in China traditionell mit engen familiären Bindungen verbunden ist. Die Hinwendung der jüngeren Generation zu einem modernen Lebensstil verstärke diesen Trend. Hingegen nahm die Selbstmordrate unter jungen Frauen stark ab, da sie im Zuge einer Emanzipation die traditionelle Unterdrückung abschüttelten. *J.F.*

Die Renaissance der Kaper-Briefe

Da die offiziellen Einsätze gegen die Piraten im Golf von Aden ineffektiv sind, sollen nun private Firmen helfen

In Hamburg wird demnächst gegen zehn somalische Freibeuter der erste Piratenprozess seit 400 Jahren eröffnet. Derweil bleibt die Lage für die internationale Schifffahrt vor der ostafrikanischen Küste trotz des Einsatzes von rund 50 Kriegsschiffen äußerst unsicher. Die Piraterie ist dort weiter sehr „erfolgreich“. Nun soll eine britische Privatarmee das Problem lösen.

„In den letzten drei Jahren waren sie unfähig, Dutzende von Schiffen zu schützen“, so brandmarkt Sean Wollerson, Seniorpartner des Versicherers Jardine Lloyd Thompson Group (JLT) aus Großbritannien, die jährlich Hunderte von Millionen Dollar verschlingenden Einsätze der EU („Operation Atalanta“), der Nato-Taskforce und der US-Marine im Golf von Aden und den betroffenen Seegebieten im Indischen Ozean. Er kündigte an, für 15 Millionen Dollar Startkosten eine Flotille von 20 Schnellbooten auszurüsten, zu bewaffnen und in die Region zu entsenden. Jeweils zwei der Boote sollen britische Schiffe durch die gefährdeten Zonen begleiten und den Freibeutern schon von Weitem klar machen, dass sie sich geschütztem Gebiet nähern.

Der Versicherer JLT, der weltweit 14 Prozent der kommerziellen Schifffahrt versichert, übernimmt damit eine Vorreiterrolle für eine große Zahl von Interessenten, die ähnliche Schritte schon seit langem fordern. So verlangte etwa der Deutsche Reederverband im Frühjahr, die Besatzung von Handelsschiffen durch gut bewaffnete Soldaten zu ergänzen. Auch die Schweiz erwog bereits solche Schritte, verwarf sie aber aus Gründen des internationalen Rechts wieder. In den USA sind die Forderungen noch deutlicher. Schon vor Jahresfrist wurde von privaten Sicherheitsfirmen die Wiedereinführung der sogenannten Privatiers und Kaper-Briefe angemahnt. Das waren früher amtlich sanktionierte Piraten, wie etwa Englands Henry Morgan oder Francis Drake. Sie durften mit Genehmigung ihrer Regierungen Handelsschiffe von Gegnern, aber auch andere Piraten auf eigene Rechnung plündern. Nun sollen solche Privatiers erneut Seeräuber aufs Korn nehmen, ihre inzwischen Hunderte von Meilen außerhalb der Küste operierenden Mutterschiffe versenken.

Die US-Firma „Espada Logistics & Security Group of San Antonio“ fordert explizit, die von König Edward III. im Mittelalter eingeführten Kaperbriefe zu reanimieren. Dies sei auch im US-„Statute book“ als Artikel 1, Paragraph 8, der amerikanischen Verfassung

> Unendlicher Nachschub an Piraten, die sich an keine Regeln halten

und im Titel 33 des US-Codes, Paragraph 385 und 386, festgelegt. Es gab bereits Anläufe, einen solchen Antrag im US-Kongress einzubringen, zudem wurden entsprechende Vorstöße bei anderen westlichen Regierungen, beispielsweise in Großbritannien, unternommen. Die USA und Großbritannien sind inzwischen im Gespräch mit privaten Sicherheitskräften, die die internationalen Fregatten unterstützen sollen.

Die Kosten für eine solche Privatarmee werden auf rund zwölf Millionen Euro geschätzt. Versicherer und Reeder, so der Plan, sollen sie sich teilen. Im Gegenzug könnten die hohen Versicherungsprämien sinken. Sie betragen je nach Schiffsgröße und Ladung zwischen 58000 und 350000 Euro.

Dem lukrativen und von Hintermännern wohl organisierten Geschäft der Piraterie, das inzwischen Hunderte von Millionen einspielte, jedenfalls ist, darüber sind sich alle einig, mit herkömmlichen Mitteln und internationalen Reglements nicht beizukommen. Kenias Außenminister Moses Witangula brachte es kürzlich auf den Punkt: Das Geld, das die „Operation Atalanta“ kostet –die Bundeswehr ist mit bis zu 1400 Soldaten daran beteiligt –, sollte besser für den Aufbau eines funktionierenden Staatswesens in Somalia eingesetzt werden. Denn in diesem Land fehlt jede ordnende Hand, gibt es keine Infrastruktur, Warlords beherrschen die Szene und gewähren den Piraten Unterschlupf, weil sie an dem blutigen Handwerk mitverdienen.

Immerhin kontrollieren die Führer der maritimen Gangster ein Heer von 500 bis 800 Piraten, über Nachwuchs brauchen sie sich keine Sorgen zu machen. 406 Überfälle gehen alleine 2009 auf ihr Konto – ein Plus von fast 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Selbst Treibminen stehen ihnen zur Verfügung, die ein Loch in den Schiffsrumpf sprengen, es zum Stopp zwingen und die Enterung erleichtern. Das internationale Maritime Bureau in Kuala Lumpur schätzt den jährlichen Schaden für die Schifffahrt auf 13 Milliarden US-Dollar im Jahr. Allein Ende September 2010 hatten die Somali-Korsaren 23 Fahrzeuge an der Kette und 414 Seeleute in ihrer Gewalt – dies trotz der Präsenz von 52 Kriegsschiffen mehrerer Nationen in diesem Seegebiet des Indischen Ozeans.

Doch schon kommt der Protest auf, private Kräfte würden gegen internationales Recht verstoßen und seien völkerrechtlich bedenklich, da nur staatlichen Marineeinheiten die Lizenz zum Töten gewährt werde. Recht und gut, so argumentieren erfahrene Nautiker, aber der Gegner ignoriert ja dieses internationale Recht und besetzt mit den Schiffen auch jeweils nationales Hoheitsgebiet, tötet inzwischen Besatzungsmitglieder. Das sei eine Kriegserklärung und Krieg, so einige Rechtsvertreter, erfordere eigene Regeln. *J. Feyerabend*



Wenig abschreckend: Soldaten der Deutschen Marine überführen im Golf von Aden ein offenes Piratenboot. Bild: ddp

Bruderzwist

Medwedew liest Lukaschenko die Leviten

Die Luft wird für Alexander Lukaschenko zunehmend dünner, wenn er bei der weißrussischen Präsidentenwahl am 21. Dezember für eine vierte Amtszeit kandidiert. Seinen Wahlkampf führt er wie gehabt: Versammlungen der Opposition werden gewaltsam aufgelöst wie kürzlich die der Bürgerbewegung „Europäisches Weißrussland“ in Minsk oder wie in Brest vom Stadtzentrum in Randbezirke verdrängt. Gegenüber Moskau zeigt er sich kampfeslustig und scheut nicht davor zurück, sich in giftigen Angriffen auf die Moskauer Führung, insbesondere auf Dmitrij Medwedew, den er für den seit Sommer herrschenden Medienkrieg gegen ihn verantwortlich macht, zu ereifern. Medwedew hat zurückgeschlagen. Er bezeichnete den weißrussischen Kollegen als „unehrenhaft“ und „unverschämt“ und äußerte öffentlich, dass Moskau sich durchaus einen Oppositionspolitiker im Präsidentenamt vorstellen könne. Seit Monaten gehen im Kreml mögliche weißrussische Kandidaten ein und aus. Politiker, die daran gehindert werden, einen offenen Wahlkampf zu führen, nutzen das Internet.

> Weißrussland hofft auf China

Zwischen Minsk und Moskau herrscht auf wirtschaftlicher Ebene Streit um Preise und Zölle für russisches Öl und Gas. 1995 wurde ein Freundschaftsvertrag geschlossen, der die Erhebung von Zöllen für gegenseitige Geschäfte ausschließt. Dies gilt nach russischer Lesart jedoch nur für selbstgenutzte Ware, während die Weißrussen seit Jahren vom Weiterexport der vergünstigt importierten Rohstoffe zu Weltmarktpreisen profitieren. Politisch verübelt der Kreml dem Partnerland Kontakte zu Georgien und dass Weißrussland die Selbständigkeit Südossetiens und Abchasiens nicht anerkannt hat. Auch für das Scheitern der Zollunion macht Russland Lukaschenko verantwortlich.

Lukaschenko sucht Unterstützung bei Partnern außerhalb Russlands und Europas. Er setzt auf Länder, die nicht so genau auf die weißrussische Innenpolitik schauen. Iran und Venezuela haben Öl, China das Geld. Bei einem Besuch der Expo 2010 in China traf Lukaschenko Staatschef Hu Jiantao, der ihm zusagte, den Handel zwischen beiden Ländern ausbauen zu wollen. Von besonderem Interesse für die Chinesen sind neben Investitionen in die Energieversorgung der Bau von groß angelegten Industriezonen auf weißrussischem Territorium. *M. Rosenthal-Kappi*

Demokraten in der Defensive

Obamas Partei droht am 2. November eine herbe Schlappe – Die Tea-Party-Bewegung

Was ist los mit der Demokratie? Eine schleichende Depression scheint das internationale Wahl-Volk zu ergreifen. Da ist keine Begeisterung mehr zu spüren, als Souverän mit seiner Stimme mitzuregieren. Da ist nur noch Unsicherheit, Angst vor der Zukunft und vor allem tief gesunkenes Vertrauen in die Regierenden, denen alle Gründe für die eigene Unzufriedenheit angelastet werden.

Die Wahlmüdigkeit, die in Europa begann, vor allem in Deutschland, hat nun auch die USA erfasst. Nach der letzten Gallup-Umfrage über die Zwischenwahlen im November – wegen der seltsam veränderten politischen Landschaft mit fieberhafter Spannung erwartet – sind nur noch ein Drittel der Wähler mit ihrer eigenen Partei zufrieden (33 Prozent mit den Republikanern, 32 Prozent mit den Demokraten) und deswegen unsicher, ob sie überhaupt wählen wollen. Traditionsgemäß verliert die regierende Partei in den USA Stimmen bei der nachfolgenden Kongresswahl, wo es nicht um den Präsidenten geht. Und nahezu die Hälfte aller Jugendlichen und ein Drittel der Schwarzen, Latinos, und Asiaten bleiben dabei eigentlich immer zuhause. Diese Gruppe zu mobilisieren ist jedoch jetzt für die Demokraten entscheidend, wenn sie den drohenden Verlust der Mehrheit im Kongress verhindern wollen. Ein Heer von Wahlhelfern versucht die Wähler wachzurütteln. Auch Obama wird wieder bei vier Großveranstaltungen den „Yes We Can“-Kämpfer geben. „Es heißt, Ihr seid enttäuscht, Ihr seid lethargisch“, rief er 26000 enthusiastischen, zumeist jungen Leuten an der Uni von Wisconsin zu. „Das dürfen wir nicht zulassen. Ich sage Euch: Wir bringen den Wandel. Aber es geht nicht von heute auf morgen. Ihr müsst zu mir halten. Wir dürfen das Land nicht zurückfallen lassen, nur weil wir nicht gewillt waren, zu kämpfen!“

> Sind die USA Weltspitze nur noch beim Waffenexport?

Die Taktik ist die „Rückkehr zur Vernunft“ angesichts der immer absurder werdenden Tea-Party-Bewegung, die in der Depression der Bürger einen idealen Nährboden fand. Die Bibel in der Linken, die Verfassung in der Rechten, drängen deren fanatische Redner das verunsicherte Volk in eine Art Vaterlands-Hysterie, mit der sie die Massen anziehen. Gestalten, die man sonst eher am Stammtisch oder bei Damen-Kaffeekränzchen antrifft, entthronen plötzlich erfahrene Amtsinhaber. So die Sarah-Palin-ähnliche Brünette Christine O'Donnell, die zum Schock selbst der eigenen Republikaner kürzlich zur Kandidatin von Delaware für den Senat gewählt wurde. Unverheiratet und kinderlos, widmet sich die bisher kaum bekannte 41-jährige christliche Aktivistin lautstark dem Kampf gegen Abtreibung und Kondome, außerehelichen Verkehr, Porno und Masturbation, gegen Immigranten wie gegen Homosexuelle – und kommt damit an. Papst Benedikt XVI. hätte seine Freude an ihr. Doch die Wähler offenbar auch. Selbst Steuerschulden bremsten O'Donnells Aufstieg nicht. Denn auf der anderen Seite der Waage sitzen der liebe Gott und die Gründungsväter, und die tragen alle Erfolge der Tea-Party-Bewegung.

Wohin steuert Amerika mit diesen politischen Entwicklungen? Vor kurzem hatte Alt-Filmstar und Sänger Pat Boone zur Tea-Party in Beverly Hills geladen, mit eigens komponiertem Lied („Ich bin ein Amerikaner. Mein Blut ist rot, weiß und blau.“) und als Opposition zum ansonsten liberalen Hollywood. Ein Dutzend Redner beschimpften Obama. Ein Ex-Mitglied des TV-Kabaretts „Saturday Night Live“ tönte zur Ukulele „Es sitzt ein Kommunist im Weißen Haus“, und die Zuhörer schwenkten Plakate, auf denen die Furcht des Kalten Krieges vor Kommunismus, Sozialismus, Liberalismus so deutlich zum Ausdruck kam, als stünde die Übernahme des Vaterlandes durch die Rote Armee bevor. Und wer das nicht glaubte, der sieht (schon 48 Prozent) den „Moslem“ Obama das Kalifat anstreben und die Scharia in den USA einführen.

„Wir sind nicht mehr Nummer Eins“, sagt TV-Satiriker Bill Maher. „Nur noch im Waffenproduzieren und Leute ins Gefängnis stecken. Das können viele nicht ertragen. Sie wollen den Quatsch hören, den diese seltsamen Prediger ihnen vorgaukeln. Aber zu denken, dass die uns regieren wollen!?“

Zwei seiner TV-Kollegen, Jon Stewart und Stephen Colbert, organisieren gerade für das Wochenende vor der Wahl (nach einer anderen demokratischen Massen-Demonstration am letzten Sonntag in Wa-shington) eine riesige Gegenveranstaltung zur konservativen Glenn-Beck-Demo vor ein paar Wochen. Alles zu Füßen des steinernen Lincoln an der National Mall. Dort wollen sie auf satirische Weise den Tea-Party-Fanatismus, der das Land überzieht, durch den Kakao ziehen unter dem Motto „Restoration of Sanity“ also „Rückkehr zur Vernunft“. Ob's verfängt, werden wir am 2. November erfahren.

Liselotte Millauer

Bitterer Tee aus Peking

Vor dem »Währungskrieg«: China reagiert kaum auf US-Drohungen – Europa wartet ab

In letzter Zeit geistert oft der Begriff Währungskrieg durch die Medien. Vor allem China und die USA versuchen, den Außenwert ihrer Währungen zu drücken, um Exporte und Konjunktur anzukurbeln. Experten halten das für die Vorboten eines großen Konflikts, aber noch ist kein Land bereit nachzugeben.

Da hatte Washington die Muskeln spielen lassen und damit gedroht, falls China nicht den Yuan aufwerte, Strafzölle auf chinesische Waren einzuführen, doch Peking schien unbeeindruckt. Noch beim Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) am vergangenen Sonntag zeigten die Chinesen kein Entgegenkommen. Zwar orakelte der chinesische Notenbankchef Zhou Xiaochuan, sein Land wolle das Problem allenfalls mit einem „Kräutertee", aber nicht mit einer „Tablette über Nacht" als Schocktherapie mit unübersehbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Inflation kurieren.

Doch seine bildhafte Sprache löste bei seinen internationalen Kongressteilnehmern kein Entzücken aus. Sie forderten weniger diplomatisch konkrete Zusagen für eine kräftige Aufwertung. Schon am Tag nach dem Treffen genehmigte sich Peking einen Tropfen jenes Kräutertees und wertete seine Währung zum dritten Mal innerhalb der letzten Monate gegenüber dem US-Dollar um ein paar Promille auf. Immerhin erreichte der Yuan damit den höchsten Wert gegenüber dem Dollar seit fünf Jahren. Washington reagierte höflich erfreut, obwohl der Yuan laut Experten zwischen 30 und 50 Prozent unterbewertet ist.

Auch in Europa wurde die Währungsaufwertung mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, auch wenn die Euro-Länder vorerst noch keinen Nutzen davon haben: Der Sinkflug des Dollars lässt auch den Yuan relativ zum Euro absacken. Das macht chinesische Exporte nach Europa noch billiger und profitabler. Für Peking ist das attraktiv, denn der US-Markt läuft aufgrund der Wirtschaftskrise dort derzeit nicht bestens. In Europa hingegen sorgt vor allem Deutschland für Wirtschaftswachstum, so dass der europäische Markt im Moment im Vergleich zum US-Markt für die Chinesen interessanter ist. Derzeit jedoch tragen die Europäer dies mit Fassung. Zudem müsste die Europäische Zentralbank (EZB) auch zuerst die USA kritisieren, die mit ihrer expansiven Schuldenpolitik den Verfall des Dollars verursachen, wodurch der Euro künstlich von außen aufgewertet wird.

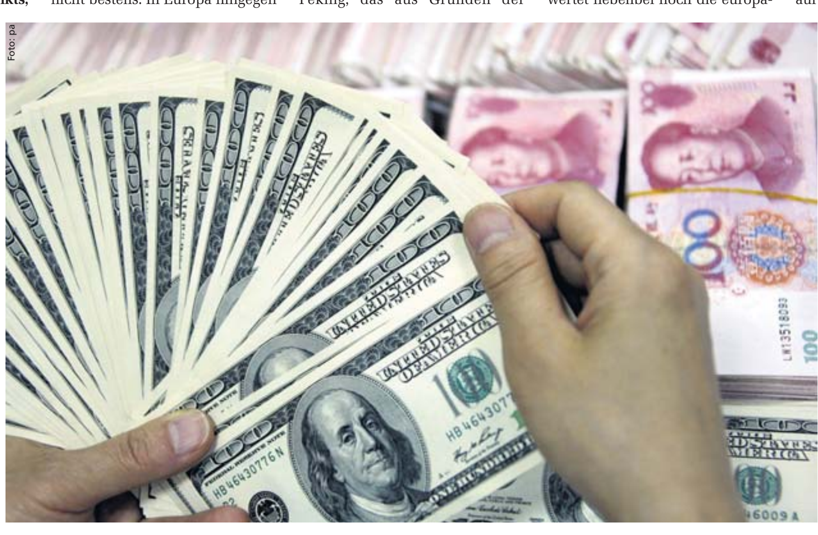


Foto: pa

Yuan contra Dollar: Alle reden über die Währungen Chinas und der USA. Der Euro reagiert nur noch.

Wobei Experten immer öfter skeptisch sind, inwieweit nicht auch Peking wegen seiner gigantischen Währungsreserven die Wechselkurse in seinem Sinne beeinflusst. Erst vor kurzem ächzte Japan unter der Nachfrage chinesischer Banken nach japanischen Staatsanleihen. Dieses neue Interesse des Erzfeindes war keineswegs im Sinne Tokios, denn es machte die heimische Währung teurer und verteuerte somit die Exporte des wirtschaftlich sowieso schon angeschlagenen Landes. Diese Nebenwirkung dürfte Peking, das aus Gründen der Sicherheit und der Vielfalt immer weniger in US-Staatsanleihen investiert, gelegen gekommen sein und war sozusagen ein Trost dafür, dass die japanischen Staatsanleihen deutlich schlechter verzinst sind als die amerikanischen. Als Reaktion auf die indirekte Attacke auf den Yen sah sich die japanische Notenbank gezwungen, ihre Währung abzuwerten – was wieder zu Lasten des Euro ging.

> Unterbewertung des Yuan schadet letztlich China selbst

Derzeit kauft China europäische Staatsanleihen auf. Vor allem griechische Papiere werden nachgefragt. Diese sind derzeit günstig zu haben und werden gut verzinst. Und außerdem zeigt Peking somit den Europäern seine Solidarität, ärgert gleichzeitig die den Euro attackierenden Amerikaner und wertet nebenbei noch die europäische Gemeinschaftswährung auf, was wiederum die chinesischen Exporte verbilligt.

Doch die europäischen Regierungs- und Notenbankchefs sehen sich noch nicht Handeln genötigt. Immerhin hatte sich Berlin beim IWF-Jahrestreffen dagegen gewehrt, dass die USA seit einiger Zeit Deutschland und China für ihre anhaltende wirtschaftliche Misere verantwortlich machen. Zusammen mit dem Chef der Euro-Gruppe, Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker, hatte der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert die US-Geldpolitik angegriffen. Jean-Claude Trichet, Präsident der EZB, sieht die US-Drohungen gegenüber China, die Europa belastende Geldpolitik der US-Notenbank Fed sowie die chinesischen, japanischen, indischen und brasilianischen Währungsmanipulationen der letzten Wochen hingegen gelassen. „Übertriebene Volatilität und ungeordnete Bewegungen der Wechselkurse wirken sich negativ auf die Wirtschaft und die Finanzstabilität aus", gab Trichet nur zu bedenken. Während sein chinesischer Kollege wenigstens sein Aussitzen des Währungsstreits in einer bildhaften Sprache verpackt und sein US-Kollegen Ben Bernanke weniger redet, aber dafür eiskalt im Interesse der US-Regierung US-Staatsanleihen aufkauft und so indirekt für Washington Geld druckt, fachsimpelt Trichet.

Der US-Ökonom Raghuram Rajan warnt im „Spiegel" vor den Methoden Chinas und der USA, wirtschaftliche Probleme zu lösen, gleichermaßen. Weder die lockere US-Geldpolitik noch Pekings Eingriffe in die Währung seien die richtigen Instrumente. Beide würden zu Verzerrungen führen, ein Übermaß an Liquidität schaffen und neue Vermögensblasen entstehen lassen. „Wenn Kapital zu billig ist, wird zu viel davon eingesetzt. Wenn der Wechselkurs zu niedrig ist, werden zu viele Exportgüter hergestellt. Und wenn dann die Stimmung kippt, könnte dies zu hässlichem Protektionismus führen", so der ehemalige Chefökonom des IWF, der bereits vor fünf Jahren vor einer weltweiten Finanzkrise warnte.

Allerdings gibt sich Rajan dieses Mal optimistisch, zumindest was China betrifft. „Dass China die Währung unterbewertet, schadet letztlich der Entwicklung des eigenen Landes." Die Unterbewertung stelle eine Art Subvention für den Exportsektor dar, die dieser gar nicht in dem Maße benötige. Viel dringender sei es für das Land, den Binnenkonsum anzukurbeln, um so den wachsenden Wohlstand besser zu verteilen. *Rebecca Bellano*

KURZ NOTIERT

Bald Abrissprämie für Altbauten? Bundesbauminister Peter Raumsauer (CSU) plant zur Erreichung der Klimaziele den Abriss von Altbauten mit Fördergeldern und zinsgünstigen KfW-Krediten zu unterstützten. Vor allem Bauten aus den 50er und 60er Jahren strahlten unnötig viel Wärme ab, so Ramsauer. Renovierungen seien aufgrund dünner Wände und ungedämmter Dächer sehr teuer, so dass der Neubau energieeffizienter Häuser sinnvoller sei. Etwa 40 Prozent des Energieverbrauchs fallen in Gebäuden an. 50 Prozent der Wohngebäude stammen aus den drei Nachkriegsjahrzehnten. Etwa 900000 davon seien nicht der Renovierung wert. *Bel*

Kumpeln droht vorzeitige Kündigung: Nachdem die EU-Kommission, sich auf Wettbewerbsgesetze stützend, bereits 2014 die deutschen Steinkohlesubventionen beendet sehen will – Berlin hatte dies für 2018 geplant –, überlegt die Bundesregierung, wie sie Brüssel umstimmen kann. Da hierfür ein einstimmiger Beschluss der Staats- und Regierungschefs notwendig ist und zudem innerhalb der schwarz-gelben Koalition die FDP die Linie der EU teilt, drohen betriebsbedingte Kündigungen der Bergarbeiter vier Jahre vor dem regulären Ausstiegstermin. *Bel*

Rücksichtslose Oligarchen: Die ungarische Regierung hat die Vermögenswerte des für das Giftschlamm-Desaster verantwortlichen Aluminium-Konzerns MAL eingefroren. Der ehemalige sozialistische Premierminister Ferenc Gyurcsany bezeichnet dies als „verfassungswidrige Willkür". Dabei steht er selber in der Kritik. Weil er mit den Hauptaktionären, die dem sozialistischen Oligarchen-Milieu zugerechnet werden, befreundet ist, hat er während seiner Regierungszeit trotz Warnungen nie Umweltauflagen gegen MAL durchsetzen lassen. Es heißt, das für den Giftschlamm verantwortliche Werk soll bei der Privatisierung statt für 1,7 Milliarden Forint gegen die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen für zehn Millionen Forint (40000 Euro) verkauft worden sein. Diese wurden aber nie umgesetzt. *Bel*

Wie falsches Sparen Geld versenkt

Brüssel will, dass in der EU Wasser gespart wird, und treibt damit die Preise

In wenigen Monaten dürfte die überarbeitete EU-Ökodesign-Richtlinie vorliegen. Bereits im April 2009 stimmte das EU-Parlament einer Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie zu, die es der EU-Kommission ermöglicht, nicht nur ökologische Standards für energiebetriebene Produkte zu setzen, sondern auch für Produkte, die nur indirekt zum Energieverbrauch beitragen. Das bedeutet konkret, dass Brüssel in Zukunft auch „energieverbrauchsrelevante" Produkte wie Fenster, Wasserhähne und Duschköpfe normieren kann, etwa um den Verbrauch von Heizenergie, Strom oder Wasser in der EU zu senken.

Derzeit ist eine Arbeitsgruppe in Brüssel dabei, die verschiedensten Produktgruppen auf die neue Richtlinie, hin zu prüfen. Ob Klima- und Lüftungsanlagen, elektrisch oder fossil betriebene Heizeinrichtungen, Geräte für die Lebensmittelzubereitung, Industrie- und Laboröfen, Werkzeugmaschinen, Netz-, Datenverarbeitungs- und Datenspeicherausrüstung, Kühl- und Tiefkühleinrichtungen, bild- und tongebende Geräte, Transformatoren oder wasserführende Geräte – der Drang der Kommission nach EU-weiten Normen ist groß.

Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) versucht derzeit, Brüssel auszureden, künftig nur noch Duschköpfe mit Durchflussbegrenzer zu erlauben, um so Wasser zu sparen. Denn, so Reck, im vom Regen über Bedarf gesegneten, von Flüssen, Seen und Grundwasseradern durchzogenen Deutschland besteht keineswegs ein Bedarf, dass die Deutschen noch mehr Wasser sparen als bisher, das täten sie schon jetzt eher zu viel. 1990 lag der Pro-Kopf-Verbrauch bei 147 Litern pro Tag, derzeit sind es nur noch 122.

Erst die Glühbirne, jetzt die Brause?

Kann man zu viel Wasser sparen? Fragt man die deutschen Wasserversorger, dann eindeutig ja. Denn die gesamte Wasserinfrastruktur ist für einen größeren Bedarf ausgerichtet, als er bereits jetzt vorhanden ist. Schon jetzt würden menschliche Exkremente, Fett und Essensreste in den breiten Rohren festkleben, faulen und stinken, da zu wenig Abwasser durch die Kanäle fließe. Neben möglichem Gestank vor allem an heißen Sommertagen drohe die Verkeimung. Zudem lagern sich Kupfer, Nickel und Blei ab, was die Wasserqualität vermindere. Schon jetzt müssten einige kommunale Versorger selber Tanklastzüge voll Wasser in die Kanäle kippen, um alles zum Fließen zu bringen.

Die Alternative wäre, die dicken, alten Wasserrohre gegen dünnere auszutauschen, um durch den so verminderten Umfang die Fließgeschwindigkeit wieder zu erhöhen. Doch das kostet die klammen Kommunen Millionen und dauert zudem Jahre. Auch steigt bei sinkender Nachfrage der Wasserpreis pro Liter, da die Fixkosten mehr als 80 Prozent des Wasserpreises ausmachen. Wird weniger Wasser verbraucht, müssen diese Fixkosten auf eine geringere Menge umgelegt werden, so dass der einzelne Liter teurer wird.

Zwar lernen Kinder schon in der Schule, dass sie Wasser sparen sollen, weil die Menschen in Afrika keines haben, doch diese Logik ist offenbar falsch. Schon die unter Wasserarmut leidenden Landstriche in Südspanien können nicht davon profitieren, wenn die Deutschen Wasser sparen, da es keine Leitungen gibt, die Wasser von hier nach dort transportieren. Derartiges hat Brüssel auch nicht geplant. Doch trotzdem sollen die Deutschen Wasser sparen.

Jörg Rechenberg vom Umweltbundesamt in Dessau bezeichnete die Brüsseler Pläne gegenüber dem „Spiegel" gar als „Duschkopf-Pipifax". Die EU-Bürokraten sollten sich lieber überlegen, „wie sinnvoll der Gemüseanbau in knochentrockenen Landstrichen wie Andalusien ist". Auch sollte überprüft werden, wie viel Wasser auf dem Weg vom Wasserwerk durch die löchrigen, porösen Rohre Spaniens, Italiens oder Bulgariens zum Endkunden verlorengeht. Während in Deutschland nur knapp acht Prozent des Wassers auf dieser Tour versickern, sind es in besagten Ländern etwa 60 Prozent. *Rebecca Bellano*

»Russland ruft«

Putin lockt Investoren ins Land

Die Zerschlagung des einst größten Ölkonzerns „Jukos" durch den russischen Staat und die Verhaftung seiner Manager zeigen bis heute Wirkung. Seitdem trägt die Oligarchie in Russland ein staatliches Antlitz. Der Fall ließ damals wie heute viele ausländische Investoren davor zurückschrecken, ihr Geld in einem Land zu investieren, das kaum Rechtssicherheit bietet. In den vergangenen Jahren konnte der Abfluss ausländischen Kapitals nicht gestoppt werden. Die Wirtschaftskrise trug ihr Übriges dazu bei.

> Wachstum abhängig von Rohstoffexporten

Dem will die russische Regierung entgegenwirken. Wladimir Putin nahm an dem dreitägigen internationalen Forum „Russland ruft" der russischen Außenhandelsbank teil, bei dem auch Finanzminister Alexej Kudrin und hochrangige Banker zugegen waren. Sie wollten die Anwesenden davon überzeugen, dass sich das Investitionsklima in Russland verbessert habe und mit einem stürmischen Wirtschaftswachstum zu rechnen sei. Putin möchte den Fall Jukos am liebsten ausklammern: „Das ist ein Sonderfall." Bis 2015 werde Russland einen ausgeglichenen Haushalt haben, für 2011 seien keine Antikrisenmaßnahmen mehr eingeplant.

Das Wirtschaftswachstum wird 2010 mit vier Prozent knapp hinter der Entwicklung der Weltwirtschaft liegen (4,8 Prozent). Kudrin rechnet erst ab 2013 mit einem Wachstum von sieben bis acht Prozent pro Jahr. Viele Experten bezweifeln, dass die Talsohle bereits durchschritten sei, da Russlands Wirtschaft von der Entwicklung auf dem Weltmarkt abhängig ist. Aus den USA werden bereits Warnungen vor einer zweiten Krisenwelle laut. Sollte der Preis für Öl und Gas sinken, läge Russlands Wachstum nur noch bei zwei Prozent. Eine Erholung ist zwar in den wichtigsten Exportbranchen wie der Energiewirtschaft sowie der Metall- und Chemieindustrie zu verzeichnen, in der verarbeitenden Industrie fehlen jedoch dringend Investoren. Am schlechtesten ist die Lage in der Werkzeug- und Maschinenproduktion. In den meisten Betrieben sind die Maschinen über 30 Jahre alt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Wer wir sind

Von Hans Heckel

Christian Wulff entpuppt sich mehr und mehr als einer jener bürgerlichen Politiker, deren innerstes Streben darauf gerichtet ist, vom mitte-linken Juste Milieu als „offen“ und „fortschrittlich“ gelobt zu werden. So lässt sich auch seine Neigung erklären, längst verstaubte linke Sprechblasen wie jene von der „bunten Republik“ aus der verdienten Versenkung zu holen.

War sein Ausspruch über den Islam und Deutschland auch nur wieder so eine Phrase? Oder steckte diesmal mehr dahinter? Schwer zu sagen, doch eines hat der Bundespräsident immerhin erreicht: Sein mindestens leichtfertiger Satz, der Islam gehöre zu Deutschland, hat eine überfällige Debatte über unser Selbstverständnis als Nation und Kultur erzwungen.

An genau dieser Stelle trat auch die Integrationsdebatte immer auf der Stelle: Wer Integration fordert, muss benennen können, in was denn integriert werden soll. Um anderen Kulturen begegnen zu können, müssen sich die Deutschen darüber verständigen, wer sie sind und wohin sie wollen. Die Reduzierung unserer verbindenden Grundlagen auf Grundgesetz und deutsche Sprache greift da jedenfalls viel zu kurz.

Doppeltes Unrecht

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Wie tröstlich: Die „Junker“ – hinter dieser altstalinistischen Totschlagvokabel verbarg sich, was man heute als Mittelstand bezeichnet – sind doch noch nicht ganz vergessen. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, die für diese Enteignungsopfer neues Unrecht brachte, bemüht sich der Bundestag, die staatlich betriebene Hehlerei abzumildern: Alteigentümer, denen es gelingt, die „zügige“ Bearbeitung zu überleben, sollen beim Rückkauf ihres Eigentums Rabatt bekommen und – welch edelmütiges Entgegenkommen des bundesrepublikanischen Rechtsstaats – ihr Rückerwerbsrecht sogar auf Verwandte übertragen können.

Die Betroffenen, in der Regel also jene Mittelständler, die man beim Aufbau Ost so dringend gebraucht hätte, werden sich eher verhöhnt denn getröstet fühlen. Am doppelten Unrecht – erst Enteignung, dann Restitutionsausschluss – ändert die jetzige Paragraphen-Kosmetik nämlich nichts.

Übrigens hatte sich Christian Wulff, als er noch nicht Bundespräsident war, auf die Seite der Bodenreformopfer gestellt und dem Rechtsstaat das Recht abgesprochen, sich solch „unrecht Gut“ wie die 1945 bis 1949 enteigneten Ländereien und Betriebe einfach anzueignen. Was hätte näherliegen können, als dieses Thema in eine Grundsatzrede zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung einzubauen?

Schade, dass der Bundespräsident diese Gelegenheit nicht nutzte. Dass es den damaligen „Junkern“ in aller Regel an Migrationshintergrund mangelte, kann ja wohl kein Grund sein, sie am 3. Oktober 2010 keiner Erwähnung würdig zu finden.

Die Schweiz macht es vor

Von Konrad Badenheuer

Können nur noch Diktaturen große Infrastrukturprojekte erfolgreich realisieren? Diese Frage stellte sich mancher schon nach der Einweihung der ersten kommerziellen Transrapidstrecke in Schanghai im Jahre 2002. Erfunden und entwickelt wurde die Technik in Deutschland, aber selbst die chinesische Referenzstrecke reichte nicht aus, um die Technik endlich auch in Deutschland anzuwenden: In München verhagelten Bürgerproteste und Finanzprobleme den Bau der Strecke zwischen Flughafen und Hauptbahnhof.

Apropos Hauptbahnhof: Finanzierungsprobleme scheint es in Stuttgart nicht zu geben und doch ist noch nicht ganz gesichert, ob das abschließend genehmigte Projekt am Ende verwirklicht werden kann. Die Eigendynamik des Protests, der Höhenflug der Grünen und ein nicht ganz berechenbarer, 80-jähriger Schlichter namens Heiner Geißler bilden ein Knäuel, in dem sich das Großprojekt schlimmstenfalls noch verheddern könnte – auch wenn sogar die Grünen die Festlegung vermeiden, den Bau nach einem möglichen Wahlerfolg im März zu stoppen.

Auch Demokratien können riesige Projekte »stemmen«

Ungleich rationaler treibt unterdessen die Schweiz das größte Tunnelbauprojekt der Welt voran. Am Erscheinungstag dieser Zeitung soll beim Gotthard-Basistunnel der Durchschlag geschehen. Das Projekt ist wahrhaft gigantisch und stellt Stuttgart 21 weit in den Schatten: Eine Doppelröhre von 57 Kilometern Länge erlaubt künftig die Unterquerung der Alpen in Hochgeschwindigkeitszügen mit bis zu 270 Stundenkilometern. Selbst Güterzüge passieren die durch den Tunnel massiv verkürzte Strecke künftig mit bis zu 160 km/h – doppelt so schnell wie bisher. Deutschland und Italien rücken durch dieses Projekt verkehrstechnisch näher zusammen. Auch ökologisch überzeugt das Projekt: Die schnellen Züge machen dem Flugzeug Konkurrenz, die geringe Scheitelhöhe des Tunnels von nur 550 Metern über dem Meeresspiegel spart im laufenden Betrieb riesige Mengen Strom.

Auch die Schweiz hat ein kompliziertes Planungsrecht, Föderalismus und direkte Demokratie machen politische Entscheidungen nicht immer einfach. Und doch ist es gelungen, dieses Projekt auf den Weg zu bringen. Der Bau ist seinem Zeitplan sogar voraus. Natürlich sind auch die Kosten gigantisch: Der Tunnel selbst kostet 7,3 Milliarden Euro, die ganze Trasse sogar 9,1 Milliarden. Das ist weit mehr als zum Zeitpunkt der Entscheidung erwartet – und doch: Alle rechnen damit, dass sich das Projekt volkswirtschaftlich lohnt. Einmal gebaut, fließen die Erträge für Jahrzehnte und Generationen.

Die Kritiker in Stuttgart könnten sich von den Schweizern eine Scheibe abschneiden. Übrigens klagt die Schweiz schon, dass der Tunnel seinen Nutzen zunächst nicht voll entfalten könnte, weil die Nachbarländer ihre Zufahrtsstrecken nicht rechtzeitig modernisieren würden – was für eine Pointe mit Blick auf Stuttgart 21!



Der Durchbruch des Gotthard-Basistunnels ist geschafft: Das kühne 7-Milliarden-Euro-Projekt verändert die Verkehrsgeographie Mitteleuropas.

Bild: laif

Moment mal!



Schöne neue Welt – Deutschland im Jahr 2050

Von Klaus Rainer Röhl

Für die Deutschen ist eine gute Zeit angebrochen. Wir, das sind die Deutschen und alle ihre Freunde im Land, haben seit zwei Monaten und vielleicht auf lange Zeit die „kulturelle Hegemonie“. Der Begriff, der in der 68er Zeit mal viel gebraucht wurde, stammt von dem italienischen Linkssozialisten Antonio Gramsci. Auf den hielten alle damals große Stücke. Die Geschichte hat ihn vergessen, so wie sie auch 1968 eines Tages vergessen haben wird. Was aber mit der kulturellen oder medialen Hegemonie gemeint war, ist leicht zu verstehen: Die Hoheit über die öffentliche Meinung. Die Themen, die die Menschen bewegen, vorgeben. Die Diskussion bestimmen. Wer die rechtzeitig mit seinen Inhalten besetzt, hat die Herrschaft – oder gute Chancen, sie zu erringen.

Die Zeit, in der die sogenannten 68er die öffentliche Meinung bestimmten, die Themen setzten und am Ende ihre Ziele erreichten, sind vorbei. Die multikulturellen Seifenblasen und Seifenopern genauso wie die Anbiederung an lautstarke Minderheiten. Wir sind wieder das Volk, und das Volk beginnt langsam, seine eigenen Interessen wahrzunehmen. Wie oft habe ich auf dieser Seite der Kanzlerin, der FDP und allen ihren Beratern empfohlen, bei aller Gastfreundschaft und globalen Offenheit auch das eigene Volk nicht zu vergessen, etwas Deutschfreundlichkeit an den Tag zu legen. Jetzt ist es offenkundig zum allgemeinen Befund geworden: Schlagzeile der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ („FAS“): „Kampf der Deutschenfeindlichkeit! Führende Politiker von CDU und Grünen warnen.“ Bundesfamilienministerin Kristina Schröder sagte der „FAS“: „Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit müssten in aller Härte bekämpft werden. Aber auch Deutschenfeindlichkeit ist Fremdenfeindlichkeit, ja Rassismus! Denn hier wird jemand diskriminiert, weil er einer bestimmte Ethnie angehört.“ Die Ministerin forderte, deutschenfeindliches Vorgehen müsse juristisch besser geahndet werden können. Die sogenannte Volksverhetzung könne bisher nicht auf Deutschenfeindlichkeit angewandt werden!

Deutschfeindlichkeit wird endlich von der Politik nicht mehr geleugnet

Na also, geht doch. Wenn der Trend in die richtige Richtung zeigt, hat er viele Anhänger. Der bayrische Ministerpräsident Seehofer brauchte keinen Genossen Trend, er war schon immer auf der richtigen, also rechten Seite. Er unterzeichnete 1995 zusammen mit vielen anderen prominenten Politikern unseren Aufruf „Gegen das Vergessen“ (der Vertreibungsverbrechen) zum Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai. Sechs Wochen lang dauerten die Diskussionen in allen Medien um die Gräuel, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Osten Deutschlands an der Zivilbevölkerung begangen wurden. Schon damals hatten deutsche Konservative die Meinungsführerschaft.

Die kulturelle Hegemonie. Sarrazin hat es vorgeführt. Wer seinen Triumphzug auf der Frankfurter Buchmesse miterlebt hat, spürte fast körperlich den Umschwung. Am gleichen Tag war auch die gute alte Tante „Zeit“ auf den Trend eingeschwenkt und hatte das Wort dem Senior der deutschen Linksintellektuellen, Hans-Ulrich Wehler, einem der Hauptgegner Emil Noltes beim Historikerstreit, das Wort zu einem umfassenden Lob Sarrazins erteilt („Sarrazins Buch trifft ins Schwarze“). Pflichtlektüre für die gesamte SPD.

Auch wir sind Deutschland. Auch die Deutschen. Besucher sind herzlich willkommen, aber, so Seehofer im „Focus“: Menschen aus anderen Kulturkreisen wie der Türkei und arabischen Ländern täten sich in Deutschland schwerer. Daraus ziehe er den Schluss, „dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen!“ Nun, ist das ein Wort?

Alle haben das inzwischen gehört, nur in die abgeschirmten Bleikammern des Kanzleramtes und in den Kopf der Kanzlerin ist es noch nicht gedrungen. Der mögliche Grund: Sie hat Sarrazin, nach eigenen Angaben, nicht gelesen. Stattdessen sorgt sie vor für die Zeit lange nach ihrer Pensionierung, dem Jahr 2050. Dem allgemeinen Trend ganz entgegen treibt die Kanzlerin mit sich selbst und dem Irrsinn Scherz und hat eine Vision. Zu Visionen, die schon einmal in Deutschland drohten, hat Helmut Schmidt damals gesagt. wenn einer Visionen hätte, müsse er zum Arzt. Sagen wir also, Frau Merkel hat eine große Idee. Das Jahr 2050, mein Gott, war das nicht das Jahr, wo die Temperatur der Welt schon um zwei Grad gestiegen sein soll? Aber keine Angst, Angela weiß Rat. Bisher nur die beste SPD-Frau, die es je gab, nun auch die beste Grüne, steuert sie den totalen Ausstieg aus jeder Energiepolitik an – Deutschsein heißt eben, eine Sache um ihrer selbst willen tun: Die totale Energiewende. Deutschland voran im Takatukaland. Merkel hat die Vision von einer flächendeckenden Selbstversorgung Deutschlands durch „erneuerbare Energien“. Da staunt die Künast, da rollt die Roth die Teleskopaugen – wie soll das gehen?

Mit Vorschriften sollen die politischen Visionen durchgesetzt werden

Also: Wie soll es gehen? Mit Gewalt. Auf dem Verordnungswege. Mit einem Übermaß an Verordnungen und Vorschriften. Schluss mit dem mündigen und her mit dem gegängelten Bürger. War nicht Prometheus auch gefesselt? Alles wird vorgeschrieben. Winterreifen, Wärmedämmung, Energiesparen, Müll trennen, Überwachung der Gesundheit, der Arztbesuche und der verbrauchten Medikamente durch Chipkarten, Überwachung auch des Reiseverkehrs (Kerosinverbrauch), der Kreditwürdigkeit, der Häufigkeit von Krankenhausaufenthalten oder Arztbesuchen. Schon heute ist das meiste verwirklicht von der schönen neuen Welt. Zahnimplantat im Alter? Abgelehnt. Bestimmte Operationen nur beschränkt.

Aber wie soll diese schöne neue Welt Huxleyscher Art durchgesetzt werden? Es kann, da auf einer abgefahrenen Idee beruhend, nur mit außerirdischen und außerdemokratischen Mitteln gehen. Denn etwas stört. Der Störfaktor ist der Mensch. Der Mensch ist sehr brauchbar, aber er kann denken. Und langsam dämmert es auch den Dümmsten. Mit den Sonnensammlern und den Windmühlen kommen wir nicht weiter in der Energieversorgung. Nachwachsende Energie ist ein Selbstbetrug. Denn Rapsöl und Sprit aus Mais erzeugen schon beim Anbau und erst recht beim Verbrennen das gleiche weltweit verteufelte Kohlendioxid, genau wie das Verbrennen von Gas aus den unerschöpflichen Vorräten Sibiriens, Kohle aus Polen (Oberschlesien) oder Billig-Kohle aus Korea. Das wissen auch alle und alle wollen den Kohlendioxid-Ausstoß vermeiden. Deshalb bauen alle Staaten der Welt außer der Bundesrepublik (und Monaco) Kohle- und Kernkraftwerke. Die Deutschen bauen gar nichts. Außer Windmühlen und Sonnenkollektoren. Schildbürgerstreiche. Die Schildbürger trugen bekanntlich, weil sie vergessen hatten, in ihr Rathaus Fenster einzubauen, das Sonnenlicht in Eimern ins Gebäude, unsere modernen Schildbürger nutzen Sonnensammler und Windmühlen – im Zeitalter der weiterentwickelten, kohlendioxidfreien Kernenergie, und das an der Schwelle zur Kernfusion, auf die die ganze Welt ihre Hoffnungen setzt. Das ist Sonnenenergie. Das Einfache, das schwer zu machen ist.

Die schöne neue Welt von 2050 ist nur mit Gewalt durchzusetzen. Nur durch scharfe, umfassende Vorschriften und deren Überwachung: Durch einen Überwachungsstaat mit einem gigantischen Überwachungs-Etat und mit einem funktionierenden auf „freiwilliger Basis“ organisierten Haus- und Blockwartsystem. Jeder denunziert jeden in der schönen neuen Welt. Gott schütze unser Land.

Zu DDR-Zeiten grunzten hier Schweine

Karl Friedrich Schinkel baute Neuhardenberg um – Heute ein Hotel

Zu den Perlen der Mark Brandenburg gehören ihre Herrenhäuser. Neuhardenberg ist eines von ihnen. Dort verbrachte Preußens Staatskanzler und Reformer Karl August von Hardenberg allerdings nur kurze Zeit.

Auf dem Sterbebett beschwor Königin Luise ihren Mann, König Friedrich Wilhelm III.: „Halte Hardenberg!" 200 Jahre nach ihrem Tod ist Preußens Staatskanzler und Reformer noch immer präsent. Sein Landsitz Neuhardenberg ist hervorragend saniert und erinnert nicht nur mit einem eindrucksvollen Museum an das politische Engagement der Familie, er wird auch als internationale Begegnungsstätte und Klausurort der Bundesregierung genutzt.

1814 war die Komturei an Fürst Hardenberg gelangt und im Besitz der Familie geblieben, bis man diese am 24. Juli 1944 enteignete: Graf Carl-Hans von Hardenberg hatte zu den Verschwörern des Stauffenberg-Attentats vom 20. Juli 1944 gehört. Während der Graf auf wundersame Weise überlebte, blieb der Besitz bis 1993 verloren. Zu DDR-Zeiten hatten auf dem volkseigenen Gut rund 6000 Schweine gegrunzt. Von den Hardenbergs wird die auf 3000 Hektar angewachsene Komturei jetzt vornehmlich für Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft genutzt. Daneben hat man mit viel Geld und Arbeit das Gut denkmalgerecht saniert.

Die Komturei Lietzen war vermutlich ab 1229 im Besitz des Templerordens. Ein Stück Hofmauer aus jener Zeit ist immer noch erhalten. Nach der Auflösung des Templerordens 1312 fiel der größte Teil seines Besitzes an den Johanniterorden, darunter auch die Komturei Lietzen. 1810 erklärte König Friedrich Wilhelm III. den Johanniterbesitz per Edikt zum preußischen Staatseigentum und machte Lietzen wenig später Karl August Fürst von Hardenberg zum Geschenk.

Hardenberg hatte eigentlich nie ins preußische Stammland zurückkehren wollen. Doch 1798 hatte man ihn, damals Kabinettsminister, aus Ansbach dorthin zurückbefohlen. Am Berliner Opernplatz, heute Bebelplatz, hatte er daraufhin zwei Etagen eines Palais gemietet, ein Geschoss für die Wohnung, eines für die Kanzlei. Heute steht dort ein Hotel. Sechs Jahre später, 1804, erwarb er ein Stadtpalais in der Leipziger Straße. Schon 1808 kaufte der König es ihm als Akt der finanziellen Unterstützung ab, gewährte seinem Minister jedoch kostenloses Wohnrecht auf Lebenszeit. Ironie des Schicksals: In genau dieses Haus zog 20 Jahre der Familie von Wulffen übernahm und als erstes Gut in der Mark Brandenburg immer weiter ausbaute. Tempelberg wurde sein Lebensmittelpunkt, sein gesellschaftliches Refugium, wohin er sogar die 16000 Bände seiner Bibliothek aus dem Stadtpalais in Berlin verlegte. Nicht ohne Grund. Schon 1795 hatte er Charlotte Schönemann kennen- und lieben gelernt. Als Tochter eines Stuhlmachers war sie für die Berliner Gesellschaft untragbar. Nach sechs Jahren in wilder Ehe machte Hardenberg sie 1807 auch ohne Genehmigung in Riga zu seiner dritten Ehefrau. Schloss Tempelberg wurde nach 1945 im Zuge der Bodenreform abgetragen. An die Vergangenheit des Ortes erinnert heute nur noch die mittelalterliche Feldstein-Kirche der Tempelritter am idyllischen Kirchenpfuhl.



Neuhardenberg: Heute erinnert ein Museum an den preußischen Reformer. Bild: Schnehagen

nach Hardenbergs Tod das von ihm so heiß ersehnte erste preußische Parlament ein. Schon im Jahre 1800 hatte Hardenberg seine ererbten Stammgüter bei Göttingen aufgegeben, um in Preußen neuen Besitz zu erwerben. Dieser sollte schließlich von Potsdam bis in die Neumark reichen. Zum Auftakt hatte er um 1798 einen ersten Sommersitz in Lichtenberg gekauft, der allerdings ab 1814 wieder sukzessive verkauft wurde.

Hardenbergs nächste Erwerbung war Tempelberg, das er 1801 von

Nach der Besetzung Preußens 1806 ordnete Napoleon an, dass der von ihm zum Staatsfeind erklärte Hardenberg sich mindestens 40 Meilen vom Hof seines Königs Friedrich Wilhelm III. entfernt aufhalten musste. Mit der Ernennung zum preußischen Staatskanzler 1810 war wieder Nähe zum Hof angesagt.

Dieser weilte im Sommer in Potsdam. Daher mietete Hardenberg noch im selben Jahr in Glienicke, heute Teil von Berlin, einen zweiten Sommersitz, den er 1814 auch kaufte und bis zu seinem Tod nutzte. Die Landwirtschaft dort gab er auf und beauftragte 1816 Peter Joseph Lenné, einen Park anzulegen. Durch die Aussichten auf den Park Babelsberg, nach Potsdam und auf die Havel zieht dieser bis heute den Besucher in seinen Bann und gehört seit 1990 zum Weltkulturerbe der Unesco. Das Schloss selbst hat die hardenbergsche Zeit nicht überdauert. Es wurde von Schinkel später im Stil einer antiken Villa grundlegend umgebaut.

Dafür erstrahlt das hardenbergsche Andenken in der Mark umso authentischer. Zum Dank für seine Verdienste um den Staat hatte Friedrich Wilhelm III. dem Regierungschef 1814 nicht nur Lietzen und Rosenthal, sondern auch das Amt Quilitz geschenkt. Zusammen bildeten sie die neue Standesherrschaft Neu-Hardenberg. Denn in Anlehnung an den Erstsitz der Familie, Nörten-Hardenberg bei Göttingen, war Quilitz, zu Hardenbergs Ehren, ein Jahr später in Neu-Hardenberg (seit 1991 Neuhardenberg) umbenannt worden.

Mit dem Staatskanzler zogen nun auch in diesem Teil der Provinz „Urbanität, Grazie und Lebensgefühl" ein. Die umfangreiche Bibliothek fand ein neues Domizil; Tempelberg wurde verpachtet. Hardenbergs Lebensmittelpunkt aber wurde keiner seiner preußischen Besitztümer mehr, sondern die Welt, die er fortan bis zu seinem Tod bereiste. Auf dem neuen Anwesen sollte er insgesamt nur 114 Tage verbringen. Genug Zeit jedoch, um das Schloss ab 1820 nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel umbauen zu lassen. Der wichtigste Neubau jener Zeit war die 1817 fertiggestellte Kirche am Schlossplatz. Es war Hardenbergs Wille, in ihr seine letzte Ruhe zu finden. Nachdem er am 26. November 1822 im Alter von 72 Jahren in Genua verstarb, wurde sein Leichnam nach Neu-Hardenberg überführt und im Mausoleum beigesetzt. Das Herz aber, so hatte es der Fürst verfügt, sollte man im Altar der Kirche aufbewahren. Es ruht dort bis heute.

1996 hatten die Hardenbergs auch den Besitz in Neuhardenberg zurück erhalten und verfügten damit wieder über das Kernland der einstigen Standesherrschaft. Ein Jahr später wurden das Schloss, die Nebengebäude und der Park vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband aufgekauft und nach sorgfältiger Restaurierung und stilvoll eingefügten Um- und Neubauten 2002 als luxuriöses Hotel und internationale Begegnungsstätte wiedereröffnet. Damit hat Schinkels klassizistisches Meisterwerk den ihm angemessenen Glanz zurück erhalten.

Helga Schnehagen

In Kürze

Populärer Maler der Mark

Philipp Franck (1860–1944) gehört zu den herausragenden deutschen Impressionisten und zu den ersten Mitgliedern der Berliner Secession. Trotz seiner überregionalen Bedeutung wurde er bisher von der Öffentlichkeit zu wenig beachtet, insofern betrifft diese erste umfassende Ausstellung im Berliner Bröhan-Museum Neuland. Francks Landschaften, Figuren und Stillleben zeigen ihn auf der Höhe seiner Zeit und stellen ihn in eine Reihe mit Max Liebermann, Walter Leistikow, Lovis Corinth und Max Slevogt. Als populärer „Wannsee-Maler" schuf der gebürtige Frankfurter Philipp Franck Ikonen der spezifischen Berliner Landschaft. Franck kam 1890 nach Berlin. Die märkische Landschaft wurde für ihn zum großen Bildthema.



Philipp Franck: Auf der Terrasse (Öl, 1904) Bild: Bröhan-Museum

Er bevorzugte einen herben, kraftvollen Malstil, oft auch eine expressive Farbigkeit. Der Ausstellungstitel „Vom Taunus zum Wannsee" bezieht sich auf die erste autobiografische Publikation Philipp Francks aus dem Jahr 1920. Sein umfangreiches Werk wurde in seiner Gesamtheit noch nie gezeigt und wissenschaftlich aufgearbeitet. Mit dieser groß angelegten Retrospektive, die etwa 100 Bilder aus allen Schaffensphasen zusammenführt, erfährt der Künstler nun zum 150. Geburtstag eine angemessene Würdigung. *CP*

Die Ausstellung im Bröhan-Museum, Schlossstraße 1 a, Berlin, ist bis 16. Januar 2011 dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 8/4, jeden ersten Mittwoch im Monat Eintritt frei.

Moderne Erkenntnisse vorweggenommen

Ein psychologischer Roman von Karl Philipp Moritz schildert die schwierige Kindheit und Jugend eines Hochbegabten

Bis heute ungebrochen ist die Faszination, die der Kindheits- und Jugendroman „Anton Reiser" von Karl Philip Moritz (1756–1794) durchweg auf seine Leser ausübt, was man nur von einer äußerst kleinen Zahl von Literaturerzeugnissen seiner Zeit wird behaupten können. Und doch ist dieser Schlüsseltext der deutschen Aufklärung vergleichsweise wenig bekannt. 1785, vor 225 Jahren, veröffentlichte Moritz den ersten von insgesamt vier Teilen des „Anton Reiser" und wählte dafür den Untertitel „Ein psychologischer Roman". In seinem Vorwort stellte er klar, dass es sich um eine Art Biographie handelt.

Zwei Fragmente von Teil eins hatte der Publizist, Sprachforscher und Kunsttheoretiker Karl Philipp Moritz bereits in dem von ihm herausgegebenen „Magazin zur Erfahrungsseelenkunde" veröffentlicht. Er vertrat darin den Anspruch, anhand von Fallbeispielen die vielfachen Ursachen und Wirkungen menschlichen Handelns und individueller Persönlichkeitsentwicklung darzulegen. Tatsächlich nahm er so manche Erkenntnis der modernen Psychologie vorweg. Aufgrund des Erfolgs von Teil eins des „Anton Reiser" brachte der Verlag Friedrich Maurer noch zur Ostermesse 1786 als Fortsetzungen Teil zwei und drei heraus. Teil vier wurde erst nach Moritz' Rückkehr aus Italien niedergeschrieben und 1790 veröffentlicht. Seit 2006 liegt eine kritische und kommentierte Ausgabe des „Anton Reiser" in zwei Bänden vor. Sie entstand im Rahmen der auf 13 Bände angelegten Karl-Philipp-Moritz-Ausgabe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Da der Nachlass des Autors bislang verschollen ist, galt es als Sensation, dass der Herausgeber Christoph Wingertszahn auf bislang unbekannte Briefe stieß, die belegen, dass der junge Karl Philipp Moritz, wie im Roman Anton Reiser, tatsächlich 1769/70 von dem bigotten Braunschweiger Hutmacher Lobenstein drangsaliert wurde, derart, dass der 13-Jährige einen Selbstmordversuch unternahm.

Mit 13 Jahren ein Selbstmordversuch

Es war seine Italienreise, die Moritz den ersehnten beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg brachte. Hatte er als lesewütiger Primaner in Hannover davon geträumt, dem angebeteten Dichter des „Werther" nahe zu sein, und sei es nur als Diener, so traf er 1786 Goethe tatsächlich in Rom und freundete sich mit ihm an. Als Goethe sich den Arm brach, pflegte und versorgte er ihn. Goethe an Frau von Stein: „Moritz ist wie ein jüngerer Bruder von mir, von derselben Art, nur da vom Schicksal verwahrlost und beschädigt, wo ich begünstigt und vorgezogen bin." Auch in Hinsicht auf seine Arbeit an der „Iphigenie" profitierte Goethe von dieser Bekanntschaft: Moritz hatte sich zuvor in seiner Schrift „Versuch einer deutschen Prosodie" intensiv mit den Charakteristika der deutschen Sprache beschäftigt. Ende 1788 legte er auf seiner Rückreise nach Berlin, wo er als Pädagoge tätig war, einen Aufenthalt in Weimar ein und erhielt durch Goethes Vermittlung die Gelegenheit, Großherzog Carl August im Englischen zu unterrichten. Dieser verschaffte ihm anschließend eine Professur an der Königlichen Akademie der Künste in Berlin. Zu Moritz' Studenten zählte unter anderem Alexander von Humboldt. 1791 in die Akademie der Wissenschaften aufgenommen, erhielt er den Titel eines preußischen Hofrats. 1793 starb Karl Philipp Moritz mit nur 37 Jahren an der Schwindsucht.

Karl Philip Moritz

Ihm war die Seelenerforschung gleichsam in die Wiege gelegt worden. In Hameln wuchs er in ärmlichen Verhältnissen auf. Seine Eltern scheinen ihn wenig geliebt zu haben. Sein Vater, ein Militärmusiker, der einer Sekte angehörte, verlangte von dem Jungen, „seelische Abtötung" und dergleichen zu praktizieren. Die überforderte und zur Hysterie neigende Mutter ging ebenfalls nicht auf die Bedürfnisse ihres Sohnes ein. Folglich leidet die Romanfigur an Selbstzweifeln. Mit fantastischen Vorstellungen versucht er, seiner Traurigkeit Herr zu werden.

Früh schon liest er alles, wessen er habhaft werden kann. Mit

Mit Augenmaß und ohne Bitterkeit

Augenmaß, durchweg ohne Bitterkeit und Beschuldigungen, interpretiert und kommentiert der Autor äußerst sparsam den Werdegang seines Protagonisten. Nach der abgebrochenen Braunschweiger Lehre wird Anton von seinem Vater geschnitten, der ihn als unnützen Esser loswerden möchte. Durch einen glücklichen Zufall – eine Standesperson fördert ihn finanziell – erhält er nach seiner Konfirmation die Möglichkeit, in Hannover das Gymnasium zu besuchen. Endlich wird sein Bildungshunger gestillt, und er erfährt Anerkennung: „Seitdem Anton nun die Verse deklamiert hatte, wurde er fast von allen seinen Mitschülern geachtet. Das war ihm ganz etwas Ungewohntes – er hatte in seinem Leben so etwas noch nicht erfahren –, ja er glaubte kaum, dass es möglich sei, dass man ihn noch achten könne." Die Erzählungen vom schulischen Alltag und von den Umzügen der Chorsänger in der Stadt gehören zu den Glanzlichtern des Buches.

Doch es erwarten den überempfindlichen, wegen seiner Armut beschämten Anton neue Kümmernisse, da er in einigen Häusern, in denen er einen Freitisch erhält, gegängelt wird. Am Ende besucht er die Schule nur noch selten, bis er schließlich, wie der später als Schauspieler berühmt gewordene August Wilhelm Iffland, die Stadt ohne Ankündigung verlässt. Zu Fuß reist er einer wandernden Truppe hinterher, um sein Heil auf der Bühne zu finden. Doch sein Vorhaben, Schauspieler zu werden, misslingt: In Leipzig hatte sich die Truppe aufgelöst.

Dagmar Jestrzemski

Wie ein Preuße unter die Welfen geriet

Der historisch Interessierte denkt bei (dem Herzogtum) Braunschweig – ähnlich wie bei (dem Königreich) Hannover – an die Herrschaft der Welfen. Unter all den Welfen gab es jedoch auch einen Hohenzollern an der Spitze der Stadt Heinrichs des Löwen: Prinz Albrecht von Preußen. Vor 125 Jahren, am 21. Oktober 1885, wählte die braunschweigische Landesversammlung auf Vorschlag des Regentschaftsrates den Preußen einstimmig zum Regenten.

Hierzu war es gekommen, weil Braunschweigs Herzog Wilhelm am 18. Oktober des Vorjahres verstorben war, ohne einen legitimen Nachkommen zu hinterlassen. Noch am selben Tag erhob Ernst August von Hannover als Chef der jüngeren, hannoverschen Linie des Hauses der Welfen aus seinem österreichischen Exil Anspruch auf das Herzogtum. Hier war jedoch der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck vor, denn Ernst August hatte ebenso wie sein 1866 verstorbener Vater, der letzte hannoversche König Georg V., nie auf seine Ansprüche auf Hannover verzichtet, das Preußen nach dem Sieg im Deutschen Krieg von 1866 entgegen den damals üblichen politischen Gepflogenheiten annektiert hatte.

Der Exilant hatte gegen Bismarck und Preußen keine Chance. Der Bundesrat beschloss am 2. Juli 1885, dass eine Herrschaft Ernst Augusts im Bundesstaat Braunschweig bei seinem Verhältnis



Bild: Wikipedia

Prinz Albrecht von Preußen

zum Bundesstaat Preußen „mit den Grundprinzipien der Bundesverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar" sei. Auch in Braunschweig selber schlugen sich Regierung und Parlament auf die Seite des übermächtigen Nachbarn und des Reichskanzlers. Bereits zu Lebzeiten Herzog Wilhelms hatten Landesregierung und Landesversammlung sich auf die Bildung eines Regentschaftsrates für den Fall geeinigt, dass der Thronerbe an der Ausübung seiner Pflichten gehindert ist. Dieses aus den drei stimmführenden Mitgliedern des Staatsministeriums sowie den Präsidenten des Landtags und des Oberlandesgerichts gebildete Gremium konstituierte sich nach Herzog Wilhelms Tod und schlug der Landesversammlung mit Prinz Albrecht einen Mann vor, gegen den weder der preußische Nachbar noch das Reich etwas haben konnte. Der Prinz war des Bruders Sohn von Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I., Herrenmeister des Johanniterordens und Enkel des niederländischen Königs Wilhelm I. Die „Neue Deutsche Biographie" lobt ihn noch Jahrzehnte nach dem Ende der Hohenzollernherrschaft in Deutschland als „eine verständige, nüchterne Persönlichkeit von großer Güte". Von der einzigen Regentschaft eines Hohenzollern in Braunschweig heißt es, dass sie „die Aufgabe, das Land nach Ausschalten der welfischen Erben zu beruhigen", erfüllt habe. Sie endete am 13. September 1906 mit Albrechts Ableben. *M.R.*

Typisch preußische Erfolgsgeschichte

Ehrhardt Bödeckers Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau wird zehn Jahre alt

Vor zehn Jahren gründete Ehrhardt Bödecker in Wustrau das Brandenburg-Preußen Museum – eine kleine, aber feine preußische Erfolgsgeschichte.

Dies hier sei halt „meine Yacht im Mittelmeer". Da lässt man sich gern einmal mit an Bord nehmen, zumal wenn der „Kapitän" höchstpersönlich erklärt, was es mit diesem etwas verblüffenden Vergleich auf sich hat: Viele seiner ehemaligen Kollegen fänden das Glück ihres Ruhestands darin, auf höchstem Niveau zwischen St. Tropez und Monte Carlo dahinzuschippern. Er aber habe statt der Freuden der christlichen Seefahrt ein ganz anderes Hobby, und dafür sei er hier im brandenburgischen Wustrau vor Anker gegangen.

Der ältere Herr, der uns schmunzelnd diesen „Schwank aus meinem Leben" erzählt, ist Ehrhardt Bödecker, ehemaliger Inhaber einer Berliner Privatbank, Jahrgang 1925. Mit 70 war er nach langen, höchst erfolgreichen Berufsjahren in den Ruhestand getreten, um sich endlich seinen großen Lebenstraum zu verwirklichen: in aller Öffentlichkeit das schlechte Bild der Idee Preußen zurechtzurücken. Und so kam es, dass seine „Luxusyacht" Brandenburg-Preußen Museum heißt, in das er neben zahlreichen kostbaren Sammlerstücken glatte sieben Millionen D-Mark investierte.

Warum aber ausgerechnet Wustrau, dieser Ortsteil der Gemeinde Fehrbellin, gut 70 Kilometer nordwestlich von Berlin? Seine Bedeutung für die brandenburgisch-preußische Geschichte ist sehr überschaubar. Erwähnenswert ist vor allem, dass der preußische Husarengeneral Hans-Joachim von Zieten hier 1699 geboren und 1786 beigesetzt wurde.

Ursprünglich wollte Bödecker seinen Preußentraum in Berlin umsetzen. Eine über 100 Jahre alte Festungsruine in Spandau wäre der ideale Rahmen für sein Projekt gewesen. Von Anfang an aber gab es Probleme mit Verwaltung und Politik. Die Beamten wollten Bödeckers Museumskonzept im Sinne des antipreußischen Zeitgeistes umschreiben. Und die damals in der Hauptstadt noch regierenden Christdemokraten ließen verlauten, sie wollten in „ihrem" Berlin überhaupt kein derartiges „Museum von Preußens Glanz und Gloria".

Im brandenburgischen Wustrau hingegen nahm man den Museumsgründer ohne Vorbedingungen auf und hielt sich – im Gegensatz zu Eberhard Diepgens Berliner CDU – strikt an den Wortlaut des Grundgesetzes: „Eine Zensur findet nicht statt." Kontroverse Diskussionen gab es allenfalls über das zu verwendende Baumaterial – Putz oder Ziegel?

Ohnehin hatte Bödeckers Konzept mit „Glanz und Gloria" nichts zu tun (was die Berliner Politiker nicht wissen konnten, weil sie dieses Konzept überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hatten). Im Gegenteil: Der pensionierte Bank-Chef wollte gerade jene Seiten der preußischen Geschichte hervorheben, die in den letzten Jahrzehnten im Guten wie im Schlechten zu kurz gekommen waren. So verzichtete er weitestgehend darauf, die militärischen Leistungen Preußens darzustellen.

Gut drei Jahre dauerte die Bau- und Einrichtungsphase. Auch jetzt bewies Bödecker echte preußische Gesinnung. Er begnügte sich nicht damit, das erforderliche Geld zur Verfügung zu stellen und die immer noch glänzenden Kontakte aus seinem Berufsleben in den Dienst des Gründungsprojekts zu stellen, sondern brachte sich auch immer wieder ganz persönlich ein. Nur selten dürfte ein Bauherr so oft und regelmäßig auf seiner Baustelle zu sehen sein wie Bödecker in diesen drei Jahren – nicht selten übrigens mit irgendeinem Werkzeug in der Hand. Beispielsweise ist die äußere Fassadengestaltung bis hin zur Farbgebung der Ziegel das ureigene Werk Bödeckers und seiner Ehefrau Anneliese.

Vor genau zehn Jahren, im Herbst 2000, also kurz nach dem 75. Geburtstag des Gründers und kurz vor dem 300. Jahrestag der Krönung des ersten Königs in Preußen, war das Werk vollendet. Das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau öffnete seine Pforten. Aufmerksame Besucher entdeckten auf den rund 350 Quadratmetern Ausstellungsfläche mancherlei Hinweis auf die frühere Tätigkeit des Gründers. Ebenso anschaulich wie informativ wird dargestellt, wie Preußen und das von ihm dominierte deutsche Kaiserreich es zu so erstaunlicher wirtschaftlicher und finanzieller Blüte bringen konnten: Basis war eben die typisch preußische Gesinnung, abgeleitet aus der Aufklärung Immanuel Kants, staatsrechtlich umgesetzt von den großen Reformern wie Karl Freiherr vom und zum Stein oder Karl August Fürst von Hardenberg, dem Volk vermittelt von bedeutenden Pädagogen wie August Hermann Francke und praktiziert von Herrschern in der Tradition Friedrichs des Großen.



Bild: Brandenburg-Preußen Museum

Ein Mann in seinem Reich: Ehrhardt Bödecker in der Fürstengalerie seines Brandenburg-Preußen Museums

Hier sieht Bödecker die „Keimzelle des wahren Preußentums", eine Sichtweise, an der er die Besucher seines Museums ausgiebig teilhaben lässt. Was er da – ohne oberlehrerhaftes Gehabe – an Zahlen und Fakten präsentiert, ist immer wieder überraschend; der Satz, den man am häufigsten von Besuchern hört, lautet: „Das habe ich ja gar nicht gewusst ..."

Erfreulich viele dieser Besucher – in den nunmehr erfolgreich vollendeten ersten zehn Jahren weit über 100 000 – sind jüngeren Alters. Denn weit überregional ist das Brandenburg-Preußen Museum Wustrau ein beliebtes Ziel für Schulklassen. Und oft genug genießen sie ein Privileg, das nur in wenigen Museen geboten wird: Der nette alte Herr, der mit so viel Temperament die Schüler durch die Säle mit den Exponaten führt, ist kein Geringerer als der Herr Museumsdirektor persönlich.

Den runden Geburtstag seines Lebenstraums erlebt Ehrhardt Bödecker im stolzen Alter von 85 Jahren. Aber unermüdlich ist er bedacht, den direkten Kontakt mit den Besuchern – vor allem den jüngeren – zu halten. Und ebenso unermüdlich und unerschrocken stellt er sich auch kritischen Diskussionen. Dass seine Auffassung, die Zerschlagung der Idee Preußen durch die Sieger des Zweiten Weltkriegs sei „eine europäische Tragödie", nicht überall auf Zustimmung stößt, überrascht nicht. Da muss es sich auch eine so verdienstvolle Persönlichkeit gefallen lassen, von politisch korrekten Vergangenheitsbewältigern – zugleich Opfer und Mittäter der antipreußischen Gehirnwäsche namens „reeducation" – als Revisionist und „rechter Ultra" diskriminiert zu werden.

Doch der „Bilderbuch-Preuße", wie ihn diese Zeitung anlässlich seines 80. Geburtstags titulierte hatte, lässt sich von solchen Anwürfen nicht einschüchtern. Er hält sein Museum, dessen Zukunft er durch die Gründung einer Stiftung langfristig gesichert hat, inhaltlich weiter auf klarem Kurs – eben „typisch preußisch".

Hans-Jürgen Mahlitz

Dialog auf höchster Ebene

Kommentierte Neuerscheinung von 245 Briefen zwischen Voltaire und Friedrich dem Großen

Im August 1736 wandte sich der damals 24-jährige preußische Kronprinz Friedrich an den seinerzeit 42-jährigen François-Marie Voltaire (1694–1778) mit der Bitte, ihm alle seine Werke zu senden. Auch möge er ihn weiterhin auf dem Laufenden über sein Schaffen halten. „Ohne Sie in einen Ihrer unwürdigen Weihrauch zu hüllen, kann ich Ihnen versichern, dass ich in Ihren Werken Schönheiten ohne Zahl entdecke", versicherte der musisch interessierte Königssohn dem berühmten Dichter, Philosophen und Historiographen.

Dieser war mit seinen Büchern in Frankreich mehrfach in höchsten Kreisen angeeckt und hatte zeitweilig ein unstetes Leben führen müssen. Seinerzeit lebte er jedoch komfortabel auf dem lothringischen Schloss Cirey bei dem Marquis und der Marquise de Chatelet.

Anhand der geschliffenen Formulierungen des Absenders und der von ihm angeschnittenen Themen wird der Adressat genügend Hinweise auf dessen regen Geist und hohe ethische Maximen gewonnen haben. Auch dürfte er bereits von dem ungewöhnlichen Prinzen im Nordosten Deutschlands gehört haben. Voltaire antwortete Prinz Friedrich recht enthusiastisch und gab unumwunden zu, dass der Brief des zukünftigen Monarchen seiner Eitelkeit geschmeichelt habe: „Aber die Liebe zum Menschengeschlecht, die seit je in meinem Herzen lebt und die, wie ich zu behaupten wage, meinen Charakter prägt, schenkte mir tausendfach reinere Freude, als ich erkannte, dass es einen Prinzen gibt, der als Mensch denkt, einen Fürsten-Philosophen, der die Menschen beglücken wird." Damit begann ein Briefwechsel zwischen den beiden ihrer Herkunft nach so unterschiedlichen europäischen Aufklärern, der fast durchgehend bis zum Tode Voltaires anhalten sollte.

> Ein Drittel des überlieferten Briefaustausches

„Voltaire/Friedrich der Große Briefwechsel" lautet der prosaische Titel einer von Hans Pleschinski herausgegebenen Neuausgabe von 245 ausgewählten und von ihm übersetzten Briefen dieser Korrespondenz. Es handelt sich um etwa ein Drittel des überlieferten Briefaustauschs, wobei darauf geachtet wurde, dass in dem Band alle Entwicklungsstufen dieser Beziehung repräsentiert sind. Bei den eingefügten Versen wurde der französische Originaltext der Übersetzung vorangestellt. Auf ein Personenregister hat der Herausgeber verzichtet und dafür die einzelnen Briefe mit einem Glossar und ergiebigen Kommentaren versehen.

Pleschinski hebt die Bedeutung des offen, freundschaftlich und oftmals kontrovers geführten „Dialogs auf höchster Ebene" hervor, wurde er doch geführt „zwischen einem Regenten, der die Landkarten, und einem französischen Philosophen, der das Denken veränderte". Die Briefschreiber beschäftigten sich mit existenziellen Fragen wie: Was ist unter Freiheit zu verstehen? Gibt es ein Leben nach dem Tod? Woran erweist sich die Existenz Gottes?

> Die Auswahl soll den Verlauf der Beziehung widerspiegeln

Vor allem aber war es für beide „ein hochrangiges Anliegen, in Theorie und Praxis, durch Demaskierung von Würdenträgern aus Staat und Kirche, durch Gesetzesreformen, die Urbarmachung ungastlicher Gegenden, durch aktive Nächstenliebe die neuen Ideale wirksam werden zu lassen. In den dunklen Schöpfungsplan, über den sie diskutieren, woll(t)en sie als Humanisten eingreifen", so ein Kommentar des Herausgebers. Natürlich breiteten sie auch Gedanken über die eigenen jeweils in Arbeit befindlichen Werke voreinander aus, und immer wieder kam ihr aktueller Gesundheitszustand zur Sprache.

Insgesamt fünfmal sind sich der König und der Philosoph begegnet. Von 1750 bis Anfang 1753 lebte Voltaire als hochrangiger Gast am Hofe Friedrichs in Sanssouci und Berlin, bis es Ende 1752 zum großen Krach kam. Anschließend ergossen sich über ihn die bekannten Schimpfkanonaden des erzürnten Monarchen. Erst während des Siebenjährigen Krieges, als Friedrich der Große Voltaire seine Selbstmordabsichten mitteilte und dieser ihm trostreiche Worte spendete, lebte ihr Gespräch wieder auf. Im Alter und aus sicherer Distanz fanden beide zu einem Verhältnis, das an ein einvernehmliches altes Paar denken lässt, bemerkt der Herausgeber in seinem Nachwort. Nach einem aufgewühlten Leben begriffen und würdigten sie einander uneingeschränkt.

Dagmar Jestrzemski

Hans Pleschinski (Hrsg.): **„Voltaire/Friedrich der Große – Briefwechsel"**, dtv, München 2010, broschiert, 655 Seiten, 14,90 Euro

Später Zusammenschluss

Als die CDU (West) sich im Odeon-Saal in Goslar gründete, stellte sie bereits den Bundeskanzler

Jeder kennt den ersten CDU-Bundesvorsitzenden – Konrad Adenauer. Kaum bekannt ist dagegen, dass die CDU als Bundespartei erst im Herbst 1950 gegründet wurde, mehr als ein Jahr nach der ersten Bundestagswahl.

Schon 1945 fanden sich christlich gesinnte Demokraten in der SBZ und in Westdeutschland zusammen. Über Länder- und (ehemalige) Zonengrenzen hinweg konstituierte sich die westdeutsche CDU allerdings erst im Herbst 1950 – mehr als ein Jahr nach den ersten Bundestagswahlen. Gewonnen hatte diese Wahl also eine Partei, die als bundesweite Organisation noch gar nicht existierte.

Die Ursachen für diese „verspätete“ Parteigründung sind vielfältig. Bereits unmittelbar nach Kriegsende bildeten sich – zunächst auf regionaler Ebene – Gruppierungen, die die Gründung einer demokratischen, beide christlichen Konfessionen umfassenden Partei anstrebten. Auch wenn stets betont wurde, dass es sich um eine Neugründung handelte, so war doch von Anfang an sowohl programmatisch als auch personell deutlich erkennbar, dass die CDU stark in der Tradition des politischen Katholizismus, der 1933 aufgelösten Zentrumspartei stand.

Abhängig waren die 1945 wieder- und neuentstandenen Parteien von der Zulassungspraxis der Besatzer. Zuerst erlaubten die Sowjets am 10. Juni die Bildung „antifaschistischer Parteien“ in ihrer Zone. Hier war der Gedanke maßgeblich, dass die unter Aufsicht der Sowjetischen Militäradministration stehenden Parteien einen entsprechenden Einfluss auf ganz Deutschland ausüben sollten. Die CDU war von Anfang an in die „antifaschistische Blockbildung“ einbezogen. Was Willfährigkeit betraf, hatten sich die Besatzer im Falle der beiden ersten CDU-Vorsitzenden der SBZ jedoch getäuscht. Andreas Hermes kritisierte die Bodenreform und wurde bereits im Dezember 1945 abgesetzt. Auch sein Nachfolger Jakob Kaiser, der den von der SED initiierten „Volkskongress“ ablehnte, wurde zwei Jahre später faktisch seines Amtes enthoben. Danach erfolgte die Gleichschaltung der CDU in der SBZ. Sowohl Hermes als auch Kaiser waren in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft im Widerstand und hatten Kontakte zu Carl Friedrich Goerdeler. Nach dem 20. Juli 1944 musste Kaiser untertauchen, Hermes wurde zum Tode verurteilt. Es gelang seiner Frau jedoch, mehrfach Aufschub zu erreichen, so dass das Urteil schließlich nicht mehr vollstreckt wurde. Hermes und Kaiser verließen nach ihrer Absetzung die SBZ. Hermes wirkte später in der Bundesrepublik als Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Kaiser wurde Minister für Gesamtdeutsche Fragen.

Beide hatten ursprünglich die Führung einer gesamtdeutschen CDU für sich reklamiert. Von der Berliner „Haupt-“ beziehungsweise „Reichsgeschäftsstelle“ war man um eine „reichseinheitliche“ Organisation der Gesamtpartei bemüht. Die Kontrolle durch die sowjetischen Besatzer konterkarierte den Anspruch der persönlich integeren Berliner CDU-Führung jedoch erheblich. Zudem war der Wille zur Unterordnung der in den drei westlichen Besatzungszonen entstanden Gruppierungen nicht sonderlich ausgeprägt. Abneigung gegen die preußisch-protestantische Hauptstadt spielte hier ebenso eine Rolle wie föderalistische Gedanken, die auf die katholische Soziallehre zurückgehen – das Erbe der Zentrumspartei ist hier unverkennbar.

Schon 1945 hatten die Besatzer überall in Deutschland Parteien zugelassen, zuletzt die Franzosen am 13. Dezember. Obwohl sich der Name CDU der anfangs unterschiedlich benannten Gruppierungen durchsetzte, hielten sich die Bestrebungen zu Zusammenschlüssen in Grenzen. Hauptgrund dürften die zunächst großen programmatischen Differenzen gewesen sein. So setzte beispielweise der ehemalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer auf marktwirtschaftliche Positionen und die westeuropäische Integration. Dem gegenüber stand die Idee eines christlichen Sozialismus, die auch in den westlichen Besatzungszonen Anhänger hatte. Einer der wichtigsten Exponenten dieser Vorstellungen war Jakob Kaiser, der Deutschland auf einen „dritten Weg“ führen wollte und ihm eine Mittlerrolle zwischen Ost und West zugedacht hatte. Vor allem nach seiner Absetzung als Vorsitzender der SBZ-CDU verlor Kaiser aber an Einfluss. Bis zu seinem Tod 1961 blieb er einer der Kritiker Adenauers innerhalb der Union.

Was das Zusammengehen der einzelnen CDU-Verbände betraf, so konnte man sich lediglich auf einen „Zonenverbindungsausschuss“ einigen. In der Französischen und Amerikanischen Besatzungszone gelang es nicht einmal, die Landesverbände auf Zonenebene zusammenzuschließen. Einzig die Britische Zone erreichte einen vergleichsweise hohen Organisationsgrad. Den Vorsitz hatte im März 1946 Konrad Adenauer übernommen. In der Folge ist die Geschichte der sich formierenden CDU auf das Engste mit seinem Namen und seinem Taktieren – oder wenn man so will: mit seinem politischen Geschick – verbunden. Führungsansprüche norddeutscher Protestanten konnte er ebenso abwehren wie den übermäßigen Einfluss süddeutscher Föderalisten. Adenauer war Katholik, teilte aber viele Positionen mit den Protestanten, besonders was die Wirtschaftspolitik betraf. Somit war er für Vertreter beider Konfessionen akzeptabel. Hinzu kam seine Persönlichkeit: Er pflegte das informelle Gespräch im kleinen Rahmen im Vorfeld eigentlicher Entscheidungen. Innerparteiliche Rivalen wurden von vorn herein kalt gestellt, gefügig gemacht oder „weggelobt“. Mit der Ausrichtung auf Marktwirtschaft und Westintegration hatte sich Adenauer programmatisch durchgesetzt. Vielfach musste er sich aber auch in den eigenen Reihen den Vorwurf gefallen lassen, durch seine Politik die Spaltung Deutschlands nicht nur hinzunehmen, sondern sogar zu vertiefen.



Gründungsparteitag: Eröffnungsansprache des Bundeskanzlers am 21. Oktoberr 1950 Bild: pa

Adenauer gelang es, die CDU, die 1960 erst rund 200 000 Mitglieder hatte, zu seinem Machtinstrument zu formen. Geführt wurde sie nach seiner Wahl zum Bundeskanzler eher aus dem Kanzleramt heraus als durch die – zuständigen – Parteigremien. So ist es wohl auch zu erklären, dass die eigentliche Gründung der CDU als Bundespartei auf dem Parteitag in Goslar vom 20. bis zum 22. Oktober 1950 als historisches Datum der Geschichte der Bundesrepublik im öffentlichen Bewusstsein kaum eine Rolle spielt. *Erik Lommatzsch*

Ärger auf den zweiten Blick

Ein Buch, das nicht hält, was der Titel verspricht: »Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung«

Wieder sorgte ein polnisches Buch für Ärger. Zunächst jedoch nicht! Das polnische Werk „Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung – Ost- und Mitteleuropa 1939 bis 1959“, von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft und dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität sowie den Medien im linken Spektrum gefördert und mit uneingeschränktem Lob überschüttet. Es erwähnt tatsächlich, mehr oder weniger erstmalig, die Leiden der Ostdeutschen im einzelnen: „Totschlag, Vergewaltigungen, Morde, Deportation.“ Dies ist zu loben, den polnischen Historikern sei dafür gedankt.

Aber nach weiterer Durchsicht muss angemerkt werden, dass das Werk, dessen polnischer Originaltitel auf Deutsch „Aussiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen 1939 bis 1959“ heißt, leider zu viele Defizite und Unkorrektheiten enthält, um als Standardwerk Anerkennung zu erhalten. Dabei befinden wir uns im Kontext mit der Publizistin Helga Hirsch.

Das Buch trägt den Titel: „Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung“, bezeichnet aber ab Seite 188 durchweg das Vertreibungsgeschehen als „Umsiedlung“, „Aussiedlung“, hin und wieder als „Ausweisung“, „Entfernung“ und „freiwillige Ausreise“. Auch wird zynisch vom „Verlassen Polens“ gesprochen (so auf Seite 188, 1. Absatz) zu einem Zeitpunkt, als die deutschen Ostprovinzen lediglich nach dem Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt worden waren.

Somit wird die gewaltsame, völkerrechtswidrige Inbesitznahme eines Viertels Deutschlands mit Gewalt und unter Missachtung

Vertreibung der Ostdeutschen nur am Rande thematisiert

des Völkerrechts (unter anderem nach der Haager Landkriegsordnung von 1907) umschrieben und vertuscht sowie die Vertreibung allein den Siegermächten aufgrund des Potsdamer Protokolls angelastet, obwohl bereits vorher die brutale Ausweisung durch die polnische Miliz praktiziert wurde; dies ist auf Seite 184 des Buches aus der Feder hochrangiger polnischer Professoren im eigenen Netzwerk sogar (widersprüchlich) beschrieben. Übrigens: Die Westmächte hätten für staatsrechtlich wirksame Grenzziehungen die Zustimmung ihrer Parlamente benötigt. Und: Im Potsdamer Protokoll ist nur von der „Überführung“ der Deutschen aus Polen die Rede, also nicht aus den deutschen Provinzen. Alle uns vorliegenden polnischen Vertreibungsbefehle datieren weit vor Potsdam.

Eine wesentliche Bestimmung des Potsdamer Protokolls, nämlich die, dass die künftige Grenze zwischen Polen und Deutschland erst in einem Friedensvertrag geregelt werden soll, wird unterschlagen. Zudem: In dem Werk der polnischen Wissenschaftler wird das Hinarbeiten Polens auf eine Grenze an Oder und Neiße seit 1919 übergangen. Es heißt bei ihnen: „Der Krieg hat die Grenzen Polens radikal verändert ...“ (Seite 188). Weiter: „Die Verschiebung der Grenze Polens an die Linie Oder–Lausitzer Neiße und die auf der Konferenz von Potsdam getroffene Entscheidung der Alliierten über die Aussiedlung der Deutschen bedeuteten den fast

Die Vertreibung der Sudentendeutschen fällt unter den Tisch

hundertprozentigen Austausch der Bevölkerung ...“ (Seite 195).

Die Vertreibung der mehr als drei Millionen Sudetendeutschen ist gänzlich unter den Tisch gefallen. Das ist mehr als peinlich.

15 Prozent des Buchinhalts gilt der Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland, der größten Vertreibung der Weltgeschichte, während auf 50 Prozent der Seiten die Verbrechen an Polen und polnischen Juden geschildert werden.

Die geflüchteten Deutschen werden nicht als Vertriebene angesehen, obgleich sie bekanntlich von der polnischen Miliz ab Juni 1945 mit militärischer Gewalt daran gehindert wurden, in ihre Heimatgebiete zurückzukehren – siehe hierzu das „Görlitzer Tagebuch“.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, dass das Buch nicht hält, was sein Titel verspricht. Man kann vermuten – auch viele Presseberichte beim Erscheinen des Buches deuteten darauf hin –, dass damit massiv in die Debatte um die Ausrichtung der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ eingegriffen werden sollte – leider auch mit erheblichen deutschen Steuermitteln.

Man nennt das heute Geschichtspolitik. Aus diesen immer wiederkehrenden, bitteren Erfahrungen kann man nur die Bitte äußern, nicht ungeprüft Empfehlungen auszusprechen oder zu veröffentlichen, die der Gesamtproblematik des Schicksals der Vertriebenen nicht angemessen sind. *Peter Großpietsch*

***Bozena Szaynok**: „Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung – Ost- und Mitteleuropa 1939 bis 1959“, Weltbild, Augsburg 2009, gebunden, 253 Seiten, 14,95 Euro*

Anfänglich ein Pferderennen

Die Geschichte der Wiesn, des größten Volksfestes der Welt, beginnt mit einer Hochzeit. Am 12. Oktober 1810 heiratete der bayerische Kronprinz Ludwig (der spätere König Ludwig I.) die Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen. Aus diesem Anlass plante der Hofmarschall ein Spektakel, wie es die Welt noch nicht gesehen hatte: Vor den Toren der Stadt ließ er auf den umliegenden Wiesen Stände mit Bier, Bratwurst und Brezn aufbauen, Akrobaten und Artisten, Magier und Musikanten waren eingeladen, um das Publikum zu unterhalten. Fünf Tage lang feierte München so das Brautpaar. Das Spektakel endete mit einem Pferderennen, das großen Anklang beim Volk fand. Der Königshof beschloss daraufhin, das Pferderennen im folgenden Jahr zu wiederholen, womit die Tradition des Münchener Oktoberfests begründet wurde. Zu Ehren der Prinzessin nannte man die Festwiese „Theresienwiese“.

1813 fiel das Fest erstmals wegen der Verwicklung Bayerns in die Befreiungskriege aus. Danach wurde die Wiesn immer größer: Neben der Pferderennbahn gab es Kletterbäume, Kegelbahnen und Schaukeln. 1818 wurde das erste Karussell aufgestellt. Mehrere Losstände zogen vor allem die ärmeren Stadtbewohner an, da es Porzellan, Silber und Schmuck zu gewinnen gab. 1819 übernahm die Stadtverwaltung die Festleitung. Von nun an sollte das Oktoberfest planmäßig jedes Jahr gefeiert werden.

Im 19. Jahrhundert fiel das Oktoberfest allerdings noch viermal aus, 1854, 1866, 1870 und 1873. Grund hierfür waren die beiden

Der Auslöser war eine königliche Hochzeit

Cholera-Epidemien, die München heimsuchten, sowie die Kriege gegen Preußen und Frankreich.

Um die Jahrhundertwende entwickelte sich das Oktoberfest immer mehr zu dem Volksfest, das es heute ist. Es wurde verlängert und in die letzten Septembertage vorverlegt. Seitdem fällt nur noch das letzte Wiesnwochenende in den Oktober. Von 1880 an genehmigte die Stadtverwaltung den Bierverkauf und 1881 eröffnete die erste Hendlbraterei. Elektrisches Licht erhellte über 400 Buden und Zelte. Um mehr Sitzplätze für Besucher und Raum für Musikkapellen zu schaffen, errichteten die Brauereien große Bierhallen. Gleichzeitig zog das Fest immer mehr Schausteller und Karussellbesitzer an, die für zusätzliche Unterhaltung sorgten.

Von 1914 bis 1918 fiel das Oktoberfest wegen des Ersten Weltkriegs aus. 1919 und 1920 feierte man nur ein kleines „Herbstfest“ und schon 1923 und 1924 zwang die Inflation zu weiteren Absagen. Von 1939 bis 1945 fand wegen des Zweiten Weltkriegs auch kein Oktoberfest statt. 1946 bis 1948 gab es abermals nur ein „Herbstfest“. Insgesamt 24-mal in 200 Jahren fiel das Oktoberfest also aus.

Im Lauf der folgenden Jahrzehnte wurde das Oktoberfest das größte Volksfest der Welt. Heute zieht die Wiesn jedes Jahr über sechs Millionen Besucher an. Die Gäste kommen immer zahlreicher auch aus dem Ausland, vorwiegend aus den USA, Japan und Australien. *C.W.*

„Das Oktoberfest 1810–2010“ lautet der Titel einer Sonderausstellung, die das Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, 80331 München, Telefon (089) 233-22370, Fax (089) 233-25033, E-Mail: stadtmuseum@muenchen.de noch bis Ende dieses Monats zeigt.

Bundespräsident Wulff scheint in einer eigenen Welt zu leben und wo bleibt unsere?

Zu: „Enttäuschung“ (Nr. 40)

Vor kurzem sind zwei Bücher zum Thema Zuwanderung/Integration erschienen. Sie haben sich schon jetzt nachhaltig in das Bewusstsein der Bürger eingegraben. Unseren Bundespräsidenten scheint das nicht zu berühren. Ob er sie etwa nicht gelesen hat? Unwahrscheinlich ist das nicht, nimmt man seine Rede vom Tag der Deutschen Einheit zum Nennwert. Freundlich nach allen Seiten grüßend, streift er, politisch korrekt natürlich und für deutsche Politiker inzwischen wohl obligatorisch, die deutsche Geschichte („... nach den von Deutschland ausgehenden Irrwegen, Schrecken und Katastrophen“), vergisst wie selbstverständlich, die anderen Schuldigen zu erwähnen, und ruft alle Menschen in unserem Lande zum Miteinander auf.

Seine Sprechweise ist die unter deutschen Politikern weithin übliche: Probleme einebnend, klare Ansagen meidend, idealisierend. Die Integration, eines der größten Probleme Deutschlands, klingt bei Wulff so: „Wir sind weiter, als es die derzeitige Debatte vermuten lässt.“ Ach ja? Warum dann der überwältigende Erfolg von „Deutschland schafft sich ab“ oder des neuen Ulfkotte-Buches „Kein Schwarz – Kein Rot – Kein Gold“? Haben die Autoren etwa am Thema vorbei geschrieben?

Haben sie nicht. Nur die Dramatik dieser beiden Bücher hat sich dem Bundespräsidenten noch nicht erschlossen. Wie auch, wenn er sie womöglich nicht gelesen hat? Aber Probleme mit der Integration gänzlich ignorieren, das kann und will er denn wohl auch nicht. So räumt er immerhin ein, dass bei „Integrations- und Sprachkursen für die ganze Familie, mehr Unterrichtsangeboten in den Muttersprachen, islamischem Religionsunterricht von hier ausgebildeten Lehrern“ Nachholbedarf besteht. Im Klartext: Noch mehr Aufwand, noch mehr Geld, noch mehr Geduld und Nachsicht.

Was danach kommen soll, sagt Wulff nicht. Welche Kosten schon entstanden sind und noch entstehen werden, ist keiner Erwähnung wert – die materiellen Kosten nicht, die politischen Kosten schon gar nicht. Dass 72 Prozent der türkischen Zuwanderer zwischen 20 und 64 Jahren keinen Berufsabschluss haben, dass in Deutschland 31 Prozent der „Migranten“ arbeitslos sind und dass „in wenigen Jahren“ der Anteil der Zugewanderten bei den unter 40-Jährigen in vielen deutschen Großstädten bei 50 Prozent liegen wird – für den Bundespräsidenten kein Thema. Die Kosten – kein Thema. Ohnehin sind die Sozialkosten inzwischen auf über 50 Prozent des Bundeshaushalts gestiegen – kein Wunder, wenn allein 40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger einen „Migrationshintergrund“ haben. Macht ja nichts. Wir leben schon lange auf Pump. Dann werden eben die deutschen Rentner, die über 30 oder 40 Jahre gearbeitet haben, ihren Gürtel noch enger schnallen, die Gesundheitsleistungen eingeschränkt und die Straßen holpriger und unsicherer werden müssen.

„Unser Sozialstaat ist kein Selbstbedienungsladen ohne Gegenleistungsverpflichtung“, sagt Herr Wulff. Andere haben das auch schon gesagt. Seit wie viel Jahren eigentlich schon? Wir Bürger haben aufmerksam zugehört. Wir wollten wissen, wie es nun weitergehen soll mit dem vereinigten Deutschland. Wissen wir es jetzt?

Bei der Integrationspolitik geht es für den Bundespräsidenten nach der Devise „Weiter so. Sprich: noch mehr Zuwanderer, noch mehr Geld, noch mehr Spannungen im Lande. Und ganz gewiss noch mehr schöne Politikerworte. Von Sarrazin, Ulfkotte und Millionen Bürgern haben sie offenbar nichts dazugelernt!

Überall spart der Staat und muss es auch – doch die Kosten der Zuwanderung bleiben tabu. Sind es 20 Milliarden Euro jährlich oder 30? Die Bundesregierung weiß es tatsächlich selbst nicht. Das heißt nun Politik. Ist das noch deutsche Politik?

Es ist die Welt unseres Präsidenten. Seine Welt. Und wo bleibt unsere Welt? Unsere Perspektiven und die der kommenden Generationen? Kein Wort dazu vom Bundespräsidenten. Halt, doch. „Wir gehen mit Mut und Zuversicht nach vorne“ ist einer seiner Schlusssätze und das soll Hoffnung geben?!

Lutz Radtke, Bad König

Lieber weniger als multikulti

Zu: „Böhmer: Mehr Katholiken!“ (Nr. 39)

Diese allgemeine Befürchtung des Aussterbens der Deutschen teile ich nicht. Ich sehe überhaupt kein Problem, wenn im künftigen Deutschland sagen wir nur noch 40 Millionen Deutsche leben. Es gibt auch heute bereits sehr viele Länder, die bei größerer Fläche wesentlich weniger Einwohner haben und sehr gut damit zurechtkommen.

Dies hat auch enorme Vorteile, so ist vielleicht der Stau morgens zur Arbeit nur halb so lang, das Schwimmbecken am Sommerwochenende leerer, die Wartezeit an den Skiliften kürzer, die Natur unberührter, die Grundstücke billiger, die Arbeitslosen weniger ... Insgesamt ein Gewinn an Lebensqualität!

Die Probleme, die durch weniger Einwohner auftauchen, zum Beispiel bei der Rentenfinanzierung, kann man durchaus lösen, indem man das Umlageverfahren langsam beendet und umstellt auf ein Verfahren, bei dem jeder Arbeitnehmer seine Rente selbst anspart (so wie bei den heutigen Selbständigen). Die Anfänge sind ja bereits gemacht (Riesterrente).

Was ich aber sehr wohl fürchte, ist, wenn versucht wird, eine Einwohnerzahl von 80 Millionen zu halten, und man dafür weiter kulturfremde Zuwanderer holt.

Auf keinen Fall wünschen wir uns für unsere Kinder und Enkel ein Multikultideutschland mit 50 Prozent Zuwanderern und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, nein danke!

Norbert Wottke, Neuss



Foto: dapd

Seine Rede zum 3. Oktober sorgte nachträglich für Wirbel: Bundespräsident Christian Wulff

Grund für Hitler

Zu: „Die dreifache Feier“ (Nr. 40)

Der 3. Oktober war nicht nur der Feiertag zur deutschen Einheit. An diesem Tag wurde auch die letzte Rate der Reparationen nach dem Versailler Diktat gezahlt – nach 92 Jahren! Früher waren viele der Meinung, diese maßlose Knebelung der deutschen Wirtschaftskraft habe mit dazu beigetragen, dass 1933 so viele die NSDAP gewählt haben, denn Hitler hatte versprochen, diese Zahlungen einstellen zu wollen, was dann geschehen ist.

Wolfgang Lehmann, Rimbach

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Günstig fliegen auf Kosten der Steuerzahler

Zu: „Böses Erwachen in Schönefeld“ (Nr. 35)

Ja, Herr Fourier, natürlich wollen Sie und fast alle anderen Fluggäste möglichst zum Nulltarif fliegen und die enormen Kosten auf den Steuerzahler abwälzen. Wie viel Kosten verursacht im Schnitt wohl ein Passagier tatsächlich für einen Flughafen? Bei innerdeutschen, inner-EU oder internationalen Fernstrecken? Unter 30 Euro ist doch wohl gar nichts zu machen, und wenn die riesigen Infrastrukturinvestitionen amortisiert und Subventionen vermieden werden sollen – hinzu kommen noch die Personalkosten für Sicherheit, Transport, Technik.

Es ist nicht einzusehen, wieso Sie, Herr Fourier, und andere meinen, dass Flugpassagieren (und auch Luftfahrtgesellschaften, besonders Billigfliegern) vom Steuerzahler Geld auch noch zugesteckt werden soll, weil sie die Luft durch Lärm und Abgase verpesten und oft auch noch Geld exportieren, das heißt im Ausland ausgeben.

Gut, wenn Schönefeld die Passagiere nicht fast zum Nulltarif abfertigen will und das sonst bei Konkurrenzflughäfen übliche Runtersubventionieren hier unterbleibt.

Wer fliegen kann und will, kann auch seinen Kostenanteil an den Flughafen bezahlen. Das ist doch nur gerecht und angemessen. Jammern ist da einfach nicht angebracht.

Reinhard Ulmar, Hann. Münden

Antideutsche Tradition der Grünen zeigt sich hier

Zu: „Nationalgesellschaft durchbrechen“ (Nr. 38)

Hier wird das Ende Deutschlands beziehungsweise des Nationalstaats, so wie wir ihn kennen, eingeleitet und bezeichnenderweise macht die CDU mit. Es wird höchste Zeit für eine rechtskonservative Alternative, bevor es zu spät ist!

Der linke Selbsthass, welcher sich in bester antideutscher Tradition der Grünen insbesondere gegen die eigenen Landsleute richtet und gegen all diejenigen, die in der Gesellschaft erfolgreicher sind als sie selbst, kommt hier überdeutlich als Rache an der Mehrheitsgesellschaft zum Vorschein, die überfremdet und damit aufgelöst („durchbrochen“) werden soll. Diese moralisch vollkommen verwahrlosten Menschen wollen uns in eine zutiefst fragmentierte, instabile Gesellschaft überführen, die nur ganz oberflächlich auf gemeinsamen, austauschbaren Belanglosigkeiten beruht. Das besonders Perfide an den linken Utopien und gesellschaftlichen, sozialen Experimenten ist, dass sie gegen die Natur des Menschen gerichtet sind und jeweils auf direktem Wege in die Barbarei führen.

Das Experiment Kommunismus hat selbst, wenn man konservative Schätzungen zugrunde legt, 100 Millionen Menschenleben gefordert. Wie viele Opfer wird wohl das menschenverachtende Experiment „Multikulturalismus“ und „Überwindung des Nationalstaats“ kosten?

Roland Wolf, Köln

Wir müssen Sarrazin helfen

Zu: „Erbärmlich“ (Nr. 35)

Dem Artikel von Herrn Heckel stimme ich ganz zu. Aber: Was mir hier fehlt, sind weiterführende Maßnahmen. Wie kann ich Herrn Sarrazin unterstützen? Ich denke, er wird jetzt bei dem Druck jede Unterstützung brauchen können. Wir sollten ihn nicht alleine lassen. Was kann man gegen diese Pappnasenelite und Pappnasenpolitiker unternehmen, um in diesem unseren Lande wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen? Hier müssen Wege aufgezeigt werden, sonst kommt Sarrazin in die „Schweigespirale“. Das wäre für das deutsche Volk tödlich.

Manfred, Groß Bad Marienberg

Stuttgart 21 ist bei der heutigen Finanzlage viel zu teuer

Zu: „Akzent gegen Schwarz-Grün“ (Nr. 38)

Offen gestanden ist mir nicht ganz klar, was an der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke und am sturen Festhalten von „Stuttgart 21“ konservativ sein soll.

Bei den AKWs ist bislang weltweit die endgültige Lagerung des entstehenden Mülls (einschließlich der Anlagen als solchen) nicht geklärt. Hier wird künftigen Generationen auf eine Zeitspanne von Tausenden von Jahren ein böses Erbe hinterlassen. Jedem, auch dem Verfasser des Kommentars, sei geraten, sich einmal mit dieser Frage zu beschäftigen. Man stelle sich nur vor, das alte Rom oder das klassische Griechenland hätten sich einer solchen Technologie bedient. Was wüssten wir denn heute noch davon, da wir selbst wichtige Ereignisse der damaligen Zeit entweder nicht oder nur bruchstückhaft kennen?

Zu „Stuttgart 21“ ist zu sagen, dass unabhängig von allen anderen Dingen („Schwaben-Connection“) das Projekt in einer Zeit beschlossen wurde, wo solche Dinge sozusagen zum Alltag gehörten und Geld keine allzu große Rolle spielte. Ein Beispiel ist hier in Rheinland-Pfalz die gigantische Moselquerung oder die zwischen Mainz und Bingen zu errichtende Rheinbrücke. Inzwischen, bei schwindenden finanziellen Möglichkeiten und der Überlegung, ob wegen vielleicht 20-minütiger kürzerer Bahnfahrt ein solches Projekt noch zu verantworten ist, kann man sich ernsthaft nicht mehr auf einstige Planungen und Beschlüsse herausreden: Ein neuer Sachverhalt erfordert neue Lösungen. Alles andere hat etwas mit Sturheit und Ignoranz zu tun.

Müssten die Verantwortlichen für die Mehrkosten allein aufkommen, redete kein Mensch mehr von diesem unsinnigen Projekt, aber so kann man ja den Steuerzahler belasten oder demnächst wieder einmal die Preise erhöhen.

Und genau hier zeigt sich auch die Persönlichkeit von Frau Merkel: Als ehemalige Mitläuferin in einem diktatorischen System, dessen Zusammenbruch sie ja dieser Tage wieder einmal bestritten hat, zeichnet sie vor allem Sturheit und Ignoranz aus. Man lese nur das „FAZ“-Interview vom 18. September, dann weiß man, wessen Geist da weht.

Gerade ein Konservativer kann solchen Spielchen indes gar nichts abgewinnen und wünschte sich mehr Orientierung an überzeitlichen und überparteilichen Werten sowie vor allem den Erhalt unserer Lebensräume und nicht immer mehr Beton. Man sollte überdies in einem Land mit abnehmender Bevölkerung auch einmal an die Folgekosten denken und nicht einfach in den Tag hinein planen. Aber das gehört hier offenbar zu den „Richtlinien“ der Politik.

Carl Günter Koch, Mainz

Erika Steinbach soll Partei gründen

Zu: „Staatsaffäre“ (Nr. 36)

Dank *PAZ* sind wir Leser nicht nur umfassend informiert bis hin zur Lesermeinung zum Thema und darüber hinaus, sondern auch die eigene Phantasie wird angeregt zur politischen Situation in „diesem Lande“ bis zur Frage der politischen Führung. Aus einer Quelle, und nicht nur aus dieser, kommt die Frage „Wie groß wäre eine Partei der Unzufriedenen?“. Es erscheinen Anteilzahlen von bis zu 25 Prozent. Mag sein. Es wird verständlicherweise danach gefragt, welche Persönlichkeiten denn hierzulande zur Verfügung stünden, um die x Prozent zu erzielen. Unter anderem taucht der Name „Merz“ wieder auf, wie von mir vor einigen Jahren in der *PAZ* vorgeschlagen, völlig zu Recht. Herr Sarrazin selbst steht wohl nicht zur Verfügung, er wäre auch, obwohl großartiger und mutiger Polit-Denker, in einer Parteiführung nicht am richtigen Platz. Partei-Wahlen sind Persönlichkeitswahlen, deshalb schaue man sich in der *PAZ* um. Eine Persönlichkeit fällt jetzt als solche besonders angenehm auf. Sie wissen schon, die BdV-Präsidentin. Einen Vergleich mit ihrer Parteichefin kann sie wohl nicht nur standhalten, sondern ... na, was meinen Sie denn? Ich meine, es ist höchste Zeit, die schwebenden Fragen nicht einschlafen zu lassen, sondern konsequent zur Lösung zu bringen. Der Ruck im Lande, ausgelöst von Herrn Sarrazin, darf nicht verpuffen. Wie wär's, Frau Steinbach? Sie dürfen sich nicht zur Ruhe setzen!

Günter Hagner, München

Die zwei Gesichter des Wladyslaw Bartoszewski

Zu: „Steinbach rudert zurück“ (Nr. 38)

Da höre ich doch von einem Ausländer eine inhaltsschwere Rede – inzwischen als „Weimarer Rede“ apostrophiert –, in der es um den respektvollen Umgang der Politiker untereinander bei der Lösung von Problemen geht. Das Ganze wurde vorgetragen in einer hervorragend beherrschten deutschen Sprache. Da ich den Anfang der Rede nicht gehört hatte, erfuhr ich erst am Ende, dass es sich bei dem Redner um den ehemaligen polnischen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski handelte.

Meine Hochachtung vor diesem Mann erhielt jedoch einen Dämpfer. Hatte der Wolf seinen Schafspelz abgelegt? Derselbe Bartoszewski, der sich in dem Weimarer Vortrag auf gute Umgangsformen und stilvolles Verhalten eingelassen hatte, schlug verbal auf einmal wild um sich, drosch auf eine Abgeordnete des Deutschen Bundestages ein, in einer Gossensprache, herabwürdigend und niederträchtig. Die Entscheidung darüber, ob er sich damit für eine weitere Inanspruchnahme seines Postens als Bindeglied zwischen der Bundesrepublik und Polen disqualifiziert hat, überlasse ich ihm. Es würde dem Bartoszewski Nr. 2 allerdings gut anstehen, sich für seine Verunglimpfungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zu entschuldigen. Danach möchte ich gern wieder, ohne versucht zu sein, mein Bild von Bartoszewski auf andere polnische Politiker zu übertragen, an seine, wenn auch beschädigte Integrität glauben und ihm meine Bewunderung nicht versagen.

Wolfgang Kollbau, Merzhausen

Das Ostpreußenblatt

Nr. 41 – 16. Oktober 2010

MELDUNGEN

Vorsitzender bestätigt

Ellingen – Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), wurde bei der Sitzung des Stiftungsrates der Ostpreußische Kulturstiftung (OKS) im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen erneut einstimmig zum Vorsitzenden des Stiftungsrates gewählt. V. Gottberg ist seit 1994 Vorsitzender dieses Gremiums. Die Ostpreußische Kulturstiftung ist Trägerin des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen. Die Stifter der OKS sind der Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V." und die Landsmannschaft Ostpreußen. Die OKS wird vom Bund sowie von den Ländern Bayern und Niedersachsen institutionell gefördert. *PAZ*

Das Auswärtige Amt hat reagiert

Berlin/Königsberg – Vor drei Wochen hat die *Preußische Allgemeine* auf dieser Seite ausführlich über den Fall Manfred Heymann berichtet. Der 56-jährige Unternehmer wurde vor kurzem ohne ersichtlichen Grund nach 18 Jahren dazu gezwungen, das nördliche Ostpreußen zu verlassen, wo er längst Wurzel geschlagen hatte. Wie Herr Heymann nun berichtet, habe das Auswärtige Amt nach unserem Bericht umgehend und sehr deutlich zu seinen Gunsten beim Generalkonsulat in Königsberg „nachgefasst", das ihn bisher nur sehr halbherzig unterstützt hatte. Auch wenn der Fall damit noch kein gutes Ende gefunden hat und es sogar neue Merkwürdigkeiten gibt, wollen wir diese erfreuliche erste Reaktion unseren Lesern nicht vorenthalten. *PAZ*

Kreuzkirche wird orthodox

Tilsit – Wladimir Putin hat die Übereignung von zehn „religiösen Objekten" an die Russisch-Orthodoxe Kirche des Königsberger Gebiets verfügt. Dazu gehören auch zwei Immobilien aus kommunalem Besitz in Tilsit. Es handelt sich um die 1911 erbaute Kreuzkirche und das dazugehörige Pfarrhaus, bekannt als Francksche Villa. In diesem Gebäude, das zuletzt als städtisches Kinderheim betrieben wurde, wird eine orthodoxe Sonntagsschule eingerichtet, für die bereits 60 Kinder angemeldet sein sollen. Der Torso der Kreuzkirche, der bisher gewerblich genutzt wurde, soll künftig ebenfalls religiösen Zwecken dienen. *H. Dz.*

»Baltkran« feiert 65 Jahre

Königsberg – „Baltkran" feierte Jubiläum. Vor 65 Jahren wurde der Kranbauer, der heute 600 Mitarbeiter zählt, gegründet. *PAZ*

»Goldene Zwanziger« in Königsberg

Ausstellung im Museum Friedländer Tor entführte in ein fernes, vielgerühmtes Jahrzehnt

Mit der Ausstellung „Mode in Königsberg: Die 20er Jahre" setzte das Museum Friedländer Tor vom 23. Juli bis 19. Oktober einen Ausstellungszyklus über Mode und Lebensstil in der ostpreußischen Hauptstadt fort.



Im Stile der „Goldenen Zwanziger": Junge Mädchen und Frauen von heute — Bild: Museum Friedländer Tor

Über 4000 Besucher konnte das Museum Friedländer Tor für seine diesjährige Modeausstellung verbuchen. Diese kamen nicht nur aus Russland und Deutschland, sondern auch aus den Nachbarländern und sogar aus Kanada und Japan. Die Aussteller hatten es sich zur Aufgabe gemacht, den Stil der 20er Jahre in verschiedenen Lebensbereichen zu zeigen, von der Architektur bis zu Alltagsgegenständen. In der Ausstellung waren insgesamt 170 Exponate zu sehen, darunter historische Aufnahmen von Gebäuden und deren Interieurs, Privataufnahmen von Königsbergern, dekorative Kunstgegenstände, Geschirr und Originalkleidungsstücke.

Die 20er Jahre brachten große Umwälzungen in Europa. Der Erste Weltkrieg war vorbei, und nach seinem Ende vollzog sich in der Mode eine strikte Abgrenzung zum vergangenen 19. Jahrhundert. In diese Zeit fiel die Sternstunde des „Art Déco", einer der letzten großen Kunststile, der alle Lebensbereiche beeinflusste. Auch Königsberg verwandelte sich unter dem Einfluss dieses Stils.

Ende der 20er Jahre begann in der Stadt ein Bauboom. Nach den im Bauhaus verwirklichten Ideen von Walther Gropius wurden das Parkhotel (1929), das Stadtarchiv (1929/1930), das Rundfunkgebäude, die Staatliche Mädchen-Gewerbeschule und die Höhere Handelsschule (jeweils 1930) sowie eine Reihe anderer Gebäude errichtet, die bis heute im Königsberger Zentrum erhalten geblieben sind.

Charakteristisch für den neuen Architekturstil waren Pragmatismus und das Fehlen dekorativer Elemente. Große Glasflächen lösten die traditionellen Massivmauern ab und vermittelten ein neues Raumgefühl.

In dieser Zeit wirkten in Königsberg die bedeutenden Architekten Hans Hopp, Robert Liebenthal, Erich Mendelsohn und Friedrich Heitmann. Sie wählten neue, „moderne" Richtungen in der Architektur und prägten mit ihren Bauten den Stil der Stadt für die kommenden Jahrzehnte.

Bei der Kleidung spiegeln sich vor allem bei der Frauenmode die globalen gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg wider. Die Stellung der Frau hatte sich verändert. So wie Charakter und Lebensstil veränderte sich auch ihr Äußeres. Korsetts wurden nicht mehr verwendet, die Kleidung wurde schlichter, Kleider und Röcke wurden kürzer, die Taille nur noch leicht angedeutet. Der aktive Lebensstil änderte auch die Vorstellung von Schönheit: Der Begriff „Jugendkult" kam auf. Sportlichkeit, nackte Beine und entblößte Rücken wurden für Modebewusste obligatorisch. Sommerbäder an Kurorten waren „in". Perlen auf sonnengebräunter Haut galten als schick.

> 4000 Besucher, 170 Exponate

In den sogenannten Goldenen Zwanzigern entdeckten die Menschen ihre Liebe zum Tanz. Kurze glänzende Kleider mit fliegenden „Schwänzchen" in grellen Farben, die mit ihren Fransenverzierungen die Grazie der neuen rhythmischen Tänze unterstrichen, bestimmten den Stil auf der Tanzfläche.

Die Ausstellung wurde mit einer Aufführung eröffnet, die die Gäste atmosphärisch in die Welt der 20er Jahre entführte. „Die unblutige Revolution: Die Verwandlung der Frau" zeigte die Veränderung im Aussehen europäischer Frauen nach dem Ersten Weltkrieg. In dem Mini-Stück wurde ein Tag aus dem Leben der Frauen der „Goldenen Zwanziger" erzählt, während eine Kollektion mit rekonstruierten Kleidungsstücken vorgestellt wurde. Alle Modelle waren speziell für das Museum Friedländer Tor von dem Meister-Atelier „Garderobe" angefertigt worden. Zu den beeindruckendsten Exponaten zählten Kleider des Pariser Künstlers, Modehistorikers und Kollektionärs Alexander Wassiljew. Er hatte drei Kleider und Modejournale mitgebracht, nach denen die Modelle angefertigt worden waren. Neben russischen Privatsammlern hatten auch Deutsche mit Fotografien und Auskünften zur Ausstellung beigetragen. Leser der PAZ waren dem in Folge 31/2009 veröffentlichten Aufruf gefolgt und hatten sich mit dem Museum in Verbindung gesetzt.

Weil die Nachfrage groß war, wurde die Ausstellung um zwei Wochen verlängert. Auch bei Lehrern war das Interesse groß. Sie führten ihre Schulklassen in die Ausstellung. Das Interesse an der Vergangenheit Königsbergs ist insgesamt groß, besonders an seiner Architektur, aber auch an Traditionen, Kulinarischem und Festtagen.

Irina Koschewnikowa/MRK

Neun Kilo Schwarz-Rot-Gold

Generalkonsul Aristide Fenster lud zum Tag der Deutschen Einheit ins Deutsch-Russische Haus

Am 4. Oktober empfingen der deutsche Generalkonsul Aristide Fenster und seine Frau Andrea im Deutsch-Russischen Haus in Königsberg Gäste aus Anlass der Feiern zum 20. Tag der deutschen Einheit. Es ist schon zur Tradition geworden, diesen Tag in Königsberg zu feiern. Unter den Gästen befanden sich viele Kulturschaffende, Politiker, Journalisten und Geschäftsleute.

In seiner Festrede sprach der Generalkonsul von der historischen Bedeutung der Ereignisse von 1989/90. „Wir Deutschen haben aus unserer Geschichte gelernt. Das deutsche Volk ist frei und politisch geeint." Dennoch seien eine Reihe nationaler und globaler Probleme geblieben, vor allem die Arbeitslosigkeit sowie die demographischen und klimatischen Veränderungen. Ein großer Teil seiner Rede galt der Beziehung zu Russland und speziell der Visafrage. Fenster sagte, die „Visapflicht behindert die Kontakte noch in vielen Bereichen. Die Schaffung vollständiger Visafreiheit wird kein ganz kurzer Prozess sein. Das Ziel ist richtig und wir streben es mit Überzeugung an, aber daran muss Schritt für Schritt gearbeitet werden." Zur



Schwarz-rot-golden glasiert: Die Jubiläumstorte — Bild: Tschernyschew

Zusammenarbeit mit dem Königsberger Gebiet äußerte er: „Aus einer noch engeren Partnerschaft können unsere beiden Länder immer mehr Vorteile für sich ziehen. Die Früchte dieser Kooperation werden auch dem Königsberger Gebiet zu Gute kommen, das in den regionalen Beziehungen deutscher Bundesländer ein Vorzugspartner ist."

Zum Schluss gratulierte der Generalkonsul den russischen Gästen zum neuen Gouverneur und zeigte sich überzeugt, dass die Beziehungen des Königsberger Gebietes zu Deutschland und der Europäischen Union in Zukunft noch enger und vertrauensvoller gestaltet würden. Das Grußwort des Gouverneurs zum Tag der Deutschen Einheit überbrachte die Leiterin des Amts für auswärtige Beziehungen, Silvia Gurowa. Den Gruß der Abgeordneten übermittelte der Abgeordnete im Königsberger Kreisrat Andrej Schumilin. Ihn begleitete Igor Rudnikow, Abgeordneter der Gebietsduma. Nach dem offiziellen Teil erklang klassische Musik. Dann wurde das Festbuffet eröffnet, dessen Höhepunkt eine neun Kilo schwere, mit einer schwarz-rot-goldenen Glasur überzogene Torte war. *J. T.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wie ein roter Faden zieht sich durch viele Briefe, die an unsere „Ostpreußische Familie“ gerichtet sind, das furchtbare Geschehen bei der russischen Okkupation Ostpreußens in den letzten Kriegswochen und den folgenden Monaten. Ausgelöst durch den in Folge 16 veröffentlichten Bericht, den Herr **Helmut Priebe** im Nachlass seiner Mutter fand, und Informationen über weitere Berichte, die damals aus dem besetzten Nordostpreußen kamen. Den in Folge 34 erwähnten Bericht der Herren **Hill**, dem früheren Administrator des Gutes Adl. Laukischken, und Studienrat **Zimmermann** von der Mittelschule am Dom, den uns Herr **Hans-Georg Malskies** übersandte, habe ich nun von mehreren Seiten erhalten, auch von Herrn **Werner Nagel** aus Hohenwestedt, er muss also in den ersten Nachkriegsjahren unter den Vertriebenen von Hand zu Hand gewandert sein. Herr Nagel hat aber noch weitere Berichte von Zeitzeugen übersandt, darunter die authentischen Aussagen des Königsberger Sägewerksarbeiters **Hermann Matzkowski**. Dieser, damals ein bekennender Kommunist, befand sich Ende 1944 im Gefängnis Rhein und musste nach dem Einmarsch der „Befreier“ erleben, welche zahllosen unmenschlichen Verbrechen von den Sowjets an der deutschen Bevölkerung begangen wurden. Hinzu kommt noch ein Kurzbericht über die ärztliche Betreuung auf den Hufen in den ersten drei Nachkriegsjahren, die wir von Herrn **Alfred Frank** aus Büren, vermittelt von Frau **Brigitte Gomolka** von der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, erhielten. Ich will versuchen, aus dieser Fülle eine Zusammenstellung der wichtigsten Informationen zu bringen, und glaube, damit dem Verlangen vieler Leserinnen und Leser gerecht zu werden.

Zuerst der Kurzbericht von Herrn Alfred Frank, der zu der ärztlichen Betreuung in den Jahren 1945 bis 1949 in Königsberg Stellung nimmt, allerdings begrenzt auf den Stadtteil Hufen. Er schreibt: „In der Stägemannstraße war eine Ambulanz, in welcher zwei mir bekannte Ärzte Dienst taten. Ein praktischer Arzt namens **Wiese** oder **Wieser** machte hin und wieder auch Hausbesuche. Dann gab es noch die Chirurgin Dr. **Ursula Breuer**, die im gleichen Haus wie ich – Schrötterstraße 41 – wohnte. Im Garten dieses Hauses haben wir drei Verstorbene begraben. Es handelte sich um einen Lehrer der Mittelschule vom Löbenicht namens **Timm** und den Betriebsmaler im Krankenhaus der Barmherzigkeit, **Oskar Wender**. Der dritte hier Bestattete war unbekannt. Ich erinnere mich auch an einen Apotheker **Gauer**, über dessen Verbleib ich leider nichts weiß“. Soweit die Informationen von Herrn Frank, die durch die angegebenen Namen vielleicht für manche Leser wichtig sind.

Für sein sehr ausführliches Schreiben muss ich Herrn Werner Nagel besonders danken, weil er die Kopien der verschiedenen, oft in kaum leserlicher Schrift gehaltenen Originalberichte mit maschinell geschriebenen „Übersetzungen“ versehen hat, das erleichterte mir die Übersicht. Er hatte sie für die Biografie seiner Mutter verwendet, die er nach deren Tod für seine Kinder und Enkel erstellte. In dieses Lebensbild brachte er auch die eigenen Erlebnisse in Ostpreußen und Pommern mit ein, wenn die auch nicht so furchtbar waren wie die in den Berichten geschilderten. Werner Nagel befand sich vom 1. Februar 1945 bis 28. September 1947 auch im Osten, zuerst auf der Flucht, wurde Anfang März in Pommern von den Russen gefangen genommen, einige Wochen später als zu den Kranken zählend in Soldau aussortiert, nach Graudenz gebracht und nach kurzer Haft im Mai „heimgeschickt“ – ohne Papiere! Die hatte man ihm in Graudenz abgenommen – auf Nimmerwiedersehen. Denn alle Bemühungen, wenigstens an die persönlichen Unterlagen heranzukommen, scheiterten bis jetzt, obgleich Moskau ja inzwischen die Archive geöffnet hat. Eine Anfrage über die Ostpreußische Familie erbrachte immerhin den konkreten Hinweis auf den Ort in Pommern, an dem Werner Nagel in Gefangenschaft geriet.



Bild: privat

Von der Königsberghilfe Bonn gestifteter Gedenkstein in Königsberg

„Heimgeschickt“ also – wohin? Mit einigen ebenfalls entlassenen Landsleuten kam er nach Pr. Holland und geriet dort unter die Fittiche der „Polnischen Verwaltung“. Was er da erlebte, beschreibt Herr Nagel so:

„In Pr. Holland befand sich im Mai 1945 das dortige Johanniter-Krankenhaus unter russischer Kommandantur mit Ärzten besetzt in Betrieb. Ein niederländischer Arzt, der sich unter den Medizinern befand, sollte der Leiter der Gruppe sein. Er hat mich aus dem GPU/MDW-Keller erlöst, in den ich auf eine ganz eigenartige Weise gelangt war. Auch war mir bekannt geworden, dass unter den dort tätigen Ärzten der Chefarzt der Königsberger Kinderklinik sein sollte. Das konnte nur Professor **Bamberger**, der – das wusste ich aus meiner Tätigkeit als Gutsrendant in Kallen bei **Oskar Freiherr v. d. Goltz** – 1944 in Compehnen bei **Gert** und **Ursula** v. d. Goltz war, als deren Tochter **Adele** sich durch einen Sturz vom Pferd erhebliche Verletzungen zugezogen hatte. Die persönliche Bekanntschaft ergab sich nun auf ganz einfache Art:

Die zu behandelnden Patienten wurden in einem großen Raum jeweils von einem Arzt in einer Ecke behandelt. Als der niederländische Arzt meine aufgebrochene OP-Narbe an der Hüfte versorgte, fragte er mich nach meiner Herkunft. So konnte ich auch von Kallen und Compehnen berichten, worauf Professor Bamberger sofort zu mir kam und wir uns lange unterhielten. Er wollte auch wissen, ob ich etwas über den Verbleib der Compehner sagen konnte. Nicht lange nach diesem Gespräch sind er und noch eine Ärztin nach Westen gegangen. 1946 war dann bereits ein polnischer Arzt Leiter des Johanniter-Krankenhauses in Pr. Holland-Paslek. Über den Verbleib von Prof. Bamberger weiß ich nichts, konnte auch später der Compehner Baronin, mit der ich ständig in Verbindung blieb, nichts sagen. Auf ihrer Beerdigung in Aumühle im August 2003 gab ich ihr das letzte Geleit und warf ‚eine Hand voll Compehner Sand‘ in die Gruft.“

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Soviel die persönlichen Erinnerungen von Herrn Nagel, die er ebenfalls als Ergänzung zu den bisherigen Berichten über die medizinische Versorgung der im Nachkriegsostpreußen verbliebenen Menschen sieht. Das ist sie auch, und wir danken ihm dafür. Und auch für die Übersendung des Berichtes der Herren Hill und Zimmermann, den ich als längeren Beitrag vorgesehen habe, und weiterer, in den ersten Nachkriegsjahren gemachter Aussagen wie den bereits erwähnten Bericht des Arbeiters Hermann Matzkowski, in den ich unsern Lesern hier einen Einblick vermitteln will. Er ist vor allem so aufschlussreich, weil er als ehemaliger Kommunist schonungslos die Grausamkeiten der Sowjets aufzeichnet, die er in dem ersten Jahr nach der Eroberung Königsbergs durch die Russen erleben musste. Als Augenzeuge, denn er war einer der zwölf Bezirksbürgermeister von Königsberg.

Hermann Matzkowski, *5. November 1899 in Kreuzberg, Sägewerksarbeiter bei der Firma **Richard Anders** in Königsberg, wurde im Oktober 1942 wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte gesagt, dass – wenn die Russen kämen – sie alle Nazis totschlagen würden. Er kam in das Gefängnis Rhein, das im Januar 1945 vor dem Russeneinfall aufgelöst wurde. Nach Königsberg entlassen, arbeitete er zunächst noch in der alten Firma, wurde dann zum Volkssturm einberufen, wegen Wehrunfähigkeit aber bald entlassen. Als die Russen am 7. April 1945 Ponarth einnahmen, wo er mit seiner Familie wohnte, wurde er zuerst mit der gesamten Zivilbevölkerung nach Löwenhagen transportiert, dann aufgrund seiner von den Nationalsozialisten verhängten Gefängnisstrafe entlassen, kehrte nach Ponarth zurück und wurde dort nach Meldung bei der Kommandantur sofort als Bezirksbürgermeister eingesetzt. Er berichtet:

„Nach der Einnahme der Stadt wurden die Angehörigen der Partei und Personen, die dem System nahe gestanden hatten, verhaftet und in Lagern in Metgethen, Labiau und Insterburg festgesetzt. Im Mai starben und verschwanden dort infolge Typhus und Genickschuss mehr als 1500 Mann. Am 20. Juni mussten wir, die zwölf Bürgermeister, als Zeugen einer Massenhinrichtung von über 1000 Menschen auf dem Erich-Koch-Platz in Königsberg beiwohnen, die durch Fallbeil vorgenommen wurden. Nur zwei Mann wurden im letzten Augenblick zu zehn Jahren Zwangsarbeit begnadigt, darunter der Prokurist meiner ehemaligen Firma Anders. Der Kreisleiter von Königsberg, **Wagner**, Obersturmführer **Ohlhorst**, Gauleiterstellvertreter **Großherr**, Obersturmführer **Paulat**, fast alle Ortsgruppenführer, wurden durch Hängen hingerichtet.“

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Hermann Matzkowski berichtet weiter über die katastrophale Ernährungslage, über das Massensterben der Bevölkerung durch Hungertyphus – „die Pest“ genannt –, die täglich 300 Opfer forderte. „Die noch gehen können, holen sich Pferdefleisch aus dem Pferdelazarett. Dieses ist wegen der Willkür und Grausamkeit der Russen mit großen Gefahren verbunden. Von den Frauen kommt nur die Hälfte zurück, während andere vergewaltigt und ermordet werden. Ich selbst habe das mit angesehen! Die Pfarrer **Beckmann** und **Müller**, beide wegen Antinazibetätigung früher bestraft, haben von der Kommandantur die Genehmigung erbeten, Kartoffelschalen aus der russischen Küche einzusammeln, sie werden in kleinen Mengen an die Bevölkerung ausgegeben. Kinder unter vier Jahren und alte Leute gibt es in Königsberg nicht. Infolge des großen Sterbens beträgt die Einwohnerzahl nur noch 32000. Von der Richtigkeit dieser Zahlen habe ich mich überzeugen können, da ich als Bürgermeister die Brotkarten ausgeben musste. Am Tag der Roten Armee im November erhielten die Soldaten das Recht der vollkommenen Willkür. Die Männer wurden verprügelt, die meisten Frauen vergewaltigt, so auch eine 71 Jahre alte Mutter, die danach verstarb. Weihnachten wurden die meisten Arbeiter eingesperrt, auch die Bürgermeister“. Obgleich diese ja gewisse Privilegien hatten wie den Eigenanbau von Gemüse und Kartoffeln und 360 Rubel Monatslohn, während selbst ein Arbeiter einen Rubel für 100 Gramm Brot nicht aufbringen konnte, weil er selbst den zugesagten Tageslohn von vier Rubel nicht ausgezahlt bekam. In den ersten Januarwochen 1946 gab es überhaupt kein Brot. Bei einem Besuch Matzkowskis in einem Kinderheim bat ihn Pfarrer Müller, der mit seinem Amtskollegen Beckmann die Hungerkinder betreute, von den Zuständen zu berichten, wenn seine geplante Ausreise gelingen sollte. Das hat Hermann Matzkowski auch getan, als es ihm endlich gelang, Königsberg zu verlassen. Mit Hilfe eines Eisenbahners, der ihn bis Allenstein mitnahm, wo er von den Polen völlig ausgeplündert wurde, und dann auf den Puffern stehend bis Berlin. Noch ganz unter dem Eindruck des Erlebten verfasste er am 5. Mai 1946 seinen Bericht, den er als eine Art Menetekel ansieht, wie aus seinen Schlussworten ersichtlich ist: „Diese Angaben, der vollen Wahrheit entsprechend, mache ich aus eigenem Antrieb. Ohne hierzu veranlasst zu sein, da ich der Meinung bin, dass wenigstens etwas von den Qualen und dem Leid, das die Bevölkerung im Osten erduldet, an die Öffentlichkeit dringen muss.“ Damals verhallten sie ungehört. Aber sie blieben bewahrt durch diejenigen, die das gleiche Schicksal erlitten, durch deren Kinder und Enkel. Durch uns!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Kampagne für Zweisprachigkeit

Das „Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit“ (HDPZ), ein Verein in Oberschlesien, der unter anderem von Vertretern der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen getragen wird, führt eine Informationskampagne über die Vorzüge der Zweisprachigkeit durch. Zur kritischen Beurteilung der bisherigen Arbeit hat das HDPZ einen Programmbeirat ins Leben gerufen. Dessen 13 Mitglieder aus Politik und Wissenschaft trafen sich nun in Dembiohammer (Dębska Kuźnia) in der oberschlesischen Gemeinde Chronstau (Chrząstowice) im Landkreis Oppeln (Opolski). Zu den hier diskutierten Vorschlägen gehörte auch eine Internetplattform in Deutsch. Die Informationskampagne des HDPZ wie auch die damit im Zusammenhang stehenden Projekte zur Stärkung der Zweisprachigkeit in Oberschlesien werden vom Bundesinnenministerium mit sogenannten Frischmitteln gefördert. *M.R.*

Besitz ist kein Privileg, sondern Verpflichtung

Über die teilweise Rückkehr des böhmischen Adels nach Vertreibung und Enteignung

Der Adel war in der Habsburger Monarchie über Jahrhunderte die dominierende Gesellschaftsschicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg aber wurden von Polen bis hinunter nach Ungarn fast alle großen Adelsgeschlechter enteignet, wurden drangsaliert und oft genug als Klassenfeinde par exzellence inhaftiert, gefoltert oder aus dem Land gejagt, obwohl sich die meisten Familien loyal zu ihrem Staat, also zu Polen, zu Ungarn und besonders zur Tschechoslowakei verhalten hatten.

Inzwischen konnten zahlreiche Familien zurückkehren und haben Ländereien und Schlösser zurückerhalten. Für die Tschechische Republik hat der Prager Journalist Vladimir Votypka mehrfach darüber informiert; in dem jetzt bei Böhlau erschienenen Band stellt er das Schicksal von 14 Geschlechtern im Auf und Ab des 20. Jahrhunderts vor; durch seine anteilnehmende Erzählweise und durch viele persönliche Gespräche mit den Betroffenen ist er ebenso anregend wie bewegend.

Teilweise sind es berühmte Familien, die in ganz Europa einen guten Klang hatten und noch haben, – etwa die Schwarzenbergs, die Dobrezenskys, die Familien Troskov, das berühmte Geschlecht der Coudenhove-Kalergi, der Czernins und die Familie Lobkowicz. Teilweise lassen sich die Geschlechter bis in das 12. Jahrhundert zurückverfolgen, manche stammten aus den böhmischen Landen, andere kamen aus Italien (die Belcredis), aus der Ukraine (die Razumovskys) oder aus Brabant (Coudenhove-Kalergi). In der Treue zu Habsburg kamen sie zu Ruhm und Ehre. Und zu großem Besitz. Besitz, so einer der hier Porträtierten, „ist kein Privileg, sondern Verpflichtung“. Danach handelten sie. Sie bauten Schlösser und Landhäuser, kultivierten öde Regionen, führten neue Landtechniken ein oder machten sich als Staatsmänner, Militärs und Wissenschaftler – einige auch als Nationalisten für die tschechische Sache – einen Namen.

Schon nach 1918 wurde das Leben des böhmischen Adels schwieriger, die junge Republik stand ihnen reserviert gegenüber (nicht umgekehrt). Eine wahre Schreckenszeit brach dann nach dem Zweiten Weltkrieg herein, besonders als 1948 die Kommunisten die Macht erobert hatten. Fast alle wurden enteignet, von Schloss und Hof gejagt und lebten, sofern sie nicht unter Lebensgefahr in den Westen flüchteten, jahrzehntelang unter primitivsten Verhältnissen. Es hagelte Gefängnisstrafen und Zwangsarbeit. Der Autor lässt fast alle Porträtierten, die entweder die Schrecknisse selbst noch erlebt haben oder von den Eltern her kannten, zu Wort kommen. Es ist eine bedrückende Leidensgeschichte wie auch eine beispielhafte Schilderung, was Anteilnahme und Solidarität untereinander zu leisten vermögen.

Unter großen Mühen wurden die seit 1992 nach und nach restituierten Schlösser renoviert. Allerdings sind viele Familienangehörige inzwischen in aller Welt sesshaft geworden, so dass offen bleiben muss, wie es auf den Besitzungen weitergeht. Immerhin, Wiedergutmachung ist geleistet worden, ein Beweis, dass Rechtsstaatlichkeit in die junge tschechische Demokratie zurückgekehrt ist.

Der Autor ruft ein fast vergessenes Kapitel mitteleuropäischer Geschichte wieder in Erinnerung. Manchen Leser würden wohl ausführlichere historische Rückblicke mehr interessieren als manche Momentaufnahme. Nur in den Kapiteln zu den Czernins, zu den Troskovs (verwandt mit den Thurn- und Taxis in Regensburg und wie diese „Postmeister“ in der Habsburger Monarchie), zu den Coudenhove-Kalergis (einer von ihnen gründete 1923 die Paneuropa-Bewegung) und zu den Rasumovskys wird dieser Wunsch erfüllt; das ist ein bisschen schade. Erstaunlich, dass in diesem nobel auf Hochglanzpapier gedruckten Buch eine Landkarte fehlt. So kommen die vielen Namen von Schlössern und Ortschaften dem unkundigen Leser wie die sprichwörtlichen „böhmischen Dörfer“ vor. *D. Klose*

***Vladimir Votypka: „Rückkehr des böhmischen Adels“**, Böhlau, Weimar 2010, 412 Seiten, 35 Euro*

Wir gratulieren …

ZUM 104. GEBURTSTAG

Reuter, Martha, geb. **Weinreich**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, jetzt Im Bruch 2, 45731 Waltrop, am 24. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Wedtke, Frieda Maria geb. **Klein**, aus Königsberg-Ponarth und Perwilten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hafenstraße 13a, bei Klein, 22880 Wedel, am 24. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hoyer, Erich, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Friedrichshöher Straße 5, 31737 Rinteln, am 19. Oktober

Monitz, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Berliner Straße 48, 25451 Quickborn, am 18. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Czwikkla, Erika, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Bodelschwinghstraße 27, 76829 Landau, am 18. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Buxa, Gertrud, geb. **Sdunkowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 19, 49497 Mettingen, am 18. Oktober

Zimmermann, Margarete, geb. **Gutowski**, aus Klöwen, Kreis Treuburg, jetzt Vogelweide 46, 22081 Hamburg, am 18. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bahlmann, Dorothea, geb. **Nosek**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, jetzt Mönchgraben 3, 18586 Baabe auf Rügen, am 18. Oktober

Borkowski, Minna, geb. **Hurtig**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Birkenstraße 15, 84051 Essenbach, am 23. Oktober

Gribel, Arthur-F., früher **Grzibinski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt 35178 Moravian Dr., Sterling Hts. 48312-4405, USA, am 23. Oktober

Milewski, Richard, aus Treuburg, Markt 18/19, jetzt Lahnstraße 6, 53332 Bornheim, am 20. Oktober

Rudolf, Helene, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Goeterstraße 30, 41747 Viersen, am 22. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Spielmann, Edith, geb. **Spielmann**, aus Plauen, Dettmitten, Kreis Wehlau, jetzt Heuweg 31c, 91560 Heilsbronn, am 20. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartschat, Fritz, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Blumenstraße 13, 45476 Mülheim an der Ruhr, am 19. Oktober

Hoppe, Gerda, geb. **Hoppe**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Dornbreite 5, 23556 Lübeck, am 16. Oktober

Wiedenhöft, Frieda, geb. **Strauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, jetzt Langenackerstraße 30, 50389 Wesseling, am 23. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fiedler, Walther, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Klaus-Groth-Straße 12, 23936 Grevesmühlen, am 19. Oktober

Hiller, Liesbeth, geb. **Jeglinski**, verw. **Tepke**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Waldstraße 44, 37574 Einbeck, am 19. Oktober

Jeske, Wilhelm, aus Stobingen, Colm, Kreis Wehlau, jetzt Lechnitzer Weg 1, 45701 Herten, am 20. Oktober

Kaiser, Hans-Joachim, aus Schlesein, jetzt Mergelteichstraße 31, 44225 Dortmund, am 19. Oktober

Karrasch, Kurt, aus Lyck, Blücherstraße 2, jetzt Lessingstraße 2b, 26131 Oldenburg, am 21. Oktober

Mergner, Fritz, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, jetzt Valentinusberg 9, 97816 Lohr, am 20. Oktober

Nagaitschik, Rudolf, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Siedlung 21A, 38300 Wolfenbüttel, am 22. Oktober

Plewa, Edith, geb. **Weiß**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Wüllener Straße 74, 48691 Vreden, am 19. Oktober

Schwarzin, Hildegard, aus Lyck, jetzt Rather Broich 155, 40472 Düsseldorf, am 20. Oktober

Sneikus, Walter, aus Ribben, Kreis Ebenrode, jetzt Neunkirchener Weg 21, 91233 Neunkirchen, am 22. Oktober

Sowa, Otto, aus Jesken, Kreis Treuburg, jetzt Schultwete 3, 38173 Sickte-Hötzum, am 24. Oktober

Wrobel, Helmut, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt Tannenweg 13B, 50374 Erftstadt, am 20. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arnold-Gitt, Hildgard, geb. **Gitt**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Ellwanger Straße 11b, 12247 Berlin, am 23. Oktober

Bednarek, Edith, geb. **Minuth**, aus Köthen, Kreis Wehlau, jetzt Falkstraße 37, 44809 Bochum, am 15. Oktober

Dahlke, Magdalene, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Klippe 50, 42389 Wuppertal, am 21. Oktober

Gehlen, Helene, geb. **Wagner**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Zollstraße 8, 54616 Winterspelt, am 18. Oktober

Grehm, Hildegard, geb. **Meyer**, aus Gr. Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt An der Mühle 17, 23948 Klütz, am 8. Oktober

Hertel, Erika, geb. **Thurau**, aus Heiligenbeil, Wilhelm Straße 1, jetzt Berckmüller Straße 13, 76131 Karlsruhe, am 21. Oktober

Holweck, Irmgard, aus Königsberg, jetzt Parkstraße 6, 28209 Bremen, am 24. Oktober

Kock, Elsbeth, geb. **Kinski**, aus Lyck, jetzt Kölner Straße 59, 40211 Düsseldorf, am 24. Oktober

Kretschmann, Walter, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Oldentorp 20A, 29320 Hermannsburg, am 21. Oktober

Manko, Alfred, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Germanenweg 12, 22455 Hamburg, am 18. Oktober

Mohr, Georg, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Neubauhof 10, 17159 Dargun, am 17. Oktober

Neumann, Horst, aus Gnottau, Ortsteil Paplacken, Kreis Insterburg, jetzt Wendenring 14, 38114 Braunschweig

Nissen, Theodorra, geb. **Gehring**, aus Ortelsburg, jetzt Schottelstraße 17, 47877 Willich, am 18. Oktober

Oertel, Frieda, geb. **Boettcher**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Wiesengrund 16B, 25524 Heiligenstedten, am 22. Oktober

Olschewski, Irmgard, aus Trossen, Kreis Lötzen, jetzt Hengtekamp 44, 48653 Coesfeld, am 20. Oktober

Schweins, Gertraud, geb. **Bürgel**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, jetzt Haferkamp 5, 45475 Mülheim, am 18. Oktober

Völz, Luise, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, jetzt Martin-Luther-Straße 54, 10779 Berlin, am 21. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blank, Gertrud, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Fliederweg 2, 68542 Heddesheim, am 19. Oktober

Dose, Edith, geb. **Manke**, aus Freihausen, Kreis Lötzen, jetzt Neukircher Weg 9, 18246 Jürgenshagen, am 23. Oktober

Drost, Werner, aus Sargensee, Kreis Treuburg, jetzt Stieglitzweg 17, 21629 Neu Wulmstorf, am 24. Oktober

Eberhardt, Ursula, geb. **Rambock**, aus Wehlau, jetzt Lutherstraße 63, 06110 Halle/Saale, am 13. Oktober

Herbers, Erika, aus Herrnbach, Kreis Lyck, jetzt Landeggerstraße 14, 49733 Haren, am 20. Oktober

Herzmann, Paul, aus Ebenrode, jetzt Schieffenallee 2, 24105 Kiel, am 22. Oktober

Jamm, Dorothea, geb. **König**, aus Königsberg, Mozartstraße 37, und Beethovenstraße 38, jetzt Elbingweg 9, 59494 Soest, am 14. Oktober

Kaminski, Annemarie, geb. **Melzer**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Imbuschweg 65, 45327 Essen, am 24. Oktober

Nierstenhöfer, Ruth, geb. **Düputell**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Alter Kirchweg 18a, 21217 Seevetal, am 22. Oktober

Rohman, Hans, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Händelstraße 30, 38440 Wolfsburg, am 2. Oktober

Sambraus, Liselotte, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, jetzt Friedrich-Bebensee-Straße 6, 23669 Timmendorfer Strand, am 16. Oktober

Schaefer, Irma, geb. **Barsties**, aus Memelwalde, (Neu Lubönen), Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Boisheimer Straße 146, 41751 Viersen, am 21. Oktober

Schäfer, Mathilde, geb. **Trautmann**, aus Heiligenbeil, Bauriedl Weg 6, jetzt Eifelstraße 44, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, am 21. Oktober

Schulz, Christel, aus Hasselpusch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Badergasse 14, 06456 Sandersleben, am 5. Oktober

Seutter, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Solitudenstraße 324b, 70499 Stuttgart, am 13. Oktober

Sollmann, Horst, aus Lyck, jetzt Am Jahrplatz 6/I, 25566 Lägerdorf, am 23. Oktober

Templin, Hilde, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Hüllenweg 83, 50321 Brühl-Pringsdorf, am 21. Oktober

Thiel, Liselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Ostpreußenweg 19, 33689 Bielefeld, am 18. Oktober

Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, jetzt Greifswalder Straße 1, 56075 Koblenz, am 19. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Benischke, Annemarie, geb. **Sostak**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Pfeifers Garten 12, 30900 Wedemark, am 20. Oktober

Bialluch, Reinhard, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 1, 65760 Eschborn, am 22. Oktober

Brzoska, Lotte, geb. **Taday**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Uhlenfeld 14, 59075 Hamm, am 23. Oktober

Bürge, Gertrud, geb. **Brassat**, aus Angerapp, jetzt Langemarckstraße 175, 28199 Bremen, am 18. Oktober

Czwella, Kurt, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, jetzt Potsdamer Straße 33, 40822 Mettmann, am 20. Oktober

Dohmann, Käthe, geb. **Jakubzik**, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Winfriedweg 16, 47807 Krefeld, am 23. Oktober

Donde, Eva, aus Tapiau, Schlageterstraße, Kreis Wehlau, jetzt Friedensring 14, 19243 Wittenburg, am 13. Oktober

Fröhlich, Ernst, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Marienburger Straße 10, 86179 Augsburg, am 20. Oktober

Gehlhaar, Charlotte, geb. **Teschner**, aus Ebenrode und Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Im Winkel 4, 79415 Hertingen, am 19. Oktober

Jablonowski, Gerhard von, aus Neidenburg, jetzt Dollahnerstraße 32, 18609 Binz-Rügen, am 19. Oktober

Janneck, Eva, geb. **Platz**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Eichdorffstraße 1, 46359 Heiden, am 22. Oktober

Klein, Arno, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Scharbeutzer Straße 6, 22147 Hamburg, am 21. Oktober

Kurschat, Susanne, geb. **Arendt**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Walter-Helmes-Weg 8, 71229 Leonberg, am 21. Oktober

Misch, Anneliese, geb. **Huck**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Martin-Niemöller-Straße 5, 07747 Jena, Ortsteil Lobeda, am 24. Oktober

Müller-Blech, Elfriede, geb. **Mindt**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Oberlandstraße 98, 98724 Lauscha, am 21. Oktober

Petzelies, Edith, aus Ebenrode, jetzt Waffenstraße 31, 76829 Landau, am 20. Oktober

Pfeiffer, Elisabeth, geb. **Grigo**, aus Lötzen, jetzt Hummelsholz 95, 78056 Villingen-Schwenningen, am 23. Oktober

Premmnitz, Ilse, geb. **Bolz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Graal-Müritzer Straße 21, 18146 Rostock, am 21. Oktober

Rehagel, Helga, geb. **Pieper**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 25, 24793 Brammer, am 11. Oktober

Reis, Erika, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Schneverdinger Weg 3, 21079 Hamburg, am 22. Oktober

Sawinski, Edith, geb. **Jotzo**, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Hans-Böckler-Straße 5, 58769 Nachrodt-Wiblingwerde, am 24. Oktober

Schäfer, Elfriede, geb. **Poel**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, jetzt Carl-von-Osssietzky-Straße 12, 51377 Leverkusen, am 20. Oktober

Schwamborn, Betty, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Peisel 6, 53797 Lohmar, am 19. Oktober

Tamm, Walter, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Pirminiusstraße 23, 66907 Glan-Münchweiler, am 24. Oktober

Telgmann, Elisabeth, aus Bremen, jetzt Baumhauser Weg 36, 28279 Bremen, am 21. Oktober

Wirobski, Erika, geb. **Bertsch**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Hammkamp 1, 45768 Marl, am 20. Oktober

Wollschläger, Hannelore, geb. **Wehnau**, aus Ebenrode, jetzt Olper Straße 155, 51491 Overath, am 24. Oktober

Tagung

Schwäbisch Gmünd – Die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende“ findet vom 25. bis 29. Oktober im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, 73527 Schwäbisch Gmünd, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsidentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i.R. Hans-Georg Meinhof sowie der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *PAZ*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 15. Oktober, 20.15 Uhr, Hessen: Schienenkreuzfahrt durch Masuren.

Freitag, 15. Oktober, 22.35 Uhr, Arte: Die Chinesen in Afrika.

Sonnabend, 16. Oktober, 20.15 Uhr, Vox: Amok – Anatomie des Unfassbaren.

Sonnabend, 16. Oktober, 21.05 Uhr, Arte: Die großen Schlachten – 1631: Das Massaker von Magdeburg.

Sonntag, 17. Oktober, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 17. Oktober, 20.15 Uhr, MDR: Karl Liebknecht – Der Märtyrer der Revolution. War er Kämpfer für eine bessere Welt oder gefährlicher Linksextremer?

Montag, 18. Oktober, 23.15 Uhr, WDR: Schatten über dem Kongo – 125 Jahre Ausplünderung durch Belgien.

Dienstag, 19. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Rennschlachten.

Dienstag, 19. Oktober, 21 Uhr, Phoenix: Hitlers Manager.

Mittwoch, 20. Oktober, 21 Uhr, 3sat: Die Afghanistan-Lüge.

Mittwoch, 20. Oktober, 22.05 Uhr, N24: Auf Leben und Tod – Die Schlacht im la Drang-Tal.

Donnerstag, 21. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Taxi zur Hölle. 2002 wird Taxifahrer Dilawar in Afghanistan als angeblicher Terrorist verhaftet und landet im Bagram-Gefängnis.

Donnerstag, 21. Oktober, 23.15 Uhr, WDR: Die Schatten der 7. Kavallerie – Mythos und Wahrheit des berühmten US-Reiterregiments.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Fachtagung

Bad Pyrmont – Eine staats- und völkerrechtliche Fachtagung zum Thema: „Eigentumsrecht und Enteignungsrecht – Analysen und Beiträge zur Vergangenheitsbewältigung“ findet am 25. und 26. Oktober im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Veranstalter ist die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen der Landsmannschaft Ostpreußen in Verbindung mit der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht. Der Referent Prof. Dr. Andrzej Wróbel, Richter am Obersten Gericht in Warschau, wird zum Thema: „Wiedergutmachung durch Restitution im deutsch-polnischen Verhältnis“ einen Vortrag halten.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte unter (040) 4140080.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft – Das diesjährige Kreistreffen im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf begann wie gewohnt am Freitagnachmittag. Ab 14 Uhr konnte man sich anmelden und ab 16 Uhr wurden die ersten Filme und Fotos von Heimatreisen im Agnes-Miegel-Saal gezeigt. Zeitgleich fand eine Delegiertenversammlung statt, in der unter anderem folgendes beschlossen wurde: Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die zur Aufgabe hat, junge Leute für Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft zu begeistern. Außerdem werden wieder Geburtstagsgrüße im *Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung* erscheinen, wer dies nicht möchte, kann eine kurze Mitteilung an Herrn Lundszien, der die Heimatkreisdatei betreut, schicken. Am Sonnabend trafen nach und nach alle Teilnehmer des Kreistreffens ein, so dass Kreisvertreter Manfred Romeike um 14 Uhr bei der offiziellen Eröffnung der Mitgliederversammlung 140 Teilnehmer begrüßen konnte. Nach Begrüßung und Totenehrung folgte eine kurze Zusammenfassung über die bisherigen Aktivitäten in diesem Jahr, so zum Beispiel über die Verteilung der Bruderhilfe und Aktivitäten im Heimatmuseum und der Kirchen von Heinrichswalde. Nach Grußworten der stellvertretenden Landrätin des Kreises Schaumburg, Frau Harmann-Grolm, ergriff Manfred Grusdt das Wort. Der Versammlungsleiter und Vorsitzende der Delegiertenversammlung gab einen kurzen Bericht über die Delegiertenversammlung am Vortag. Anschließend informierten die Kirchspielvertreter von Groß Friedrichsdorf, Irmgard Fürstenberg, und für Rauterskirch, Peter Westphal, über Aktuelles aus ihren Kirchspielen. Beide planen für das kommende Jahr wieder Reisen in die Heimat.

Ein Höhepunkt des Nachmittages waren die anschließenden Ehrungen: Siegfried Dietrich, Kirchspielvertreter für Weidenau, und Ruth Rehn, Betreuerin der Heimatkreisgruppe Elchniederung in Hamburg, erhielten das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen für ihre langjährige engagierte Mitarbeit. Ebenso mit dem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet wurde Erich Sperber, der als Tischler viele Jahre lang ehrenamtlich in Hilfsprojekten in der Elchniederung mitgearbeitet hat. Durch den Tod von Günter Bartel musste die Stelle des Kirchspielvertreters von Neukirch neu besetzt werden. Hier hatte sich Siegfried Dietrich bereit erklärt, diese zusätzlich zu Weidenau zu übernehmen. Er wurde einstimmig gewählt. Nach dem von Frau Fürstenberg gesungenem Lied, blieb noch viel Zeit zum Plachandern, beisammen zu sitzen oder sich Fotos und Filme, vorgestellt von Wolfgang Nienke, anzuschauen. Auch der Umgang mit dem elektronischen Bildarchiv wurde erklärt. Der Abend klang bei Musik und Tanz aus. Am nächsten Morgen bestand noch die Möglichkeit, in Steinhude am Erntedank-Gottesdienst der evangelischen Kirche teilzunehmen. Man ging auseinander mit dem Vorsatz, sich im kommenden Jahr wiederzutreffen: Dann schon vom 16–18. September 2011.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. komm. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (0481) 84224 Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Herbstseminar der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – „Von den Prußen bis in unsere Tage – Schlaglichter der Geschichte Ostpreußens“ vom 19. Bis 21. November im Ostheim Bad Pyrmont. GEschichtsseminar für Mitarbeiter und Interessenten. Dieses Seminar soll unseren Mitarbeitern und Interessenten wichtige geschichtliche Grundlagen für die Heimatarbeit und ein besseres Verstehen der Geschichte Ostpreußens geben. Das Programm sieht wie folgt aus: Freitag, 19. November: bis 17.30 Uhr Anreise, 18 Uhr Gemeinsames Abendessen, 19 Uhr Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer, 20 Uhr Vortrag „Mythos Ostpreußen“ (Dr. Menno Aden), 21.30 Uhr Ende des ersten Tages. Sonnabend, 20. November: 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr „Die Prußen“ (Hr. Grunenberg), 10.15 Uhr Getränkepause, 10.30 Uhr „Die deutsche Wiedervereinigung und die Heimatvertriebenen – eine vergebene Chance!“ (Dr. Mrotzek), 12 Uhr Mittagessen, 14 Uhr „Vom Ordensland ins Kaiserreich“ Geschichtlicher Überblick (Dr. Ruoff), 15.30 Uhr Kaffeepause, 16 Uhr „Die Landsmannschaft Ostpreußen und ihre Arbeit“ (Peter Wenzel), 16.30 Uhr

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 27. Oktober, 18 Uhr, großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag von der Historikerin Karin Feuerstein-Praßer: „Königin Luise von Preußen 1776–1810, Stationen eines allzu kurzen Lebens“. Um 17 Uhr, Haus der Heimat, Bibliothek, 4. OG, besteht die Möglichkeit, die Ausstellung „Luise von Preußen – eine Königin auf der Flucht vor Napoleon“ unter fachkundiger Führung zu besuchen. Keine der preußischen Königinnen war beim Volk so beliebt wie Luise von Mecklenburg-Strelitz, Gemahlin Friedrich Wilhelms III. Nach dem frühen Tod der Mutter wuchs sie bei der Darmstädter Großmutter in heiterer, fast bürgerlicher Atmosphäre auf, ganz ohne die Zwänge höfischer Etikette. Folglich brachte sie viel „frischen Wind“ an den steifen Hohenzollernhof, ließ aber auch das eine oder andere „Fettnäpfchen“ nicht aus. Zunächst widmete sich Luise ganz ihrer Aufgabe als Ehefrau und Mutter. Sie brachte zehn Kinder zur Welt, von denen sieben das Erwachsenenalter erreichten, darunter der spätere Kaiser Wilhelm I. Die weitgehend unbeschwerte Zeit endete jäh mit dem Krieg Preußens gegen Napoleon. Luise musste mit ihrer Familie aus Berlin fliehen und konnte – nach Stationen in Memel, Tilsit und Königsberg – erst drei Jahre später an die Spree zurückkehren. Die Kriegsjahre, die Strapazen der Flucht und die vielen Schwangerschaften hatten ihre ohnehin schon labile Gesundheit weiter untergraben. Auch ihre frühere Lebensfreude kehrte nicht wieder zurück. Mit nur 34 Jahren starb Königin Luise am 19. Juli 1810 an den Folgen einer Lungenentzündung, betrauert von ihrer Familie und ganz Preußen.

Buchen – Sonnabend, 16. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest mit Grütz-wurstessen und Tombola in der Pfarrscheuer (neben der Kirche), Buchen-Hainstadt. Edda Werne trägt die wunderschöne Geschichte vom „träumenden Delphin“ mit Bilduntermalung vor.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. Oktober, 15 Uhr, Herbstfest der Gruppe im „Krauthof“, Beihinger Straße 27.

Metzingen – Erinnerungen an die geliebte Heimat. Grützwurstessen bei den Ostpreußen, Westpreußen und Pommern. Seit über 60 Jahren gehört das Grützwurstessen zum festen Programm bei der Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Pommern. Ein wichtiges Treffen, das die Tradition hochhält. Heinz Scheffler, Vorstand der Gruppe, erinnerte bei seiner Begrüßung an das fröhliche Fest in der Heimat zum Erntedank, an den Erntestrauß aus Ähren der letzten Garben, an die Vorbereitungen für das gesellige Beisammensein in den Häusern. Da gab es den vom ersten Schnitter mit der Erntekrone angeführten Zug, und auf dem Hof wurde die Erntekrone dann dem Bauern übergeben. Der Bauer schenkte allen Schnaps und Likör ein. In gemütlicher Runde wurde bis in den Morgen gegessen und getanzt. Liebe geht durch den Magen, sagt man. Was man als Kind erfahren hat, bleibt in Erinnerung. Und wo man später auch lebt, die Düfte, der Geschmack der Kindheit bleiben. Was also einst durch den Magen ging, vermittelt eben auch ein Stück Heimatgefühl, gehört zu dem, was man Heimatliebe nennt. Traditionell treffen sich daher diejenigen, deren Heimat Ost- und Westpreußen sowie Pommern ist, zu einem gemeinsamen Essen, als Dank für den Erntedank verbunden ist. Natürlich kommt auf den Tisch, was auch früher zum Speiseplan gehörte. Die Tische im Café „Bohn“ waren festlich gedeckt, die Kartoffeln gekocht, das Brot geschnitten, die Grützwurst heiß gemacht. Die Truppe um den stellvertretenden Vorsitzenden Horst Sauff konnte die zahlreichen Gäste bewirten. Gekommen waren auch Landsleute aus Reutlingen, Wendlingen und Nürtingen. Beim Essen und zum Tanz brachte H. Stahl mit Akkordeon, Keyboard und Gesang gute Stimmung in den Saal. Fröhlich ging es mit dem Losverkauf weiter. Es wird alles versucht, die selbst erlebten Traditionen aus der Heimat nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Gewisse Werte müssen im Bewusstsein erhalten bleiben. Von wem denn sonst, wenn nicht von den Vertriebenen?

Stuttgart – Dienstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, kleiner Saal. Motto: „Bunt sind schon die Wälder – Herbst und Ernte zu Hause“, dazu gibt es einen kleinen Erntetisch.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenwohnanlage „Im Lindach“, Schwäbisch Hall. Elfi Domini zeigt zu Beginn einen Videofilm der letzten Fahrt (2010) nach West- und Ostpreußen. Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Für die Disposition ist eine baldmöglichste Anmeldung bei Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553, nötig.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Treffen in der „Orangerie“. Thema: „Erntedank in der Heimat“, anschließend gemütlicher Teil mit einem Tilsiter-Käse-Essen (geplant).

Bamberg – Mittwoch, 20. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade. Thema: „Deutsche Minderheiten in Osteuropa“. – Korrektur: In der Ausgabe 38 hat sich in den Nachruf für Edita Jackermeier leider ein Fehler eingeschlichen. Richtig muss es lauten: „Schon bald schloss sie sich der Landsmannschaft an, und war bis 2007 acht Jahre lang Vorsitzende der Kreisgruppe Bamberg; davor war sie viele Jahre Schriftführerin und Zweite Vorsitzende.“

Hof – Dienstag, 19. Oktober, 17 Uhr, Vorstandssitzung in der „Altdeutschen Bierstube“.

Ingolstadt – Sonntag, 17. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier im „Deutschen Kaiser“.

Landshut – Dienstag, 19. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“.

München Nord/Süd – Freitag, 22. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Weiden – Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit konnte in der Gaststätte Heimgarten zur traditionellen Erntedankfeier zahlreiche Landsleute begrüßen. Kulturwartin Renate Poweleit hatte wieder, unterstützt von einigen Helfern, einen Gabentisch mit Gemüse, Kartoffeln, Kürbissen, Hopfen und Brot hergerichtet. Der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald berichtete von den verschiedenen Bräuchen und Traditionen rund um das Erntedankfest und hielt einen Rückblick auf den Festabend zum „Tag der Heimat“. Außerdem lud er zu einer Veranstaltung des BdV-Kreisverbandes zum Thema „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 13. November, 15 Uhr, in die Max-Reger-Halle ein. Anita und Norbert Uschald spielten danach mit Flöte und Melodika Erntedanklieder und Volksweisen, die von den Gästen gesanglich begleitet wurden. Die fünfjährige Katharina Uschald, die erst vor wenigen Wochen ihren Flötenunterricht begonnen hat, gab unterstützt von ihrem Vater ein kleines Kinderlied zum Besten. Außerdem trug die Kassiererin Ingrid Uschald den Text eines Ernteliedes von Matthias Claudius vor. Es schloss sich ein gemeinsames Essen an, das allen Landsleuten schmeckte. Jeder durfte sich schließlich Gaben vom Erntedanktisch mit nach Hause nehmen. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ und guten Wünschen verabschiedete man sich bis zur nächsten Zusammenkunft am 7. November um 14.30 Uhr im Heimgarten.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 22. Oktober, 19 Uhr, gemeinsames Abendessen: Schlesische Bratwürste im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Dazu gibt es „Neue Bilder und Berichte aus der Heimat – Aktuelle Berichte des Ausfluges nach Danzig, Westpreußen und Pommern“



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesgruppe – Es war kein Stuhl mehr frei, als in der Berliner Freizeitstätte Hans-Rosenthal-Haus das beliebte Partnertreffen der Landesgruppe der Ostpreußen und der Bezirksverwaltung Berlin Steglitz-Zehlendorf stattfand. Mehr als 160 Teilnehmer waren gekommen und erlebten, wie der Landesvorsitzende Rüdiger Jakesch die Veranstaltung mit einigen launigen Worten eröffnete. Es kam schnell eine gute Stimmung auf, von der sich auch Bezirksbürgermeister Norbert Kopp, das als Vertreter des Gastgebers dabei war, überzeugen konnte. Die gründliche Vorbereitung sicherte eine reibungslose Veranstaltung. Der weibliche Teil des Vorstandes: Marianne Becker und Elfriede Fortange, hatte nicht nur dieses Treffen geplant, sondern auch bei der Ausführung kräftig mitgeholfen. Die Tische waren schön gedeckt und eine Einladung zur Kaffeetafel und zu Gesprächen, die sich mit der Heimat und den gemeinsamen Aktionen der Gruppe beschäftigten. Es gab auch die Möglichkeit, die großen Themen ins Gespräch zu bringen wie zum Beispiel die aktuelle Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen oder die in Berlin geplante Museums-Institution „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, war nach Berlin gekommen, um ein Stück Heimat vor dem Vergessen zu bewahren. Sie sprach über Brauchtum in Masuren an Hand von Beispielen. Am kalten Buffet konnte man Kräfte für die große Gesangsrunde mit ostpreußischen Volksliedern sammeln. Was für ein Chor! 160 Sänger und Sängerinnen unter der Sopranistin Olga Kazimirova gaben ihr Bestes und sangen nicht nur die Klassiker der Heimatlieder, sondern auch Berliner Schlager und populäre Operettenmelodien, und das mit großer Begeisterung. Ganz am Anfang stand das bekannt Lied „Ännchen von Tharau“. Elisabeth Müller (Schriftführerin) machte die Besucher mit den beiden Vätern des Liedes vertraut: Simon Dach (Text) und Heinrich Müller (Melodie). Was in den immer kleiner werden Gruppen kaum mehr möglich ist – im Chor zu singen –, hier wurde es wahr. Alle Teilnehmer machten mit. Sie stimmten alle mit ein.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Lötzen – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Johannisburg – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Sensburg – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Cafe Stresemann, Stresemannstr. 90, 10963 Berlin, Erntedankfest. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Pillkallen – Dienstag, 19. Oktober, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, „Erntedankfest“. Anfragen: Helga Rieck, Telefon (030) 6596822.



Stallupönen – Dienstag, 19. Oktober, 13 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12063 Berlin, „Erntedankfest“. Anfragen: Günter Kropp, Telefon (030) 3312590.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Donnerstag, 21. Oktober, 15 Uhr, Vorstellung und Lesung aus dem Buch „Mein Paradies lag in Masuren“ durch den Autoren Winfried Brandstäter im Hotel zur Post, Bahnhofsplatz. Diese Buchvorstellung ist zugleich auch die Folgeveranstaltung des „Gesprächskreises – Kinder in Flucht und Vertreibung“. Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 29. Oktober, 14.30 Uhr, 84. Stiftungsfest der Ostpreußen im „Barlachhaus“.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Freitag, 27. bis 29. Mai 2011, **Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen** in Erfurt. Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai, 7.30 Uhr, Kirchenallee (gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof); Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai; Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: Pro Person im DZ 154 Euro, EZ 194 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang beziehungsweise Besichtigung des Mariendoms mit einem Stadtführer, Abendbuffet am Anreisetag, Reiserücktrittskosten-Versicherung. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Insterburg – Mittwoch, 3. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Es gibt einen Dichter- und Videovortrag. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Sensburg – Sonntag, 10. Oktober, 15 Uhr, das Erntedankfest im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg, fällt leider aus! Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt einen Diavortrag: „Reise ins Frankenland“.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. Oktober, 12 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle). Alte ostpreußische Tradition neu aufgelegt. Dazu „Schmand-Schinken-Essen“ mit Unterhal-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

„Oder-Neiße – zur Geschichte einer Grenze“ (Christian Perbandt), 18 Uhr Abendessen, 19 Uhr Abendprogramm: Videovorführung „Ostpreußen“. Sonntag, 21. November: 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr „Der Weg in den Untergang“, 10.45 Uhr Kaffeepause, 11 Uhr Seminarkritik, 11.30 Uhr Offizielles Ende der Veranstaltung. 12 Uhr Mittagessen.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Tag der offenen Tür – Sonnabend, 16. Oktober, 10–16 Uhr, „Tag der offenen Tür“ im Lötzener Heimatmuseum, Brachenfelder Straße 23, Neumünster, (unweit vom Rathaus). Neben der ständigen Ausstellung zur Geschichte von Stadt und Kreis Lötzen in vier Räumen ist letztmalig Gelegenheit, die Sonderausstellung „Die große Flucht 1944/1945 in grafischen Bildzeugnissen ostpreußischer Künstler“ zu sehen. Ebenfalls dort um 16.15 Uhr: „Sagenreiches Ostpreußen – eine sagenhafte Reise durch die Provinz“. Dieter und Ute Eichler lesen und erzählen bekannte und fast vergessene Sagen zu ausgewählten Orten.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!






















Allenstein Stadt, Allenstein-Land, Angerapp, Angerburg, Bartenstein, Braunsberg, Ebenrode, Elchniederung, Fischhausen, Gerdauen, Goldap, Gumbinnen, Heiligenbeil, Heilsberg, Heydekrug

Wehlau, Treuburg, Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt





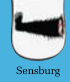



Insterburg Stadt / Land, Johannisburg, Königsberg Stadt, Königsberg Land

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

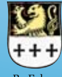
28. und 29. Mai 2011

auf dem Gelände der Messe Erfurt




















Sensburg, Schloßberg, Rößel, Rastenburg, Pr. Holland, Pr. Eylau, Osterode, Ortelsburg, Neidenburg, Mohrungen, Memel Stadt / Land, Lyck, Lötzen, Labiau

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

tungsprogramm. Anmeldungen sind unbedingt erforderlich, unter Telefon (040) 7545878.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. Oktober, jeweils ab 10 Uhr, findet die Landeskulturtagung in der Kongresshalle Gießen, Kerkrader Zimmer, statt. Untergebracht ist man im Hotel am Ludwigsplatz, Am Ludwigsplatz 8, 35390 Gießen/Lahn. Die Teilnehmerkosten betragen 100 Euro pro Person (inklusive Ü/VP), Tagesgäste 30 Euro pro Person (inklusive Mittag- und Abendessen). Nähere Information bekommt man bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm: Sonnabend: 11 Uhr, Manfrid Baaske über „Eichendorff in Ost- und Westpreußen“; 12 Uhr, Mittagspause; 13.30 Uhr, Treffen der Leiterinnen der Frauengruppen unter der Leitung von Karla Weyland; 14.45 Uhr, Prof. Dr. Joachim Buhrow über „Friedrich-Wilhelm Bessel – Astronom und Mathematiker, Königsberg“; 16 Uhr, Kaffeepause; 17 Uhr, Renate Holznagel (Vize-Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern) über „20 Jahre Mauerfall aus östlicher Sicht“; 18 Uhr, Abendbrot; 19.30 Uhr, Waltraud von Schieden-Scheffler zeigt die Kurzfilme: „Marienburg zur Zeit des Deutschen Ordens“ und „Das alte Ostpreußen“. Sonntag: 9 Uhr, Karla Weyland über „Die ‚Schucke‘ – eine tolle Knolle“; 9.45 Uhr, Dieter Leitner über „Jugendjahre von Königin Luise“; 10.45 Uhr, Gerhard Schröder über die „Abstimmung in Ostpreußen“; 11.45 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ durch den Landesvorsitzenden Dieter Strauß; 12.20 Uhr, Mittagessen und anschließend Abreise.

Darmstadt – Sonnabend, 23. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel Erntedank mit dem Weiterstädter Seniorenkreis. – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel folgt ein Diavortrag von Gerhard Schröder über die Aufstellung und Einweihung eines Gedenksteines am 20. Juni 2010 in Königsberg für die 1945 bis 1948 verstorbenen Kinder. – Vier Gäste konnte der Vorsitzende Gerd Schröder begrüßen. Er kündigte den Westpreußenkongress an und erinnerte an den 200. Geburtstag des Komponisten Otto Nicolai und wies auf weitere interessante Informationen aus dem *Ostpreußenblatt* hin. Erwin Balduhn las ein Heimatgedicht von Agnes Miegel und legte eine Gedenkminute für die Toten von Flucht und Vertreibung ein. Er kritisierte die Berichterstattung in der Lokalzeitung „Darmstädter Echo“, die zur Kranzniederlegung am „Tag der Heimat“ auf dem Waldfriedhof fälschlich berichtete: ... es sei „ein Kranz für die Vertriebenen“ niedergelegt worden. Es wurden jedoch sechs Kränze von den einzelnen Landsmannschaften in Gedenken an die Toten bei Flucht und Vertreibung am Ehrenmal aufgestellt. Dieter Leitner berichtete vom „Tag der Danziger“ in Travemünde und verlas dazu eine bemerkenswerte Grußbotschaft des Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins Carstensen. Nach weiteren interessanten Informationen, leitete Anni Oest die Geburtstagscour mit dem Gedicht „Hab’ Sonne im Herzen“ ein. Gerhard Schröder hielt dann seinen Vortrag über die Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen und erläuterte die Vorgeschichte und Hintergründe. Der Versailler Vertrag hatte auch Auswirkungen auf Ost- und Westpreußen gehabt. Die maßlosen Gebietsforderungen der Polen hatten selbst den amerikanischen Präsidenten Wilson stutzig gemacht, der ursprünglich für ein Polen eingetreten war, das nur Gebiete einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung einschließen sollte. Der polnischen Forderung nach Danzig wurde nicht stattgegeben und ein Freistaat gebildet. Polens Anspruch auf das gesamte Ostpreußen wurde zurückgewiesen. Es wurde schließlich eine Volksabstimmung unter alliierter Kontrolle angeordnet. Das Abstimmungsgebiet umfasste in Westpreußen die Kreise Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Stuhm. In Ostpreußen die Kreise Allenstein Stadt und Land, Rößel, Lötzen, Sensburg, Oletzko, Osterode, Neidenburg, Ortelsburg, Johannisburg und Lyck. Heimattreuen Ostpreußen aus dem Reich war es fast unmöglich, zu den Wahlen zu gelangen, da Polen die Reise durch den Korridor meist verweigerte. So richtete man einen Schiffsverkehr über den „Seedienst Ostpreußen“ ein. Insgesamt kamen über 157 000 Ostpreußen und 24 000 Westpreußen zur Abstimmung in ihre Heimat. Im Allensteiner Gebiet wurden 97,85 Prozent, im Marienwerder Bezirk 92,42 Prozent und in Masuren sogar 99,3 Prozent der Stimmen für Ostpreußen abgegeben. In der Stadt Oletzko votierte niemand für Polen, im gesamten Kreis waren es nur zwei Menschen. Nur in Allenstein Land (13,5 Prozent) und Stuhm (19,65 Prozent) errangen die Polen eine höhere Stimmzahl. Insgesamt erhielten sie einen Stimmenanteil von 3,35 Prozent. Die Abstimmung hatte gezeigt, dass keine Deutschen unter polnischer, aber die Mehrzahl der Polen lieber unter deutscher Herrschaft leben wollten. Emmi Klotzek hatte einen seltenen Stadtgeldschein zu zehn Pfennig aus Lyck mitgebracht. Zum Abschluss spielte Birgitta Frankenberg auf der Konzertzither einige fröhliche Lieder.

Dillenburg – Mittwoch, 27. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Gundborg Hoffmann referiert unter dem Titel: „In den Himmel zu schauen war sozusagen das Hobby des Domherren zu Frauenburg“, über den Astronomen Nicolaus Copernicus. – Bei der letzten Zusammenkunft gab Helga Löhner einen Einblick in das Buch „Störche kennen keine Grenzen“. Darin beschreibt Luise Wolfram die Umstände, unter denen das evangelische Gemeindezentrum in Königsberg entstanden ist, und welche Aufgaben es erfüllt. Luise Wolfram ist die Ehefrau und kirchliche Mitarbeiterin des Probstes Wolfram, der jahrelang das Gemeindeleben im ganzen Königsberger Gebiet (Oblast Kaliningrad) leitete und die dorthin eingewanderten Russlanddeutschen betreute. Während der Sowjetzeit war jede kirchliche Arbeit verboten. Die im Kriege nicht zerstörten Kirchen wurden zweckentfremdet: als Stall, Scheune oder Lagerhaus. Oder man ließ sie verfallen beziehungsweise bediente sich ihrer als Baustofflieferant. Im Laufe von Glasnost und Perestroika war es den im Krieg nach Kasachstan oder Sibirien verbannten Russlanddeutschen erlaubt, sich wieder einigermaßen frei zu bewegen. Viele, die nicht in die Bundesrepublik Deutschland ziehen wollten oder konnte, siedelten sich im Königsberger Gebiet an. Sie benötigten Hilfe bei Alltagsfragen, wollten aber auch geistlichen Beistand. Diesen erhielten sie von den evangelischen Pfarrern und deren Frauen sowie Gemeindehelfern, die von der ostelbischen evangelischen Kirche nach Königsberg geschickt wurden oder sich freiwillig dorthin meldeten. Gottesdienste und Versammlungen fanden in den ersten Jahren in Wohnstuben und in kleinem Kreise statt, aber nicht nur in der Stadt. Die Gemeindehelfer fuhren auch in die Dörfer zu den dort hingezogenen Deutschen. In den Jahren 1996 bis 1999 wurde dann das evangelische Gemeindezentrum an der damaligen Lawsker Allee (Sieges Straße) gebaut. Das war nicht nur die Auferstehungskirche, sonder es gab außer Büros auch einen großen Gemeindesaal und im Kellergeschoß eine Küche, aus der Bedürftige mit einer warmen Mahlzeit versorgt wurden. Luise Wolfram erzählt in ihrem Buch von ihren Erfahrungen, nimmt aber auch zahlreiche Erlebnisse der Russlanddeutschen, die dorthin gingen, mit auf. So sind die Möglichkeiten Arbeit zu finden sehr beschränkt und bezahlbarer Wohnraum ist fast nicht vorhanden. Die Lücke zwischen Arm und Reich klafft gerade in Königsberg; bittere Armut auf der einen – pure Dekadenz auf der anderen Seite. Helga Löhner las zur Veranschaulichung einige Passagen aus dem Buch. Zusätzlich verwies sie noch auf die sehr rege evangelische Gemeinde in Gumbinnen, die auf die Salzburger zurückgeht, die im 18. Jahrhundert von dem katholischen Salzburger Bischof des Glaubens wegen aus ihrer Heimat vertrieben wurden, und die durch Friedrich Wilhelm I Preußen Aufnahme fanden und angesiedelt wurden. Im Anschluss sprach Lothar Hoffmann noch über das bevorstehende Erntedankfest, und Gundborg Hoffmann las den Bericht von Joachim von Nettelbeck (1738–1824): „Wie die Kartoffel nach Pommern kam“.

Gießen – „Land der dunklen Wälder – Ostpreußen in Briefmarken“, dies war das Thema des Diavortrages von Karla Weyland. Diese exklusive Reihe von Erinnerungs- und Gedenkbriefmarken erschienen in den letzten Jahrhunderten. Sie zeigen eine Zeit des Rufes nach den Ordensrittern zur Christianisierung des Landes vor über 800 Jahren. Eine weitere Reihe der Sondermarken spiegelt den Zeitraum vom 16. bis 18. Jahrhundert wider. Es war die Zeit der Glaubensvertreibung in Europa. 1540 waren es die taufgesinnten Mennoniten aus Holland, 1685 flohen die Hugenotten aus Frankreich und 1731 wurden die Salzburger aus ihrer angestammten Heimat vertrieben. Durch den Aufnahmeerlass des Preußischen König Friedrich Wilhelm I. fanden sie in Ostpreußen eine neue Heimat. Alles dokumentiert in den Abbildungen der Briefmarken. Auch Flucht und Vertreibung der Jahre 1944/1945 waren Sondermarken zugeordnet. Abgerundet wurde das Kaleidoskop durch herrliche Briefmarken von Fauna und Flora. Die Vorsitzende Erika Schmidt dankte der Referentin Karla Weyland für diesen eindrucksvollen Vortrag und überreichte einen Geschenkkorb mit Erntegaben des Herbstes.

Kassel – Dienstag, 2. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ruth Barthel gestaltet den Nachmittag mit Texten unter der Titel: „Das Jahr klingt aus“. – Anlässlich der 20. Jahrestag der deutschen Teilvereinigung rief der seinerzeitige Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm den zahlreich erschienenen Landsleuten in Erinnerung, unter welchen Bedingungen es zu dem Jahrhundertereignis kam und wie die Bevölkerung sowie politische Kreise den Umbruch aufnahmen. Der Referent stellte die deutsche Revolution von 1989 gleichrangig neben jene von 1789 (Frankreich) und 1917 (Russland) – der unhistorische Begriff „Wende“ sei daher völlig fehl am Platze. Anhand zahlreicher Fakten schilderte Böhm die entscheidenden Ereignisse und Entwicklungen seit dem Aufstand von 1953. Als Stichworte seien beispielhaft hervorgehoben: Opferbilanz, Reisebeschränkungen, Grundlagenvertrag, Geschenkpakete. Auch die wirtschaftlichen Probleme Mitteldeutschlands und die geistigen Befindlichkeiten in beiden Teilen Deutschlands nach 1990 – belegt mit demoskopischer Untersuchungen – kamen zu Sprache. Mit dem Schlusssatz: „1989 handelte das Volk und die Politiker passten sich an“ ehrte der ausgewiesene Ostpreußenfreund all jene, die vor 20 Jahren mutig den Weg zur Vereinigung wiesen. Vielleicht gewinnt dieser Spruch in Zukunft ja wieder an Bedeutung? Die anschließende Diskussion bezeugte die Betroffenheit der Anwesenden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Oktober, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Bunter Herbstnachmittag mit Kaffee und Kuchen. Zur Unterhaltung wird um fröhliche Beiträge gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Sonnabend, 16. Oktober, 14.30 Uhr, heimatlicher Kulturnachmittag im Inselrestaurant, Stade. Es werden unter anderem Küchenlieder aus Herrschaftszeiten von Gerda Heykena gesungen. Der Kostenbeitrag einschließlich Kaffeegedeck beträgt 10 Euro. Anmeldungen umgehend.

Göttingen – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Hannover – Sonnabend, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Herbstfest zusammen mit der Pommerngruppe im „Ihmeblick“.

Osnabrück – Freitag, 15. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 26. Oktober, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Donnerstag, 28. Oktober,

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 23. Oktober, 10 Uhr, diesjährige Herbsttagung der Landesgruppe im „Haus Union“, Schenkendorfstraße 13, Oberhausen. Der Vorstand der Landesgruppe lädt Landsleute, Jugend und Freunde Ostpreußens sehr herzlich ein und hofft auch bei dieser Tagung auf regen Besuch wie in den Jahren zuvor. Die Landesgruppe kann Ihnen auch zu dieser Tagung interessante Vorträge anbieten: Prof. Dr. Matthias Stickler vom Institut für Geschichte der Julius-Maximilians-Universität Würzburg spricht zum Thema „Die Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die Rolle des BdV“ und Frau Gossen-Giesbrecht wird die Geschichte der Deutschen aus Russland näherbringen. Aus erster Hand erfahren die Teilnehmer von Herrn Kreuer Wichtiges über den Lastenausgleich. Nicht fehlen bei dieser Veranstaltung darf natürlich Elli Weber, die durch ihre Vorträge immer aufmuntert.

Bielefeld – Sonnabend, 21. Oktober, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 18. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule Ecke Märkische Straße.

Düsseldorf – Dienstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zu einem Filmvortrag aus Ostpreußen mit Ursula Schubert im Raum 311, GHH. – Mittwoch, 27. Oktober, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Sonnabend, 30. Oktober, 13.30 Uhr, Vortrag: „Ein Pommer am Rhein – Zur Rezeption von Ernst Moritz Arndt 150 Jahre nach seinem Tod“ von Dr. Norbert Schloßmacher im GHH. – Sonnabend, 30. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest im Eichendorfsaal (1. Etage), GHH. Mit dabei sind die Weseler Volkstanzgruppe „Silesia“, die Düsseldorfer Chorgemeinschaft und die Musikkapelle „Freunde der Volksmusik“. Der Eintritt beträgt 6 Euro.

Ennepetal – Donnerstag, 21. Oktober, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt einen kleinen Imbiss.

Essen – Freitag, 15. Oktober, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen (nähe des RWE-Turmes). Gäste sind immer herzlich willkommen. Nähere Informationen unter Telefon (0201) 626271.

Gevelsberg – Freitag, 15. Oktober, 16.15 Uhr, Erntedankfeier mit gemütlichem Beisammensein und Musik im Vereinslokal Keglerheim, Hagener Straße 78, Gevelsberg.

Gladbeck – Sonnabend, 16. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Fritz-Lange-Haus, Friedrichstraße 7. Bei Kaffee und Kuchen (Gedeck mitbringen) gibt es Erinnerungen an: „Erntedank in der Heimat“. Anschließend Reiseberichte von Heimartfahrten in 2010.

Gütersloh – Montag, 18. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 25. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Neuss – Erntedankfest in Neuss. Der Vorsitzende, Peter Pott, stellte fest, dass die hochbeladenen Leiterwagen, die die aufgestellten Garben einst vom Feld holten, hier und in Ostpreußen von riesigen Mähdreschern abgelöst worden sind. Aber auch sie holen die Ernte ein, für die man Dank sagt. Die Erntekrone und Ernte-Werkzeuge über dem Erntetisch, mit Gemüse und Obst reich gedeckt, erinnerten an das heimatliche Brauchtum „Erntedank“. Hanne Wiberny steuerte ihr Gedicht über den „Kruschkenbaum“ bei. Für musikalische Begleitung und Tanzmusik sorgte das Musik-Duo Joachim Heik und Alfred Schulz. Natürlich gab es Kaffee und Kuchen als Grundlage für gute Gespräche.

Wesel – Ihr traditionelles Erntedankfest führte die Gruppe durch. Unter der Erntekrone konnte der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski eine stattliche Anzahl von „Erntehelfern“ versammeln, und herzlich begrüßen. Den Erntedank brachte man gemeinsam mit dem Lied: „Nun dankend alle Gott“ zum Ausdruck. In seiner Ansprache stellte Kurt Koslowski fest, dass das Ernteeinbringen damals in der Heimat den Menschen schwerste körperliche Arbeit abverlangte. Aus dem Singkreis trugen die Erntehelfer Waltraut Koslowski, Irma Lauchmichel und Gertrud Zuch Gedichte und Geschichten während der Erntefeier vor. Der Sing- und Mundharmonikakreis begleitete musikalisch die Feier. Nach getaner Erntearbeit luden die Erntehelferinnen zum Festschmaus ein. Anschließend wurde die große Tombola eröffnet, die mit vielen ansprechenden Preisen aufwartete, die von den strahlenden Gewinnern gerne entgegengenommen wurden. Mit einem gemeinsam gesungenen Lied endete das Erntedankfest.

Witten – Donnerstag, 28. Oktober, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Thema: „Ernte früher und heute“.

Wuppertal – Sonntag, 17. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest, Neumarkt 2.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 21. Oktober, 15 Uhr, heimatliche Kaffeestunde der Frauengruppe im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 22. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 29. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 23. Oktober, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte in der Clausstraße. Thema: „Hildegard Rauschenbach“. Alle Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 23. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im Eschemuseum, Sachsenstraße, Limbach-Oberfrohna. Zu Gast ist wieder die Blaskapelle Hohenstein-Ernstthal und eine Tombola erwartet die Besucher. Hausschlachtene Wurst kommt wieder zum Angebot. Alle Landsleute und Interessenten sind dazu herzlich eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 20. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Gardelegen – Freitag, 22. Oktober, 12 Uhr, Herbstfest mit Schlachtfest in der Gaststätte Zum Krug, Weteritz.

Giersleben – Donnerstag, 21. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Magdeburg – Dienstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter, Lemsdorferweg. – Freitag, 29. Oktober, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 22. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen im Torhaus zu Schloss Glücksburg anlässlich des Geburtstages – 22. Oktober 1858 – von Kaiserin Auguste Viktoria. Nach einem Spaziergang durch den Schlosspark trifft sich die Gruppe bei Kaffee und Kuchen im Rosencafe in Glücksburg. Das Gesprächsthema ist natürlich die letzte deutsche Kaiserin aus dem Herzoglichen Hause Schloss Glücksburg. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

Malente – Die Gruppe hatte zusammen mit den Schlesiern zu einer Erntedankfeier gemeinsam mit den Pommern in die evangelische Maria-Magdalenen-Kirche eingeladen. Bei der sehr gut besuchten Feier in der mit Garten- und Feldfrüchten geschmückten Kirche sprach Pastorin Bettina Grunert besinnliche Worte zum Erntedankfest, wobei auf frühere beschauliche Erntezeiten in Ostpreußen, Schlesien und Pommern hingewiesen wurde, aber auch die schwierigen Jahre der Nachkriegszeit angesprochen wurden. Der ansehnliche Betrag der Kollekte wurde für „Brot für die Welt“ gespendet. Beim anschließend gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen im festlich geschmückten Gemeindehaus waren über 60 Personen anwesend. Diese tauschten Gedanken an die heimatlichen Erntedankfeiern aus, trugen allerlei heimatliche Kurzgeschichten vor und natürlich wurde auch kräftig gesungen. Dem Datum angemessen, unterhielt man sich auch zum „Tag der Deutschen Einheit“.

Mölln – Mittwoch, 27. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“. Es wird ein Film über die Berlin-Reise zum „Tag der Heimat“ gezeigt. Klaus Kuhr und Erwin Horning haben diesen Film zusammengestellt, in dem auch Aufnahmen vom Besuch in Schloss Schönhausen gezeigt werden. Auf der Kundgebung im ICC sprachen unter anderem Erika Steinbach und Horst Seehofer. Bei den Teilnehmern der Fahrt wird dieser Film Erinnerungen wachrufen, und die anderen Zuschauer erhalten einen Eindruck von dieser Großveranstaltung. Natürlich sind auch wieder die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen.

Pinneberg – Sonnabend, 16. Oktober, 11 Uhr, Preußische Tafelrunde mit einem Diavortrag: „Bernstein – Schmuck oder Fenster in die Vorzeit“ von H.J. Kämpfert. Teilnehmer bringen bitte ihren Bernstein-Schmuck mit. Informationen und Anmeldungen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Uetersen – Das Vorstandsmitglied Frank Farin hielt auf der letzten Zusammenkunft einen Vortrag über die wirtschaftliche Entwicklung und politische Lage im Pommern und Ostpreußen. Zunächst verlas der Vorsitzende Joachim Rudat die Namen der Geburtstagskinder der Zwischenzeit und gratulierte jedem mit einem Blumentopf. Er stellte fest, dass die 80-Jährigen unter den Mitgliedern immer mehr werden und die noch Älteren wegen gesundheitlicher Einschränkungen oder Heimaufenthalt nicht mehr an den Treffen teilnehmen können. Ein bedauerlicher Vorgang, vor dem man aber nicht die Augen verschließen darf. Es fehlt die jüngere Generation. Für die wieder sehr hübsch dekorierte Kaffeetafel bedankte er sich bei den tüchtigen Damen. Rudat übergab nun das Wort an seinen Stellvertreter Jochen Batschko, der wieder ein Reiseprogramm für das kommende Jahr ausgearbeitete hatte. Dieses stellte er vor und bat um rege Beteiligung, da nur bei entsprechender Teilnehmerzahl diese interessante Reise durchgeführt werden kann. Sie führt über Stettin, Danzig, Masuren nach Kauen (Kaunas), Riga, Reval (Tallin) weiter nach St. Petersburg. Rückreise über Helsinki nach Travemünde. Die Gesamtreisedauer beträgt elf Tage. Anmeldungen nimmt er ab sofort entgegen. Es folgte der Vortrag von Frank Farin. Er stellte fest, dass Polen im Großen und Ganzen am besten aus der Wirtschaftskrise rausgekommen ist. Grund mag sein, dass Polen wohl zur Europäischen Gemeinschaft gehört, aber noch nicht zur Währungsunion. Die Zahlen der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen Zuwächse, es wird fleißig gebaut, dank europäischer Fördergelder erfolgt der Ausbau der Infrastruktur (Straßen). Auch bringt der Tourismus noch genügend Geld ins Land. Politisch ist durch die Neuwahl des Staatspräsidenten eine größere Hinwendung zu Europa festzustellen. Im nördlichen Ostpreußen dagegen stagniert die wirtschaftliche Entwicklung. Die Insellage macht sich immer deutlicher bemerkbar. Daher richtet sich zunehmend der Blick der russischen Bevölkerung nach Westen. Auch das Bewusstsein, dass sie sich in einem fremden Land befinden, greift immer mehr um sich. Daher wächst auch das Interesse an deutscher Kultur und deren noch vorhandenen Kulturstätten. Für diesen Bericht bekam Farin viel Beifall.

Herbstliche Bastelstunde

Von Renate Dopatka

Als er aus dem Bäckerladen trat, tropfte es zwar noch heftig von der Markise, doch zwischen den Wolken lugte bereits die Sonne hervor. Eine kühle, blässliche Spätherbstsonne, die den regennassen Asphalt mit silbrigem Glanz überzog.

Auf seinen Regenschirm gestützt, schaute Heinrich zu den immer grösser werdenden Wolkenlücken hoch. Ein kräftig auffrischender Wind blies durch die Strassen, wühlte im noch verbliebenen Laub der Alleebäume und brachte die letzten Eicheln und Kastanien zu „Fall“.

Es war sein erster Herbst in dieser Stadt, das erste Jahr, das er nicht in der altvertrauten Mietwohnung, sondern im Haus seiner Tochter verlebte. Eigentlich hatte er sich zugetraut, den Haushalt auch nach Elses Tod weiterzuführen, doch Regine wusste ihn letztlich umzustimmen: „Schau Papa, wir haben so viel Platz. Und für mich wäre es eine grosse Beruhigung, dich in meiner Nähe zu wissen. Wenn du mal krank bist, ist sofort Hilfe da!“ Ja, Regine meinte es zweifellos gut mit ihm. Gewissenhaft achtete sie darauf, dass er pünktlich seine Medizin einnahm, stets frische Wäsche im Schrank vorfand und genau die Kost vorgesetzt bekam, die seinem empfindlichen Magen zuträglich war.

Der Herbst des Lebens – Herbst der Natur

Dabei hatte sie wahrlich schon genug um die Ohren. Es war Heinrich ein Rätsel, wie seine Tochter es schaffte, neben ihrem Halbtagsjob in einer Buchhandlung auch noch Haus und Garten tadellos in Schuss zu halten. Von früh bis spät war sie auf den Beinen, immer bestrebt, alles möglichst perfekt zu machen. Und genau diese Rastlosigkeit war es, die Heinrich Sorge bereitete. Er selbst hätte liebend gern auf pünktliche Mahlzeiten und eine blitzblanke Umgebung verzichtet, wenn dafür öfter Regines Lachen im Haus zu hören gewesen wäre.

Sein Herz zog sich zusammen. Wo war es geblieben, das sorglosverspielte Mädchen von einst, das so fröhlich an seiner Hand gehüpft war? Das sich vom Anblick in der Sonne funkelnder Regentropfen verzaubern liess und dessen Lächeln den Tag verschönte? Irgendwann im Laufe der Jahre mussten seiner Tochter diese Eigenschaften abhanden gekommen sein.

Die Sonne flutete jetzt in breiten Streifen durch die Allee. Dankbar, dass er den Schirm nicht mehr aufzuspannen brauchte, machte sich Heinrich auf den Nachhauseweg. In seiner Hand balancierte er ein grosses Kuchentablett. „Bring’ uns was recht Gutes zum Kaffee mit“, hatte ihm Regine aufgetragen. Ihr selbst bleib für solche Besorgungen an diesem Tag keine Zeit. Gleich nach dem Mittagessen waren die bestellten Handwerker erschienen und hatten mit ihren Leitern und Farbkübeln der sorgsam gehüteten Ordnung schnell den Garaus gemacht.

Ängstlich bemüht, das Chaos nicht vollständig über sich hereinbrechen zu lassen, wischte und räumte Regine nun pausenlos hinter ihnen her. Bis Mann und Sohn von der Arbeit heimkamen, musste die Wohnung so weit auf Vordermann gebracht sein, dass ein entspanntes Kaffeetrinken möglich war.

Während Heinrich langsam die Allee hinunterschritt, fiel sein Blick auf die in grossen Mengen herumliegenden Eicheln und Kastanien. Einem Impuls Folge leistend, bückte er sich, um eine besonders schöne Kastanie aufzuheben. Die braune Frucht schmiegte sich angenehm in seine Hand und plötzlich überkam ihn die Lust, sich einige Exemplare in die Tasche zu stecken.

Daheim in seinem Zimmer macht sich Heinrich dann fröhlich ans Werk. Was er tat, war höchst kindisch. Aber mit jedem Streichholz, das er als „Füsschen“ in die Kastanie bohrte, wuchs seine Freude an dieser geheimen Bastelstunde. Er hörte nicht, wie die Tür aufging und Regine ins Zimmer trat. Erst als sie eine Hand auf seine Schulter legte, zuckte er verlegen zusammen.

„Aber Papa, das ist doch Kinderkram!“ schüttelte Regine tadelnd den Kopf. Doch noch während sie dies sagte, strich ihre

Erinnerungen an die eigene Kindheit

Hand behutsam über ein aus Eicheln und Kastanien zusammengesetztes Männlein. „Wie schön glatt sie sind, nicht wahr?“, lächelte Heinrich schüchtern. „Ein Meisterwerk der Natur.“ Er sah das Widerstreben im Gesicht seiner Tochter, die Sorge, von unnützen Dingen aufgehalten zu werden. Aber die Selbstvergessenheit, mit der sie diese besondere Ernte des Herbstes betrachtete, ließ ihn hoffen.

Sein Glück hätte nicht vollkommener sein können, als in jenem Augenblick, da sich Regine ungeachtet des Lärmens der Handwerker zu ihm setzte, um seinem Kastanienmännchen das Hütchen einer Eichel auf den Kopf zu setzen. Denn das schelmische Lächeln, das sie ihrem Vater dabei zuwarf, war das des kleinen Mädchens von einst. *Renate Dopatka*

Ein Zeichen setzen

In Sittensen wurde ein Gedenkstein für die Vertriebenen enthüllt

65 Jahre. 65 Jahre sind seit Kriegsende vergangen – 65 Jahre, in denen sich das Verhältnis der bundesdeutschen Politik und der veröffentlichten Meinung zu den Vertriebenen – den Opfern von Flucht und Vertreibung – wandelte; aus Opfern wurde „Ballast“.

Umso erstaunlicher ist hingegen die Leistung des Heimatvereins der Börde Sittensen. Zum Gedenken an Flüchtlinge und Vertriebene wurde in Anwesenheit von zahlreichen Gästen, wie zum Beispiel Landtags- und Kreistagsabgeordneten, dem Bürgermeister der Samtgemeinde, Ratsmitglieder und Vertreter der Kirche, ein rund zwölf Tonnen schwerer Findling aus Granit enthüllt. Auf diesem Gedenkstein ist in stark vereinfachter Form eine Karte mit den ostdeutschen Siedlungsgebieten dargestellt. Siedlungsgebiete aus denen von 1944 bis 1949 rund 4000 Flüchtlinge und Vertriebene nach Sittensen kamen.

„Wir wollen hier ein Zeichen setzen für Leid und Elend. Von 1944 bis 1949 kamen mehr als 4000 Flüchtlinge und Vertriebene in die Dörfer der Börde Sittensen und fanden hier eine neue Heimat. Sie mussten sich in einer fremden Umgebung zurechtfinden, hatten ihr Hab und Gut verloren, mussten den Verlust der Heimat verschmerzen und waren geprägt von Entbehrungen und körperlichen Strapazen. Dieser Stein soll erinnern und vor Vergessen bewahren“, so der Vorsitzende des Heimatvereins Wilhelm Gohde.

Zwölf Tonnen Mahnung und Erinnerung

Für viele ist ein Wandel in der Wahrnehmung und Bewertung eingetreten, wenn es um das Schicksal der deutschen Opfer von Krieg und Vertreibung geht. So sieht Hartmut Vollmer vom Heimatvereins dafür deutliche Anzeichen: „Die Erinnerungskultur in Deutschland bedachte bisher vorwiegend das Leid, das Deutsche über andere brachten. Seit einigen Jahren wird mehr und mehr der Opfer gedacht, die durch Flucht und Vertreibung zum Teil Schreckliches erlebten.“ Aber auch für Superintendent i.R. Hans-Wilhelm Hastedt haben sich die Zeiten geändert und ein Dialog scheint ihm immer öfter möglich: „Man darf sich in Deutschland inzwischen offen erinnern an das Leid der Vertriebenen und Flüchtlinge, ohne den Vorwurf zu bekommen, ein heimlicher Nazi zu sein. Die eigentlichen Helden der Kriegsjahre und der Flucht sind trotz des ihnen widerfahrenen Leids die Frauen, die das Heft in die Hand nehmen mussten, da die Männer oft gebrochen und gedemütigt wieder zurückkamen.“ *sfm*



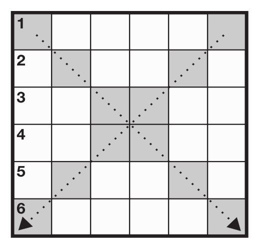
Sie machten es möglich: Erwin Bachmann, Hartmut Vollmer und Wilhelm Gohde (von links) vom Heimatverein der Börde Sittensen. Bild: Meyer

Sudoku

		7	9		3	8		
3	4			6			9	7
	8						6	
	3		5		6		7	
8								5
	9		2		1		3	
	6						4	
2	1			4			8	9
		4	7		8	3		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



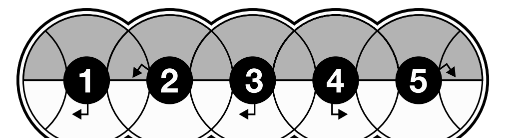
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, bezeichnen die beiden Diagonalen zwei Backwaren.

1 Teil eines Ganzen
2 Standbild
3 eiliger Weggang
4 Sportruderboot
5 Zustand der Lufthülle
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen würzigen Hartkäse.

1 italienischer Tresterbranntwein, 2 langsamer höfischer Schreittanz, 3 Tornister, 4 Stoffrolle, 5 Nebenbuhler



So ist’s richtig:

Diagonalrätsel: 1. Stueck, 2. Statue, 3. Flucht, 4. Achter, 5. Wetter, 6. Norden – Stuten, Kuchen

Kreiskette: 1. Grappa, 2. Pavane, 3. Ranzen, 4. Ballen, 5. Rivale – Appenzeller

Sudoku:

6	2	7	9	1	3	8	5	4
3	4	5	8	6	2	1	9	7
1	8	9	4	5	7	2	6	3
4	3	2	5	8	6	9	7	1
8	7	1	3	9	4	6	2	5
5	9	6	2	7	1	4	3	8
7	6	8	1	3	9	5	4	2
2	1	3	6	4	5	7	8	9
9	5	4	7	2	8	3	1	6

PAZ10_41

Maschine ersetzt Mensch

Die ersten Hotels arbeiten völlig ohne Personal – Die Weltfinanzkrise gab den letzten Anstoß

Einsparungen bei Personalkosten stehen ganz oben auf der Unternehmens-Agenda. Dass es gerade im Dienstleistungsbereich, diesem vielbeschworenen Wirtschaftszweig zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, sogar ganz ohne Personal geht, macht die Hotelbranche vor.

Meist handelt es sich mehr oder weniger noch um Pilotprojekte, doch zukunftsweisend sind sie allemal. Der Vorteil für den Gast: Wer auf Service verzichtet, muss auch weniger bezahlen.

Vor über fünf Jahren starteten die „Orange Wings“-Hotels in Krems, Niederösterreich, ein Pilotprojekt, bei dem ein „Hotelomat“ außerhalb der Rezeptionszeiten den Portier ersetzt. Eigentlich war es nur eine Frage der Zeit, wann man den nächsten Schritt macht und ganz auf Personal verzichtet. Schließlich lernt der moderne Mensch fast täglich, sich mehr und mehr selbst zu bedienen. Er verwaltet sein Bankkonto online, bucht seine Reise, seinen Flug, seinen Mietwagen per Computer, kauft online ein und bezahlt per Kreditkarte. Und wenn auf dem Flughafen am Automaten eingecheckt wird, warum nicht im Hotel? Um die moderne Technik wird wohl kaum einer mehr herumkommen.

Lobby und Restaurant fehlen, auch andere Wohlfühlangbote

Einen besonderen Anstoß gab die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2009 starke Auswirkungen auf die deutsche Hotellerie hatte. Da Budget- und Mittelklassehotels davon weitaus weniger betroffen waren als Luxushotels, war die Richtung klar. Auch hochwertige Ausstattung musste preiswerter werden, zumindest für bestimmte Zielgruppen, wie etwa die modernen, anspruchsvollen, qualitätswie auch preisbewussten Städte- und Geschäftsreisenden.

„Wenn ich selbst reise, ist mir die Zimmerausstattung und der Preis wichtig – weniger, ob mir jemand die Tür aufhält oder meine kleine Tasche aufs Zimmer trägt“, so Gregor Gerlach. „Reisende von heute brauchen kein eigenes Restaurant im Hotel und keinen Frühstücksraum, wenn es zahlreiche Restaurants, Cafés und Bars in unmittelbarer Nähe gibt“, führt der Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzende der „Vapiano SE“, einer international verbreiteten Restaurant-Kette, weiter aus. Im Januar startete das Unternehmen als erstes in Deutschland ein Pilotprojekt ganz ohne Personal. In den oberen drei Etagen eines modernen Büro- und Geschäftsgebäudes am Augustusplatz mitten in Leipzig bieten seitdem die 18 Suiten des Vasano-Hotels Fünf-Sterne-Ausstattung zum Vier-Sterne-Preis.

Eingecheckt wird über den Buchungsautomaten im Hauseingang. Nach Bezahlung mit der Kredit- oder EC-Karte öffnet sich die Tür des Fahrstuhls, der direkt und diskret zu der gebuchten Suite führt. Ein Zugang wie zu einer Wohnung. Denn Lobby, Restaurant oder andere Wohlfühlangebote fehlen. Bei einem Stadthotel mag man darauf verzichten können, findet man all dieses doch nur wenige Schritte entfernt, ein Restaurant ist sogar im selben Haus.

Doch so weit muss man gar nicht gehen. Denn die zweistöckigen Suiten (50 m²) verfügen über eine komplett eingerichtete Küche, die Juniorsuiten auf einer Ebene (33 m²) über Kühlschrank und Kaffeemaschine. Brötchen und Tageszeitung werden täglich an die Tür gehängt, ein vorbereitetes Frühstück steht im Kühlschrank bereit. Über den E-Mail-Concierge können Tickets bestellt, ein Tisch reserviert oder ein mobiler Massagedienst gerufen werden. Und wenn alle Stricke reißen, hat der Gast die Möglichkeit, über eine Videoleitung 24 Stunden lang Kontakt zu einem Notruf aufzunehmen.



Modern, aber seelenlos: Hotel ohne Personal Bild: Internet

Ein Modell, das schon längst nicht mehr einzigartig ist. Denn auch im Zentrum von Kopenhagen hat ein Selbstbedienungshotel ohne Personal eröffnet. Das Haus der finnischen Kette „Omena“ bietet 212 Zimmer für bis zu vier Personen, allerdings auf weitaus schlichterem Niveau und zu entsprechend niedrigeren und wahrlich interessanten Preisen. Gebucht und bezahlt wird online, den Zugangscode zum Haus und zum Zimmer erhalten die Gäste per E-Mail oder SMS. Frühstück kann man bei der online-Buchung bestellen. Ansonsten gehören eine Kochnische mit Wasserkocher und Kühlschrank sowie eine Essecke zur Ausstattung der Zimmer.

Auf ähnliche Weise ohne Rezeption, Restaurant und Personal läuft der Betrieb des aus einem Getreidesilo entstandenen schlichten Towerhotels von Waldkirch, das 2009 eröffnete. Nach Hotelangaben ist es das erste vollautomatische Gästehaus in der Schweiz. Einen seelenlosen 24-Stunden-Kaffee-, Getränke- und Snackautomaten findet man im Aufenthaltsraum. Das Haus wird durch einen Hotelautomaten betrieben, der gegen Bezahlung einen sechsstelligen Code vergibt. Dieser dient als Schlüssel für eines der 14 Zimmer. Alle Hotel-Informationen holt man sich auch hier vorab im Internet, über das ebenfalls die Buchung erfolgt.

Helga Schnehagen

IN KÜRZE

Heinz Erhardt in Lüneburg

Heinz Erhardt war der Schelm der Nation. Keiner erzählte so himmlischen Käse wie er, der ursprünglich Pianist werden wollte, am Leipziger Konservatorium studierte, das ernste Fach dann aber zugunsten des Unernstes aufgab und als Kabarettist und Komiker Bühnen, Radio, Film und Fernsehen eroberte. Wenn der begnadete Wortverdreher aus Riga sich den Kopf darüber zerbrach, was ein „Apfel ohne -sine“ oder „die Vita ohne -mine“ wäre, krümmte sich das Publikum vor Lachen.

Auch die Schattenseiten des Ruhms lernte er hautnah kennen. Aufdringliche Journalisten, zudringliche Verehrer, stets war ein Fotoapparat in der Nähe, um das bekannte Gesicht abzulichten. Der Privatmensch Erhardt war pausenlos auf der Flucht. Von besonderer Tragik war sein Ende: Seit einem Schlaganfall 1971 war sein Sprachzentrum schwer gestört. Er konnte nicht mehr auftreten. Heinz Erhardt starb 1979 in Hamburg.

Bild: Internet

Norbert Klugmann, geboren 1951, lebt in der Hansestadt als freier Journalist, Drehbuchautor und Schriftsteller. Er hat mehr als 50 Romane in den Genres Krimi, Thriller, Satire und Kinderbuch veröffentlicht. Am Mittwoch, 20. Oktober, 19.30 Uhr, spricht er im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, Ritterstraße 10, über den unvergessenen Komiker und den Triumph der guten Laune (Eintritt 4/3 Euro). *OL*

Stolpersteine im Redefluss

Welttag des Stotterns – 800 000 Betroffene allein in Deutschland

Der Welttag des Stotterns soll auf die Probleme der Menschen mit Redeflussstörung aufmerksam machen. In diesem Jahr steht er unter dem Motto „Menschen, die stottern, inspirieren“.

Wenn Rolf Bender spricht, dann braucht er dazu etwas länger als die meisten anderen Menschen. Über bestimmte Buchstaben kommt er nicht hinüber, an anderen bleibt er hängen. Vokale und Konsonanten sind für Bender Stolpersteine, die ihm beim normalen Redefluss im Weg stehen. „Ich bin Bauingenieur“, erzählt er. „Früher habe ich gedacht: In diesem Beruf musst du zeichnen, nicht sprechen. Das war ein Trugschluss. Meine Ideen muss ich ja verkaufen.“

Bender hat ein Problem, mit dem gut 800 000 Menschen in Deutschland zu kämpfen haben: Er stottert. Bender trifft sich einmal pro Woche mit anderen Stotterern in seiner Selbsthilfegruppe. „Das ist unser Freiraum“, sagt er. „Hier muss niemand vorm Stottern Angst haben.“ Denn die Redeflussstörung ist für die Betroffenen nicht einfach nur lästig. In einer Gesellschaft, in der Stotterern gegenüber noch viele abwertende Vorurteile herrschen, kann die wiederholte Beschämung zu Minderwertigkeitskomplexen und schlimmstenfalls zu sozialer Isolation führen. „Gerade Kinder reagieren mit Angst, wenn andere aus Unwissenheit unangemessen auf das Stottern reagieren“, erklärt Peter Schneider, Lehrlogopäde am Universitätsklinikum Aachen. Bundesweit stottern rund fünf Prozent aller Kinder. Die meisten legen das Stottern aber im Laufe der Zeit ab.

Die Wissenschaft weiß noch relativ wenig über die Redeflussstörung. Fest steht nur, dass Stottern meist schon im frühen Kindesalter beginnt und vererbt werden kann. „Wahrscheinlich handelt es sich um eine neuromuskuläre Störung“, meint Schneider. „Kommt es zum Stottermoment, dann arbeiten bestimmte Muskelsysteme nicht mehr zusammen, sondern gegeneinander.“

Jeder Stotterer stottert anders

Stottern ist häufig mit übermäßiger Anstrengung beim Sprechen verbunden. Die Anstrengung wird in auffälligen Verkrampfungen der Gesichtsmuskulatur oder in zusätzlichen Bewegungen von Kopf, Arm oder Oberkörper sichtbar. Wann es zu einem so genannten Stottermoment kommt, ist bei jedem unterschiedlich. „Manche Leute stottern bei jeder Silbe, andere nur bei bestimmten Wörtern oder in Stress-Situationen“, sagt Bender.

Keine zwei Menschen stottern auf dieselbe Art und Weise, und auch die Ausprägung kann bei einer einzelnen Person je nach Situation, Gefühlslage, körperlicher Verfassung oder Wörtern stark schwanken. Übrigens gibt es auch zahlreiche Prominente, die stottern oder gestottert haben: Winston Churchill, Charles Darwin, Bruce Willis, Rowan Atkinson alias Mr. Bean und John Larkin alias Scatman John und Isaac Newton sind nur einige von ihnen.

Aus Angst vor dem Sprechen ziehen sich die Betroffenen häufig zurück und vermeiden viele Situationen, in denen sie sprechen müssten. Abwertende Reaktionen der Mitmenschen wie Hohn und Ablehnung, aber auch Mitleid oder Verlegenheit können das Problem noch verschlimmern.

In den Blickpunkt rückt das Thema durch den internationalen Tag des Stotterns am 22. Oktober, den Stotterer-Organisationen und Fachverbände 1998 ausgerufen haben. „Es ist uns wichtig klarzumachen, dass Stottern kein psychisches Problem ist, sondern eine Krankheit“, sagt Schneider.

„Wir wünschen uns, ganz normal behandelt zu werden“, sagt Bernhard Frese, der ebenso wie Sandra Kessler seit dem Vorschulalter stottert. „Und dass die Leute uns ausreden lassen, auch wenn es etwas länger dauert“, meint Kessler, „man weiß selbst, was man sagen will, man kriegt es nur in dem Moment nicht raus.“ Frese ergänzt: „Und dass sie uns ansehen. Weil es einfach normal ist, jemanden anzuschauen, der zu einem spricht.“

Corinna Weinert

Vergessener Star

Vor 50 Jahren starb die Schauspielerin Henny Porten

Als Henny Porten am 15. Oktober 1960 in Berlin starb, war die Schauspielerin nur noch älteren interessierten Anhängern ein Begriff. Der Star der 1920er Jahre war in Vergessenheit geraten. Porten wurde am 7. Januar 1890 in Magdeburg geboren, verbrachte aber die meiste Zeit in Berlin. Mit nur 16 Jahren stand sie erstmals vor der Kamera und mit 22 Jahren heiratete sie den Regisseur Curt A. Stark, der im Ersten Weltkrieg fiel. 1911 kam ihr Film „Das Liebesglück einer Blinden“ in die Lichtspieltheater. In der Vorkriegszeit war sie zeitweise die beliebteste deutsche Schauspielerin.

Nach dem Ersten Weltkrieg konkurrierten Asta Nielsen und Pola Negri mit ihr um die Gunst der Zuschauer. 1920 wurde man auch international auf sie aufmerksam. Als „Anna Boleyn“ in dem gleichnamigen Film erregte sie in den USA große Aufmerksamkeit. Trotz einer Offerte blieb Porten in Deutschland. „Anna Boleyn“ wurde 2006 restauriert und ist als DVD zu haben.

1921 heiratete Porten den jüdischen Arzt Wilhelm von Kaufmann-Asser; die Ehe überdauerte auch die Zeit des Nationalsozialismus. Mit dem Aufkommen des Tonfilms erfuhr ihre Karriere einen Knick. Obwohl sie 1930 in einem der ersten Tonfilme, „Skandal um Eva“, und im gleichen Jahr in „Luise Königin von Preußen“ jeweils die Hauptrolle übernehmen konnte, erhielt sie später nur wenige Angebote. Die Nationalsozialisten stuften ihren Preußenfilm als „zu pazifistisch“ ein; wenngleich Walter von Molo, der die Buchvorlage geliefert hatte, eher dem „patriotischen“ Lager zuzurechnen ist. Im Mai dieses Jahres war „Luise Königin von Preußen“ zweimal im Filmmuseum in Potsdam zu sehen.



Henny Porten Bild: Nicola Perscheid

1943 feierte sie noch einmal zwei Triumphe. „Familie Buchholz“ und „Neigungsehe“ waren zwei Fortsetzungskomödien. Wilhelmine Buchholz, dargestellt von Henny Porten, ist das schriftstellernde Familienoberhaupt. Affären, Liebe und Heiratswünsche sind schon immer der Stoff gewesen, aus dem erfolgreiche Lustställe entstehen. Einmal sind es Ereignisse in ihrem Umfeld, im zweiten Film ist das Handlungsmuster ähnlich, aber es betrifft diesmal die eigene Familie und am Ende ist es natürlich so, dass die jungen Liebenden ihren Willen bekommen. Beide Filme wurden digital nachgearbeitet und können nun als DVD erworben werden. Im Rahmen von Nostalgieprogrammen laufen sie zudem auch wieder gelegentlich in den Kinos.

Das Ende des Nationalsozialismus brachte für Henny Porten nicht den ersehnten Karriereaufschwung. Im Gegenteil – Rollenangebote blieben fast gänzlich aus. So entschloss sie sich zu einem ungewöhnlichen Schritt. Sie wechselte 1953 in die DDR und erhielt dort die Möglichkeit, in zwei Filmen der DEFA die Hauptrolle zu spielen. 1955 spielte sie in der Verfilmung der Novelle „Das Fräulein von Scuderi“ von E. T. A. Hoffmann. Im selben Jahr kehrte sie wieder in ihre Heimatstadt (West-)Berlin zurück. 1960 wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Hans Lody

Erst Tänzerin, dann Spionin

Biographie über Mata Hari

Mata Hari ist uns bekannt als eine der schillernsten Frauen der Vergangenheit. Mata Hari, einerseits die grand dame der Pariser Gesellschaften, andererseits die verruchte Tänzerin, Verführerin und Spionin. Doch was für ein Mensch steckte hinter dem „Kunstwerk“ Mata Hari?

In Philippe Collas Buch „Mata Hari – Ihre wahre Geschichte“ erwartet den Leser eine gründlich recherchierte Biographie über die Niederländerin, deren bürgerlicher Name Margaretha Geertruida Zelle lautete. Mit diesem Namen wäre sie jedoch sicher nicht annähernd so berühmt geworden wie mit ihrem Künstlernamen.

Rückblickend betrachtet könnte man sagen, dass die Niederländerin während des Ersten Weltkrieges das Nackttanzen beziehungsweise den Striptease, wie man heute sagen würde, hoffähig gemacht hat. Ganz Europa war begeistert von der dunkelhaarigen, exzentrischen, schönen Frau.

Doch wie heißt es: „Alles Schöne muss vergehen“ und so welkte mit zunehmendem Alter nicht nur Mata Haris Schönheit dahin, sondern sie langweilte auch das sensationslüsterne Pariser Publikum, welches stets nach Abwechslung und Neuerungen hungerte.

„Trotzdem blickte Mata Hari am Silvesterabend 1907/08 nicht betrübt in die Zukunft; das vergangene Jahr wollte sie am liebsten vergessen. Sie verließ Berlin, wo sie mit Unterbrechungen zwei Jahre lang gewohnt hatte, und kehrte 1908 nach Paris zurück. Da sie keine Wohnung mehr hatte, ließ sie sich im Hotel Maurice in der Rue de Rivoli nieder. Wie gewohnt versuchte sie, Journalisten zusammenzutrommeln, aber das Interesse war erloschen. Mata Hari konnte ihre zweijährige ‚Vergnügungsreise‘ und die Erneuerung ihres Repertoires in noch so schillernden Farben malen, das Publikum biss nicht mehr an.“

Doch statt sich an diesem Punkt in ihrem Leben einen reichen Mann zu angeln, ließ Mata Hari sich für viel Geld als Spionin anheuern. Die sinnliche Niederländerin war jedoch zeitlebens mehr für Temperament und Eigensinn und weniger für außerordentliche Klugheit bekannt und somit nahm das Schicksal seinen Lauf.

Großvater ermittelte gegen die Agentin

Der Kunsthistoriker und Schriftsteller Philippe Collas berichtet in „Mata Hari“ vom Aufstieg und Untergang dieser legendären Frau. Als Enkel des Staatsanwaltes, welcher gegen Mata Hari ermittelte und sie hinrichten ließ, scheint es Collas besonders am Herzen gelegen zu haben, sie rückwirkend von allen Vorwürfen der bösartigen Doppelspionage reinzuwaschen und lediglich als Frau darzustellen, welche hoffte, zu ihrem Vorteil die Geheimdienste einiger Länder um ein paar Millionen zu prellen, um ihr aufwendiges und teures Leben am Ende ihrer Tanzkarriere weiterhin finanzieren zu können.

Wirklich nachgewiesen sind Mata Haris wahre Intentionen bis heute nicht und so hält die Zukunft für uns sicher noch zahllose weitere Bücher und Filme über diese rätselhafte schöne Frau bereit.

Vanessa Ney

***Philippe Collas: „Mata Hari – Ihre wahre Geschichte“**, Piper Verlag, München 2010, broschiert, 462 Seiten, 12,95 Euro*

Trotz Krieg unverwüstlich

Odenwalder erinnert sich an seine Kinderzeit während des Krieges

Ein weiteres Kriegsbuch? Wird der Leser vielleicht fragen und sich selber antworten: Davon haben wir übergenug! Ihm sei erwidert, dass der Zweite Weltkrieg zwar den Hintergrund des vorliegenden Buches „Isch hab den Krieg nit gemacht“ bildet, dass letzteres aber in höchst origineller Weise von den herkömmlichen Schilderungen der Historiker unserer Tage abgeweicht. Es handelt sich nämlich um eine Darstellung des traurigen Geschehens aus der arglosen Kinderperspektive. Der Verfasser, ein Jahr vor Kriegsbeginn geboren, hat im Nachlass seiner Eltern ein Tagebuch gefunden, in dem sie das Leben ihrer Kinder liebevoll beschrieben haben, er hat daraus die mitteilenswerten Passagen herausgezogen und durch eigene lebendige Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeit ergänzt. Auf diese Weise ist ein Werk entstanden, dessen tragische Seite den Kriegsdienst des Vaters, eines Odenwälder Pfarrers, seine Flucht durch Süddeutschland und seine Gefangenschaft auf den Rheinwiesen bei Heidesheim und Bad Kreuznach, die alltäglichen Mühen von Mutter und Großmutter um den Erhalt der Familie sowie nicht zuletzt auch die Bombennacht betrifft, die Darmstadt am 11. und 12. September 1944 in Schutt und Asche verwandelt.

Der Vater, ein Pfarrer, überlebte die Rheinwiesen

Den ersten Kapiteln stehen jedoch überaus amüsante Partien gegenüber, in denen die Kinder zu Wort kommen, die naturgemäß von der Lage, die den Großen schwer zu schaffen machte, allenfalls eine leise Ahnung haben mochten und ihr Leben nach Kinderart mit Spielen aller Art, die ausführlich beschrieben werden, mit mehr oder weniger schmerzhaften Streichen, mit Schulaufgaben und der Erkundung der bäuerlichen Welt in Oberklingen verbrachten, die so aussah, als wäre alles noch in Ordnung.

Der besondere Reiz der Kindergespräche liegt darin, dass sie im Odenwälder Dialekt geführt werden, den Mutter und Vater vortrefflich widergegeben haben, so dass der Kenner des Hessischen an der urwüchsigen Komik der kindlichen Fragen und Antworten seine Freude haben wird.

Insofern trägt das Buch in hohen Maße Leben in sich, das sich aus drei Eigenschaften seines Verfassers speist, nämlich erstens aus einer ungewöhnlich guten Beobachtungsgabe samt eines intakten Langzeitgedächtnises, zweitens aus einer ebenso seltenen Ehrlichkeit, die auch vor der Wiedergabe problematischer oder gar unerfreulicher Details nicht zurückschreckt, und nicht zuletzt aus einem großen Quantum naturwüchsigen Humors. Der Autor ist jedenfalls ein entschiedener Realist, zu welchem Eindruck auch die hübschen Schwarzweiß-Aufnahmen beitragen, die der Anschauung des Lesers zur Hilfe kommen, so dass er sich die kindliche Welt der Kriegs- und Nachkriegszeit gut wird vorstellen können, wenn er zu dieser Lektüre greift. Das Buch zeigt im Übrigen, dass die Menschennatur, möge es bei den Großen auch drunter und drüber gehen, was die Kinder betrifft, im Grund unverwüstlich ist.

Ulrich Hoyer

***Christhard Richter: „Isch hab den Krieg nit gemacht“**, bod, Norderstedt 2010, broschiert, 292 Seiten, 19,90 Euro*

Ausgehandelte Berichterstattung

Wie Politiker, Journalisten und Lobbyisten zusammen agieren

So wie wir unsere Gesundheit Ärzten und Apothekern anvertrauen, so hängt der Zustand unserer Demokratie maßgeblich von Politikern und Journalisten ab. Beide Seiten handeln die Berichterstattung aus, die uns am politischen Leben teilhaben lässt. Doch mittlerweile steht nicht nur die politische Klasse am Pranger, auch die Medienmacher geraten unter Beschuss. „Die Meinungsmacher – Über die Verwahrlosung des Hauptstadtjournalismus“, so der Besorgnis erregende Titel des pointierten Werks der Hamburger Kommunikationswissenschaftler Leif Kramp und Stephan Weichert. Ihre Analyse beruht auf Interviews mit Akteuren, die zur Besatzung des „Raumschiffs“ Berlin gehören: Politiker, Journalisten, Lobbyisten und Kommunikationsberater.

Die Autoren beschreiben das Berliner Medienmilieu als ein Biotop, in dem Hektik, Sensationsrummel und Wichtigtuerei an der Tagesordnung sind. Im Wettbewerb um schrille Schlagzeilen, die im Online-Zeitalter rund um die Uhr geliefert werden müssen, sehen sie den Journalismus auf der schiefen Bahn. Die Hamburger thematisieren zahlreiche neuralgische Punkte, an denen sich eine öffentliche Diskussion entzünden müsste. So widmen sie sich der zunehmenden Boulevardisierung von Nachrichten ebenso wie den engen Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten, die aufeinander fixiert sind und so die Bürger aus den Augen verlieren. Die Autoren stoßen dabei ins Horn der Kulturkritiker, die seit jeher eine inhaltliche Verflachung beklagen. Dabei wird gern übersehen, dass die Bedürfnisse des Publikums Dreh- und Angelpunkt in einem zunehmend ökonomisierten Mediensystem sind. Zu kurz kommt die Frage, ob sich die Bürger überhaupt einen anderen Hauptstadtjournalismus wünschen und eine unaufgeregte Hintergrundberichterstattung honorieren würden. Hätten die Autoren zudem gelegentlich über den deutschen Tellerrand geblickt, so wären ihnen die Berliner Zustände womöglich in einem milderen Licht erschienen.

Hervorzuheben ist, dass die Autoren die unbestreitbaren Schwächen des politisch-medialen Betriebs nicht nur anschaulich darstellen, sondern am Ende auch zu „Thesen für einen besseren Hauptstadtjournalismus“ gelangen. Der Blick, den Kramp und Weichert hinter die Kulissen von Politik und Medien werfen, ist gerade insofern verdienstvoll, als Journalisten in dem Maße unter öffentlicher Beobachtung stehen, in dem sich die Bürger für ihre Arbeit interessieren. So leistet das Buch einen Beitrag zur Kontrolle der Kontrolleure, die eine gesunde Demokratie braucht.

Philip Baugut

***Leif Kramp, Stephan Weichert: „Die Meinungsmacher – Über die Verwahrlosung des Hauptstadtjournalismus“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 304 Seiten, 20 Euro*

Dank Goethe berühmt geworden

Bettine von Arnim publizierte als eine von wenigen Frauen ihrer Zeit



Elisabeth von Arnim, bekannt als Bettine von Arnim geborene von Brentano (1785–1859), in einer großen Kaufmannsfamilie in Frankfurt aufgewachsen, verbrachte insgesamt 42 Jahre ihres Lebens in Berlin. Sie war die Schwester des Dichters Clemens von Brentano. Und ihre Großmutter mütterlicherseits war die seinerzeit berühmte Briefromanautorin Sophie von LaRoche. Sie heiratete nach damaligen Begriffen spät, mit 26 Jahren, ihres Bruders Freund, den Dichter Achim von Brentano. Das Paar hatte sieben Kinder und lebte ab 1814 auf dem Landgut Wiepersdorf in der Mark Brandenburg, doch dort fürchtete Bettine „zu versauern“, weshalb sie 1822 mit den Kindern nach Berlin zog.

Lange Zeit war Bettine, das gegen Fremdbestimmung aufbegehrende Kind, in der westdeutschen Literaturgeschichte in erster Linie als Verehrerin Goethes und als dessen originelle kindliche Briefpartnerin wahrgenommen worden. Doch nun hat die 1956 geborene Michaela Diers, die in Freiburg studiert hat, eine Biographie vorgelegt, die in kompakter Form die vielen Facetten im Werk und im Leben dieser unkonventionellen Dichterin ungemein anschaulich zum Ausdruck bringt.

„Bettine von Arnim“ lautet der schlichte Titel, und der Autorin Michaela Diers, die bereits mehrere Frauenbiographien veröffentlicht hat, war es ein besonderes Anliegen, die Umsetzung der hochfliegenden Gedanken und Ideale des frühreifen, meist unverstandenen Kindes Bettine im Rahmen ihres spät publizierten Werkes hervorzuheben, gemäß einem ihrer Zitate: „Wer wagt, selbst zu denken, der wird auch selbst handeln.“ Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Entwicklung von der Spätaufklärung über die napoleonische Ära bis in die Jahre nach der gescheiterten Revolution von 1848 erhellt ein Fluss von Schlaglichtern diesen Lebensweg, vielfach aus der Sicht Bettines. Diese wurde erst 1835, vier Jahre nach dem Tod ihres Mannes und nach dem Erscheinen ihres Briefwechsels mit Goethe („Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“), in der Öffentlichkeit als eigenständige Künstlerin wahrgenommen. Es war eine späte Genugtuung, die kaum einer hochbegabten Frau in jener Epoche zuteil wurde. Vermutlich verfielen nicht wenige von ihnen der Schwermut wie die Frankfurter Dichterin Günderode, mit der Bettine seit 1801 befreundet war und die sich 1806 das Leben nahm.

Um eine Vertiefung der Inhalte zu ermöglichen, hat sich Diers eines Mittels aus dem Bereich des Journalismus bedient: In grau unterlegten „Kästen“ wird über Schlagworte wie „Philistertum“ reflektiert, heute lautet der Begriff „Spießbertum“.

Zu liberal für ihre konservativen Kinder

„Es macht nichts den Geist schwächer als wenn er in seiner Eigentümlichkeit unaufgefordert bleibt“, schrieb Bettine 1822, und sie lebte seither nach dieser Maxime. Mit der Intoleranz vieler Zeitgenossen, mit Ungerechtigkeit und politischer Bevormundung von staatlicher Seite setzte sie sich in mehreren ihrer letzten Bücher auseinander, am eindringlichsten in der Schrift „Dies Buch gehört dem König“ von 1843. Als „Dame von Stand“ prangerte sie die Zustände im Staat an und intervenierte sogar mehrmals, jedoch immer erfolglos, bei König Friedrich Wilhelm IV., um die Freilassung beziehungsweise Begnadigung politischer Gefangener oder Straftäter zu erwirken. Vollends nach 1848 zerfiel die damalige Gesellschaft in zwei Lager, und dieser Bruch zog sich selbst durch die Familie der betagten Schriftstellerin, die, um einen Bruch zu verhindern, wegen ihrer konservativen Kinder Armgart, Maxe und Siegmund zwei Salons unterhielt. Siegmund vergrub aus nur ihm bekannten Gründen sogar den Nachlass seiner 1859 nach mehrjährigem Leiden verstorbenen Mutter „im hintersten Winkel“ des Landguts.

Bis 1890 blieb der Nachlass unter Verschluss und wurde 1929 aus finanziellen Gründen versteigert und in alle Welt zerstreut. So gingen der Originalbriefwechsel Bettines mit ihrem Bruder und derjenige mit der Günderode verloren. Die Autorin betont abschließend, dass Bettine von Arnim die einzige war, „die das freiheitlich individualistische Denken der Frühromantik in den Kampf um politische Freiheit und gesellschaftliche Gerechtigkeit überführt hat“. Ihre Biographie, die eine Zeitleiste und ein Werkverzeichnis umfasst, wird der Persönlichkeit Bettine von Arnims gerecht.

D. Jestrzemski

***Michaela Diers: „Bettine von Arnim“**, dtv, München 2010, kartoniert, 237 Seiten, 14,90 Euro*

Bloß nicht!

Zum EU-Beitritt der Türkei



Zwar ist der Titel des Buches „Die Türkei in Europa – Gewinn oder Katastrophe?“, doch der Autor Roberto de Mattei lässt keinen Zweifel daran, dass ein EU-Beitritt der Türkei für ihn viel mehr Katastrophe als Gewinn wäre. Da der an der Universität Europea die Roma lehrende Autor aber mit dem Titel den Eindruck vermittelt, er wäge Pro und Contra miteinander ab, verstimmt er jene Leser, die von ihm Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts der Türkei hören wollen. Passender und für den Leser weniger irreführend wäre der Titel „Warum die Türkei nicht in die EU gehört“ gewesen.

Gründe dafür nennt der Autor viele. Bei seiner Argumentation fängt er in der Vergangenheit an. Er weist darauf hin, dass das einst durchaus auch von Christen geprägte heute fast ausschließlich muslimische Land sich der Christen entledigte und dabei bis heute wenig Toleranz gegen Andersgläubige zeigte. Heute spüre man nur wenig, dass die Türkei „Heiliges Land der Urkirche“ gewesen ist, wie Papst Johannes Paul II. das Land mal nannte. Und während die EU sich immer mehr von ihren christlichen Wurzeln distanziere (siehe fehlender Gottesbezug im Lissabon-Vertrag), würde die Türkei immer selbstbewusster ihre muslimische Seite ausleben, so de Mattei. Dies sei für Europa unheilvoll, denn wenn die Türkei der EU beitrete, bestünde die Gefahr, dass sie mit ihrem neu erstarkten religiösen, aber auch nationaltürkischen Sendungsbewusstsein versuche, die EU in ihrem Sinne zu formen.

De Mattei kommt auch auf das starke wirtschaftliche Gefälle zwischen der EU und der Türkei zu sprechen. So läge das Bruttoinlandsprodukt der Türkei nur bei knapp über 6000 Euro, das der EU aber inzwischen bei 22 000 Euro (die Zahlen sind von 2003, laut Wikipedia waren es 2009 rund 6300 zu 26 000 Euro).

Leider schreibt der Italiener auch trotz seiner großen Vorbehalte, die er gegenüber der Türkei hegt, ziemlich hausbacken, so dass sein Buch auch für jene, die gegen einen EU-Beitritt der Türkei sind, keine leichte Lektüre ist.

Bel

***Roberto de Mattei: „Die Türkei in Europa – Gewinn oder Katastrophe?“**, Resch, Gräfeling 2010, broschiert, 145 Seiten, 13,50 Euro*



Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken

Im Winter 1945 wehte der Sturm des Krieges über die Grenzen der deutschen Ostprovinzen und trieb Millionen Menschen vor sich her nach Westen. Als der Landweg abgeschnitten war, blieb nur noch die Flucht über die Ostsee. Millionen flohen zu Fuß, mit Pferd und Wagen, per Eisenbahn oder Schiff über Eis und Wasser. Zu den Fliehenden gehörten die Bäuerin Lisa Kretschmann aus Schippenbeil mit ihren Kindern und die Witwe Levine Gedeitis aus Memel mit ihrer Tochter Olga. Aber auch Tausende jüdischer Frauen, die als KZ-Häftlinge in ostpreußischen Lagern beim Ausbau von Flugplätzen gearbeitet hatten, sollten von den Kriegsgegnern nicht befreit werden und mussten deshalb auf grauenvolle Weise sterben. Das Buch begleitet vier junge jüdische Frauen aus dem Ghetto von Lodz auf ihrem Weg nach Auschwitz, ins Konzentrationslager Stutthof und von dort zu den ostpreußischen Außenlagern. Als der Sturm im Januar 1945 losbrach, wurden sie auf Todesmärschen durch das verschneite Land zur Ostseeküste getrieben und von den Wachmannschaften in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar erschossen. Die Tragödie der „Frauen von Palmnicken" war jahrzehntelang vergessen und verdrängt. Dieses Buch soll ihnen ein Denkmal der Erinnerung setzen. Ihr Leidensweg ist eingebunden in das Elend der Zivilbevölkerung, die in den Sturmtagen des Winters in den Westen floh. Eine Hauptrolle spielt die Ostsee, die in den letzten Kriegsmonaten von der Danziger bis zur Neustädter Bucht zum größten Schiffsfriedhof aller Zeiten wurde.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000

€ 19,95



Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



Die Todesfahrt der Goya
Extras: Programmhinweise
Laufzeit 45 Minuten, FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 7014, € 9,95



Der Untergang der Steuben
Laufzeit: 45 Minuten, FSK ab 12 Jahren
Best.-Nr.: 7013, € 9,95



Handarbeit - in Deutschland hergestellt

Elch als Plüschtier

Der Elch ist kuschelweich und bestens zum Spielen geeignet.
Maße des Elchs (Länge x Breite x Höhe in cm): 44 x 30 x 36
Aufwendige Handarbeit aus den Werkstätten der Kösener Spielzeug Manufaktur GmbH
Der Elch ist per Handwäsche bei 30°C waschbar.

Best.-Nr.: 6992

€ 147,-



THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB

Wie wir unser Land aufs Spiel setzen

Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99

„Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos und sie konnten nur mit besonderem Fleiß vorankommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten."



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...



Heike Groos
Das ist auch euer Krieg

Deutsche Soldaten berichten von ihren Einsätzen

In Afghanistan und anderen Krisengebieten riskieren unsere Soldaten Tag für Tag ihr Leben. Wieder heimgekehrt treffen sie mit ihren Erlebnissen oft auf Desinteresse, Unverständnis und sogar offene Ablehnung. Jetzt endlich melden sie sich zu Wort und haben der Bundeswehrärztin Heike Groos ihre Geschichten erzählt. Erstmals, direkt und ungefiltert, berichten sie von dem, was sie nicht mehr loslässt: von Bildern des Krieges, die sie nicht vergessen und vom Leben nach dem Einsatz, in das viele nicht mehr zurückfinden können. Die Erlebnisberichte und Briefe sind einzigartig in ihrer Ausdrucksstärke und Intensität, sie rütteln wach und entwickeln einen Sog, der uns zur Auseinandersetzung zwingt. Wer sie gelesen hat, spricht und denkt anders über unsere Beteiligung an internationalen Kriegseinsätzen.

Geb., 207 Seiten
Best.-Nr.: 7041

€ 18,95

Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren
Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Sprialbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42 cm
Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989

€ 14,80



statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



statt € 7,40 nur noch € 3,95

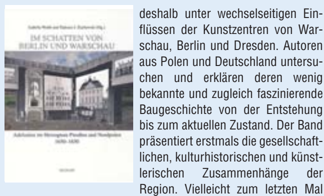
Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Manfred Kleine- Hartlage
Das Dschihadsystem - Wie der Islam unktioniert
Kart., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7026, € 19,90



Hamed Abdel Samad
Der Untergang der islamischen Welt – Eine Prognose
Kart., 240 Seiten
Best.-Nr.: 7038, € 18,00



Isabella Woldt und Tadeusz J. Zuchowski (Hrsg.)
Im Schatten von Berlin und Warschau

Adelssitze im Herzogtum Preußen und Nordpolen 1650–1850

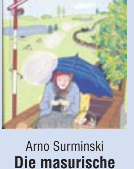
Ländliche Adelssitze im heutigen Nordosten Polens (Ostpreußen, Oberland, Pomerellen und Nordmasovien) werden wiederentdeckt. Diese Publikation präsentiert die wichtigsten Landsitze, die 1650 bis 1850 entstanden sind, und führt in die nahezu unbekannte Geschichte alter preußischer (Dohna), polnischer (Krasiński) und litauischer (Pac) Adelsfamilien ein. Bis zur Bildung des preußischen Königreiches war das Herzogtum Preußen Lehensgebiet von Polen-Litauen und lange politisch und kulturell mit der Adelsrepublik verbunden. Die Architektur der neuen Landsitze entstand deshalb unter wechselseitigen Einflüssen der Kunstzentren von Warschau, Berlin und Deutschland. Autoren aus Polen und Deutschland untersuchen und erklären deren wenig bekannte und zugleich faszinierende Baugeschichte von der Entstehung bis zum aktuellen Zustand. Der Band präsentiert erstmals die gesellschaftlichen, kulturhistorischen und künstlerischen Zusammenhänge der Region. Vielleicht zum letzten Mal werden hier auch Bilder wesentlicher Bauwerke gezeigt, die sich heute teilweise in einem kompletten Verfallsprozess befinden.

Geb., 400 Seiten mit Farb- u. SW-Abb., Großformat
Best.-Nr.: 7027

€ 69,00



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95



Annika Gräfin Bellavitis
Wir haben das Korn geschnitten
Erinnerungen aus Ostpreußen
Geb., 261 Seiten
Best.-Nr.: 1859, € 12,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst u. a.
Lexikon der Vertreibungen

Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts

Das „Lexikon der Vertreibungen" ist das erste Nachschlagewerk zu einem Thema, das in letzter Zeit sowohl in der Forschung wie in der breiten Öffentlichkeit heftig diskutiert worden ist. Es hat zum Ziel, den derzeitigen Stand der Forschung zur Geschichte der Deportationen, Zwangsaussiedlungen und ethnischen Säuberungen in Europa zwischen 1912 und 1999 zu bilanzieren. Als Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Kooperation umfasst das Lexikon mehr als 300 Artikel von über 100 Experten aus verschiedenen Ländern Europas. Die betroffenen ethnischen Gruppen und Akteure, die wichtigsten Vertreibungs- und Aufnahmegebiete werden im Lexikon ebenso systematisch erschlossen wie zentrale Begriffe aus Wissenschaft und Recht sowie historische Ereignisse, Erinnerungskulturen und Geschichtspolitiken. Zur Erleichterung weiterer Recherchen sind jedem Lexikontext Literaturhinweise beigegeben. Das Werk ist zudem mit einem Personen-, Orts- und Sachregister ausgestattet.

Geb., 802 Seiten, Großformat
Best.-Nr.: 7037

€ 99,00



Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen

Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6638, € 4,95



Sommer in Ostpreußen 1942

Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

€ 14,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Jan Fleischhauer
Unter Linken
Wie ich aus versehen konservativ wurde.
Kart., 350 Seiten
Best.-Nr.: 6824, € 16,90



41/10

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Protest gegen Brüsseler Unsinn

Niederzier – Die DTG Trading GmbH ist keine normale Handelsgesellschaft, sondern ein Widerstandsprojekt gegen die EU. Unter www.heatball.de verkauft die DTG die von der EU verbotenen Glühbirnen – eine Gesetzeslücke nutzend – als „Wärmequelle“. „Heatball ist Widerstand gegen Verordnungen, die jenseits aller demokratischen und parlamentarischen Abläufe in Kraft treten und Bürger entmündigen“, heißt es auf der Firmeninternetseite. Und weiter: „Wie kann man nur ernsthaft glauben, dass wir durch den Einsatz von Energiesparlampen das Weltklima retten ...“ *Bel*

Grünes Ziel verfehlt

Freiburg – Dieter Salomon (Grüne), Oberbürgermeister von Freiburg, musste vergangene Woche bekennen: Sein Ziel, bis 2010 zehn Prozent des gesamtstädtischen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, ist nicht erreicht worden. Freiburg, das Salomon als „green city“ vermarktet, erzeugt lediglich 3,7 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien, 2003 waren es bereits 3,4 Prozent. Seine Partei hat das Ziel, bis 2030 möglicherweise den gesamten deutschen Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. *Bel*

ZUR PERSON



Zeichnung: Mohr

Eierlauf

Wie Merkel Seehofers Rücken fand, warum Rassismus deutsch bleiben muss, und warum niemand die grünen Kettensägen hört / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Von den Grünen hat die Union gelernt, dass es nicht gut ankommt, wenn man sich immerzu streitet. Deshalb hat CDU-Chefin Merkel keine Minute gezögert, um ihrem CSU-Chefkollegen den Rücken zu stärken, als alle über den Bayern herfielen wegen eines bösen Missverständnisses in der Zuwanderungsdebatte.

Als Zuschauer waren wir vor allem überrascht, wie Merkel den Rücken von Horst Seehofer so schnell gefunden hat. Dafür musste sie schließlich erst mal dessen Standort ausmachen, was uns einigermaßen schwerfiel.

Dem „Focus“ hatte der CSU-Vorsitzende gesagt: „Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen, wie aus der Türkei und arabischen Ländern, insgesamt schwerer tun. Daraus ziehe ich den Schluss, dass wir keine Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.“ Frage des „Focus“: „Zu diesen Kulturkreisen zählen Sie auch die Türkei?“ Seehofer: „Ja.“

Danach tobten alle los wie üblich: Türkensprecher und Grünenpolitiker, Merkels Integrationsbeauftragte und so weiter überboten sich in ihrer Entrüstung. Dagegen verteidigte sich Seehofer, er habe doch nur davon gesprochen, dass man erst deutsche Arbeitslose qualifizieren solle, bevor man Fachkräfte von draußen hole. Und überhaupt: Das Wort „Zuwanderungsstopp“ habe er nie in den Mund genommen.

Mit Letzterem hat er genau genommen Recht. In gleicher Weise aber könnten sich auch Männer herausreden, die sich vor den Unterhaltszahlungen für ihre aussortierte Gattin drücken wollen: „Ja, gut, vor dem Standesbeamten habe ich vielleicht ‚Ja, ich will!‘ oder so gesagt. Das Wort ‚Ehe‘ habe ich aber nie in den Mund genommen! Deshalb waren wir eigentlich auch nie verheiratet.“

Also nur die fremden Facharbeiter, die will Seehofer fürs erste nicht mehr. Der Familiennachzug soll hingegen, darauf legt er Wert, weiterhin gestattet sein. Sprich: Die orientalische Zweitfrau mit vier Jahren Grundschule ist herzlich willkommen, den ägyptischen Ingenieur wollen wir dagegen solange nicht bei uns sehen, wie wir noch langzeitarbeitslose Dachdecker haben, die man doch schließlich zum Ingenieur ... meinte er das? Dann sind wir schon auf einem ganz guten Weg: Wie gemeldet wird, strebten von den 20000 Türken, die 2009 eingewandert sind, nur 1000 auf den deutschen Arbeitsmarkt.

Seehofers Richtigstellung tat der Empörung allerdings keinen Abbruch. Claudia Roth beruhigt sich nur ungern, wenn sie mal in Fahrt ist. „Brandstifterischen Rechtspopulismus“ haut sie dem CSU-Chef um die Ohren; Seehofer bürgere Millionen Menschen praktisch aus, so Roth. Da sei ja der „normale Fußballfan“ schon weiter. Damit habe sie auf den deutschen Jubel für den türkischstämmigen Mesut Özil beim Länderspiel Deutschland–Türkei in Berlin hingewiesen, vermuten die Medien.

> Dementi hin oder her: Claudia Roth beruhigt sich nur ungern, wenn sie mal in Fahrt ist

Ach ja richtig. Nur dass der „normale Fußballfan“ dort in der Mehrheit türkisch war und dem armen Mesut mit Wut, ja blankem Hass begegnete, weil der sich integriert hat. Wie viele von diesen „normalen Fußballfans“ wohl einen deutschen Pass unter ihrem türkeiroten Fan-Trikot trugen? Frau Roth, haben die sich jetzt „praktisch selber ausgebürgert“?

Pfui, was für Fragen. Aber wie soll man auch mit diesem Thema umgehen, ohne sich die Finger zu verbrennen? Einfach wegblenden, das gelingt nicht mal mehr der stramm linken „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW). Die „Zeit“ berichtet über eine Tagung des „Multikulturellen Ausschusses“ der GEW in Berlin, der sich an die „Deutschenfeindlichkeit“ an deutschen Schulen heranpirschen wollte.

Deutschenfeindlichkeit, also Rassismus gegen Deutsche? So etwas gab es für die GEW gar nicht, bis vor einem Jahr zwei Lehrer im Verbandsblatt einen Erfahrungsbericht dazu veröffentlichten. Deutsche Schüler werden von migrantischen Mitschülern demnach aufs Übelste rassistisch beschimpft und heftig bedrängt, sogar Lehrer müssen sich hüten. In der GEW brach daraufhin eine Debatte los, die nun zu dieser Tagung führte.

Nach dem Bericht der „Zeit“ muss es dort zugegangen sein wie beim Eierlaufen auf Stelzen: Womöglich spielt man ja der irrationalen „Islamophobie“ in die Hände, wenn man türkische und arabische Rassisten als „Rassisten“ bezeichnet. Die Anwesenheit von Rassismusexperten, Migrantenvertretern und Bildungsforschern sollten die Furcht mildern, man könne über die Debatte selbst unter Rassismusverdacht geraten. Man operierte sozusagen unter Aufsicht einer ganzen Kohorte von Chefärzten, die jederzeit eingreifen würden, falls etwas aus dem Ruder läuft.

Das taten sie auch: Die „Zeit“ schreibt, eine „Professorin für Rassismusforschung“ habe den geschlauchten Pädagogen erklärt, dass die „strukturell benachteiligten Schüler“ arabischer und türkischer Herkunft per definitionem gar nicht zum Rassismus fähig seien, weil sie ja eine machtlose Minderheit darstellten. Falsch, konterte eine Lehrerin: „Die waren noch nie in einer Minderheitensituation“ – wie auch, bei 80 Prozent Ausländerkindern an ihrer Schule.

Der Hinweis half ihr nicht: Das sei bloß „Rückgabe erlebter eigener Diskriminierung“, wird die Lehrerin belehrt. Und sie bekommt gleich noch einen Rüffel mit: Vielleicht sei sie ja einfach nicht „kultursensibel“ genug.

Siehe: Man muss eben nur lange genug an der Sache herumbiegen, irgendwann hat man die deutsche Täterschaft und ihre fremdländischen Opfer schon wieder in Reih und Glied. Am Ende gibt sich die Pädagogin denn auch geläutert: Sie könne den politisierten Begriff der Deutschenfeindlichkeit nicht mehr hören, und es sei ein „Verbrechen“, wie das Potenzial dieser Kinder verschwendet werde. Sie meint damit die orientalischen Schulhof-Rambos, nicht deren deutsche Opfer, versteht sich.

Ob das auch die Leute außerhalb der weltanschaulichen GEW-Idylle verstehen, bleibt abzuwarten. Für die Politik ist das aber nicht unwichtig, weshalb ihr die seit Monaten köchelnde Zuwandererdebatte mehr als lästig ist. Könnte man doch einfach das Thema wechseln! Kann man ja: Über den Feuern von „Stuttgart 21“ köcheln SPD und Grüne mit Wonne ihr Süppchen. Wer die Tunke probieren will, sollte allerdings nicht allzu anspruchsvoll sein.

In der SPD-Brühe schwimmt nämlich die ranzige Erinnerung an 20 Jahre herum, 20 Jahre, in denen die Sozialdemokraten steile Verfechter des Bahnhofsprojekts waren. Jetzt fordert Sigmar Gabriel – ohne fleckig zu werden – eine Volksabstimmung, von der er weiß, dass sie rechtlich völlig wirkungslos wäre.

Die grüne Pampe hat einen penetranten Beigeschmack von Alsterwasser. In Stuttgart posiert Parteichef Cem Özdemir am Absperrzaun als heroischer Beschützer von 280 Bäumen, die für das Verkehrsprojekt weichen sollen. In Hamburg lässt derweil die grüne Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk die Kettensägen ölen, um für ihr Lieblingsvorhaben, eine neue Straßenbahn, genau – jaaa! – 280 Bäume niedermähen zu lassen.

Solche Manöver rauben den übrigen Parteien schier den Schlaf. Wie machen die Grünen das bloß? Heucheln, dass der Juchtenkäfer lacht, und das Volk liebt sie dafür auch noch! Na ja, nicht alle, aber mehr denn je. Die Grünen stünden derzeit eben unter einem „günstigen Stern“, resignieren ihre Konkurrenten. Nun, mit Sternen hat das wohl weniger zu tun, mit Konstellationen schon mehr: In Hamburg sitzen sie mit der CDU auf der Regierungsbank, weshalb die Elb-Schwarzen ihnen die kleinen Schäbigkeiten beim Baumschutz kaum hinterhertragen möchten. In Baden-Württemberg dagegen strebt die SPD nach Rot-Grün. Daher verkneifen sich auch die Roten den Fingerzeig gen Küste. So stehen ausgerechnet die beiden großen Parteien Schmiere, damit die Grünen mit ihrem kleinen Schwindel durchs Unterholz entkommen können.

MEINUNGEN

Kolumnist Frank Thewes ärgert sich im „Focus“ vom 4. Oktober über die leicht erhöhten ***Hartz-IV-Sätze****, die seiner Meinung nach vor allem die* ***Steuerzahler aufregen*** *müssten:*

„Ein Ehepaar mit zwei Kindern erhält durch Hartz IV 1653 Euro im Monat. Mehrbedarf, der in bestimmten Fällen gezahlt wird, nicht mitgerechnet. Hinzu kommt etwa in Berlin die komplette Befreiung von Hortgebühren. Eltern, die zusammen 4000 Euro im Monat verdienen, müssen dagegen allein für die Kita an jedem Ersten mindestens 300 Euro überweisen. Ihre beiden Vollzeitjobs bringen ihnen damit unterm Strich 700 Euro mehr im Monat – ein Stundenlohn von 2,19 Euro im Vergleich zum Nichtstun.“

Gesundheitsfunktionär Rainer Hess beklagt sich im „Spiegel“ vom 4. Oktober über bedenkliche ***Zulassungspraktiken für neue Medikamente*** *am Beispiel der* ***Krebsmedizin****:*

„Schon heute sind die meisten Krebsmedikamente nur aufgrund von Surrogatparametern zugelassen. Das heißt, man untersucht nicht, ob Patienten länger leben oder ob es ihnen zumindest besser geht, sondern es reicht, wenn ein Tumor nach Einnahme des Medikaments eine gewisse Zeit lang nicht weiterwächst, auch wenn die Patienten dafür schwerste Nebenwirkungen in Kauf nehmen müssen. Wenn sich eine solche Praxis allgemein durchsetzt, dann verabschiedet sich Deutschland vom international gültigen Standard der evidenzbasierten Medizin.“

Der Kommentator der „Welt“ (12. Oktober) wirft den ***Unionsparteien*** *vor, ohne Ziel und Überzeugung völlig* ***widersprüchliche Positionen*** *zu beziehen, nur um bestimmte Gruppen zu bedienen:*

„CSU und CDU versuchen zwei Botschaften gleichzeitig zu senden. Die eine geht an die Stammwähler und lautet: Wir waren doch immer schon gegen Multikulti! Die andere Botschaft geht an neue linksliberale Zielgruppen und lautet: Wir können Multikulti besser als Rot-Grün! Beides geht aber nicht. Der Widerspruch wird zur Peinlichkeit, weil die Union beide Positionen fast vulgär vereinfacht: Wie Seehofer einerseits unreflektiert bei Sarrazin abkupfert, kopiert Bundespräsident Wulff andererseits romantische Gemälde, die selbst Rot-Grün so heute nicht mehr zeichnen würde.“

Das Länderspiel Deutschland gegen Türkei hat in der Türkei Verärgerung darüber ausgelöst, dass ***der „Türke Mesut Özil“ für Deutschland spielte****. Der „Stern“ vom 7. Oktober zitiert hierzu die liberale türkische Zeitung „Milliyet“, die Verständnis für den gebürtigen Gelsenkirchener zeigt:*

„Tatsache ist: Wären Özils Großeltern hiergeblieben, hätte er nie einen Fußballplatz gesehen und natürlich keinen Trainer. Er wäre heute wahrscheinlich Schäfer, Straßenverkäufer oder einfach arbeitslos. Wir geben der Jugend keine Chance, wir lassen ihre Begabungen versickern. Und dann wollen wir unsere Türken zurückhaben, nachdem sie von anderen gefördert wurden. So geht das nicht ... Es ist gut, dass Mesut Deutscher ist.“